

# VIERTELJAHRSSHEFTE FÜR Zeitgeschichte

HERAUSGEGEBEN VON HANS ROTHFELS  
UND THEODOR ESCHENBURG

## AUS DEM INHALT

HANS ROTHFELS

Zur 25. Wiederkehr des 20. Juli 1944

KARL HOLL

Konfessionalität und demokratische Republik  
Aspekte der Reichspräsidentenwahl 1925

HENNING KÖHLER

Arbeitsbeschaffung und Reparationsfrage  
am Ende der Regierung Brüning

DOKUMENTATION

Materialien zum sozialen und wirtschaftlichen Wandel  
in Deutschland seit dem Ende des 19. Jahrhunderts

NOTIZEN/BIBLIOGRAPHIE

# VIERTELJAHRSHEFTE FÜR ZEITGESCHICHTE

Im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte München herausgegeben

von HANS ROTHFELS und THEODOR ESCHENBURG

in Verbindung mit Theodor Schieder, Werner Conze, Karl Dietrich Erdmann,  
Paul Kluge, Walter Bußmann, Rudolf v. Albertini, Karl Dietrich Bracher,  
Dietrich Geyer und Hans Mommsen

Schriftleitung: Prof. Dr. Helmut Krausnick, Dr. Martin Broszat, Dr. Thilo Vogelsang  
Redaktion: Hellmuth Auerbach

Anschrift: Institut für Zeitgeschichte, 8 München 80, Möhlstraße 26

## INHALTSVERZEICHNIS

### AUFSÄTZE

<i>Hans Rothfels</i> . . . . .	Zur 25. Wiederkehr des 20. Juli 1944 . . . . .	237
<i>Karl Holl</i> . . . . .	Konfessionalität, Konfessionalismus und demokratische Republik. Zu einigen Aspekten der Reichspräsidentenwahl von 1925 . . . . .	254
<i>Henning Köhler</i> . . . . .	Arbeitsbeschaffung, Siedlung und Reparationen in der Schlußphase der Regierung Brüning . . . . .	276

### DOKUMENTATION

Materialien zum sozialen und wirtschaftlichen Wandel in Deutschland seit dem Ende des 19. Jahrhunderts ( <i>Dieter Petzina</i> ) . . . . .	308
--	-----

### NOTIZEN

. . . . .	339
-----------	-----

### BIBLIOGRAPHIE

. . . . .	41
-----------	----

*Diesem Heft liegen Ankündigungen des Verlages Otto Rombach, Freiburg, und der Deutschen Verlags-Anstalt, Stuttgart, bei. Wir bitten um freundliche Beachtung.*

Verlag: Deutsche Verlags-Anstalt GmbH., Stuttgart O, Neckarstr. 121, Tel. 43 36 51. Preis des Einzelheftes DM 9.- = sfr. 10.80; die Bezugsgebühren für das Jahresabonnement (4 Hefte) DM 30.- = sfr. 34.65 zuzüglich Zustellgebühr. Für Studenten im Abonnement jährlich DM 24.-. Erscheinungsweise: Vierteljährlich. Für Abonnenten, die auch die „Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte“ im Abonnement beziehen (2 Bände im Jahr), beträgt der Abonnementspreis im Jahr DM 44.-; für Studenten DM 38.- (zuzüglich Versandkosten). Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen und der Verlag entgegen. Geschäftliche Mitteilungen sind nur an den Verlag zu richten. Nachdruck nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Verlages gestattet.

Das Fotokopieren aus VIERTELJAHRSHEFTE FÜR ZEITGESCHICHTE ist nur mit Genehmigung des Verlags gestattet. Sie gilt als erteilt, wenn jedes Fotokopierblatt mit einer 10-Pf-Wertmarke versehen wird, die von der Inkassostelle für Fotokopiergebühren, Frankfurt/M., Großer Hirschgraben 17/19, zu beziehen ist. Sonstige Möglichkeiten ergeben sich aus dem Rahmenabkommen zwischen dem Börsenverein des Deutschen Buchhandels und dem Bundesverband der Deutschen Industrie vom 14. 6 1958. – Mit der Einsendung von Beiträgen überträgt der Verfasser dem Verlag auch das Recht, die Genehmigung zum Fotokopieren gemäß diesem Rahmenabkommen zu erteilen.

Druck: Deutsche Verlags-Anstalt GmbH., Stuttgart

# VIERTELJAHRSHEFTE FÜR ZEITGESCHICHTE

17. Jahrgang 1969

3. Heft/Juli

HANS ROTHFELS

ZUR 25. WIEDERKEHR DES 20. JULI 1944

## Vorbemerkung

Es ist im Juliheft der VfZ fast immer mindestens ein Beitrag veröffentlicht worden, der sich mit Fragen des deutschen Widerstands befaßte. Bei der 25. Wiederkehr des 20. Juli liegt es erst recht nahe, daß in dem vorliegenden Heft ein solches Gedenken seinen Platz finden sollte. Ich habe geglaubt, diese Aufgabe selbst übernehmen zu sollen, zumal ich Anlaß habe, mich erneut intensiv mit dem genannten Thema zu beschäftigen. Die Schrift „Die deutsche Opposition gegen Hitler“, die ich 1948 zum ersten Male in englisch veröffentlichte, die dann in revidierter Form deutsch und nach abermaliger Revision und Erweiterung 1958 in der Fischer-Bücherei (Band Nr. 198) erschien, ist nach vielen Neuauflagen vergriffen. Angesichts des in 10 Jahren so erheblich verbreiterten, in einigen Kernpunkten auch vertieften Standes unseres Wissens, schien es an der Zeit, eine abermalige Revision vorzulegen. Eine „dritte Neuausgabe“ ist daher in Vorbereitung und soll in der Fischer-Bücherei im Spätherbst 1969 (als Band Nr. 1012) erscheinen. Von ihr werden mit freundlicher Zustimmung des Verlages die beiden Abschnitte der Einleitung im folgenden abgedruckt. Sie sind im Text und mehr noch in den Anmerkungen ergänzt worden, ohne doch die Grundzüge der Darstellung von 1958 und die Kategorien des Urteils um der Fülle des Stofflichen willen preiszugeben. Naturgemäß wird eine eingehendere Erörterung des heutigen Standes der Forschung und die Stellungnahme dazu erst in den späteren Sachkapiteln und der abschließenden Zusammenfassung des Bandes erfolgen können. Es seien daher in diesem Vorwort noch einige Hinweise auf jüngste Veröffentlichungen zum Widerstandsthema hinzugefügt. Seit 1967 schon liegt das wichtige Buch des Holländers Ger van Roon „Neuordnung im Widerstand“ (Verlag Oldenbourg, München) vor, das unsere Kenntnis des Kreisauer Kreises besonders durch die Erschließung von Korrespondenzen und Nachlässen sehr bereichert hat. Auf weitere neuere Spezialliteratur, namentlich ausländische Spezialliteratur, zu Stauffenbergs Attentat (M. Baumont, *La grande conjuration contre Hitler*; Fraenkel-Manvell, *Der 20. Juli*; C. Fitzgibbon, *20. July*) wird im folgenden in Anmerkung 1 aufmerksam gemacht. Eine frühere Phase der Aufstandspläne, die zwischen Polenfeldzug und Westoffensive, hat der amerikanische Autor Harold C. Deutsch weit über unsere bisherige Kenntnis hinaus aufgeklärt in einem durch kritische Haltung wie durch Einfühlungsgabe und schriftstellerischen Glanz gleich bemerkenswerten Buch (jetzt auch in deutscher Übersetzung vorliegend unter dem Titel: *Verschwörung gegen den Krieg, Der Widerstand in den Jahren 1939–1940*, Verlag C. H. Beck, München 1969). Durch schriftstellerische Vorzüge und neues Quellenmaterial zeichnet sich ebenfalls die Biographie Adam von Trotts aus, die der englische Publizist Christopher Sykes unter dem Titel „*Troubled Loyalty*“ (Collins, London 1968) vorgelegt hat. In der Auffassung und in Einzelfragen wird diese Darstellung allerdings nicht unwidersprochen bleiben.

Schließlich sind noch zwei Bücher zu nennen, die bei Niederschrift dieses Vorworts erst in den Aushängebogen oder den Fahnen vorlagen, aber beim Erscheinen des Julihefts der Öffentlichkeit zugänglich sein werden, einmal die umfassende Darstellung von Peter Hoffmann unter dem Titel „Widerstand – Staatsstreich – Attentat“ (Verlag R. Piper, München), Gegenstand der auf vielfach neuerschlossenem Material beruhenden Forschungen von H. war zunächst die Reihe der Attentate, also auch der vielen Vorläufer zum 20. Juli, wobei sich das Buch zu einer mehr oder weniger vollständigen Ereignisgeschichte und insbesondere zu der bisher detailliertesten Schilderung des 20. Juli und seiner Folgen auf den verschiedensten Schauplätzen entwickelt hat. Das andere Buch stammt von Klaus-Jürgen Müller, „Das Heer und Hitler“, das in den Publikationen des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes erscheinen soll und dem vielbehandelten Thema auf erweiterter Quellengrundlage noch neue Seiten abzugewinnen vermag.

Als letztes sei auf die wichtige Quellenveröffentlichung „Tagebücher eines Abwehr-offiziers 1938–1940“ verwiesen (Deutsche Verlags-Anstalt Stuttgart 1969). Die Herausgabe – es handelt sich um die Tagebücher H. Groscurths verbunden mit weiteren Dokumenten – wird von H. Krausnick und H. C. Deutsch eingeleitet und kommentiert.

#### Grundsätzliches zum Charakter der Opposition

Wer immer sich mit den Problemen der deutschen Opposition gegen Hitler beschäftigt, wird zunächst sich dem sichtbarsten Ausdruck des Widerstandes zuwenden, der in dem Anschlag auf das Leben des „Führers“ am 20. Juli 1944 zutage trat<sup>1</sup>. In der Reihe von Aktionen, die entweder im Stadium des Planes stecken blieben oder in der Ausführung mißglückten, war dies die einzige, die tatsächlich durchgeführt wurde und nahe zum Ziele kam. So hat das Datum des 20. Juli eine Art symbolischer Bedeutung gewonnen. Was auch gesagt werden mag über technische oder andere Versäumnisse der Verschwörung, über ihren Mangel an „Glück“ oder den Einfluß widriger Umstände, – die erste Pflicht des Historikers sollte es sein, den Männern Tribut zu zollen, die für den Tag der Befreiung von Tyrannei und Schande, für das Ende des Blutvergießens und die Reinigung des deutschen Namens arbeiteten oder bereit standen, wie den vielen Tausenden, die dafür gelitten haben oder gestorben sind. Nur einige wenige Offiziere wurden auf der Stelle erschossen oder hatten die Möglichkeit, ihrem Leben selbst ein Ende zu machen. Die meisten Opfer mußten durch kürzere oder längere Zeit „Befragungen“ erdulden; sie wurden nächtlichen Kreuzverhören unterworfen, die unter grellem Lichtschein vor sich gingen und abwechselten mit direkter Folterung. Zudem

<sup>1</sup> Neben dem bekannten in 4. Aufl. vorliegendem Buch von E. Zeller (Geist der Freiheit) behandelt ein gut Teil des Schrifttums den 20. Juli als natürlichen und hauptsächlichen Zeitpunkt. So etwa die Veröffentlichungen der Bundeszentrale für Heimatdienst (jetzt: für politische Bildung). Unter ausländischen Büchern ist das von Fraenkel-Manvell (Der 20. Juli, Bonn 1964) fast ganz auf dieses Datum konzentriert. Auch Maurice Baumont widmet in seiner sehr eindringlichen Studie (La grande conjuration contre Hitler, Paris 1963) einen Hauptteil der Darstellung der Vorgeschichte und Geschichte des Attentats. Das gilt auch von Constantine Fitzgibbon, 20 July (New York 1961). Das in der Vorbemerkung erwähnte Buch von Peter Hoffmann sollte ursprünglich die ganze Reihe der Attentatspläne zum Gegenstand haben, ist darüber aber praktisch fast zu einer Gesamtgeschichte des Widerstandes geworden.

mußten sie einer Bedrohung ihrer Frauen und Kinder gewärtig sein, die oft genug Wirklichkeit wurde. In der französischen Widerstandsbewegung soll es eine anerkannte Regel gewesen sein, daß von niemandem erwartet wurde, den Methoden, mit denen die Gestapo Bekenntnisse erpreßte, länger als 24 Stunden zu widerstehen. Wenn ein Gefangener es fertigbrachte, seine Mitverschworenen so lange zu decken, mochten sie inzwischen Mittel finden, sich in Sicherheit zu bringen.

Wendet man diesen Maßstab, der wahrlich schon Mut und Leidenschaft überdurchschnittlicher Art voraussetzt, auf die Männer und Frauen an, die in den gefürchteten Kellern der Gestapo in der Prinz-Albrecht-Straße oder anderswo in Einzelhaft gehalten wurden, oft in Löchern, zu eng zum Niedersitzen, so erscheint ihre Standhaftigkeit allein schon als ein Zeugnis von historischem Belang<sup>2</sup>. Man wird sich mit dieser summarischen Feststellung begnügen müssen, da die Gestapoberichte über die Einzelvernehmungen höchst unzuverlässig sind. Bedenkt man indessen, daß die Zahl der nach dem 20. Juli Verhafteten sich auf rund 7000 belief<sup>3</sup>, und unterstellt man sowohl, daß einige von ihnen erzwungene Geständnisse machten, wie, daß andere, die lediglich in das Schleppnetz der Verfolgung, die sogenannte „Gewitteraktion“, hineingezogen waren, nichts mit dem 20. Juli zu tun hatten, so ist das Ergebnis der „Befragungen“ offenbar immer noch mager gewesen. Während die Auffindung dokumentarischer Unterlagen auf viele Spuren führte, hat die Standfestigkeit derer, die zum mindesten von einem oder dem anderen Abschnitt der Oppositionsfront Kenntnis hatten, die Gestapo verhindert, jemals der vollen Ausdehnung der Widerstandsbewegung gewahr zu werden<sup>4</sup>. Darüber hinaus

<sup>2</sup> Für die „Vier Stufen der Folterung“, die Haltung der Gefangenen und andere Beobachtungen vgl. Fabian von Schlabrendorff (Offiziere gegen Hitler [nur in der Erstauflage, Zürich 1947], S. 162 ff.). Ferner Angaben über die Vernehmungsmethoden der Gestapo, in: Der 20. Juli 1944 (hrsg. v. d. Bundeszentrale, 4. Aufl. 1961, S. 205 ff.). Auch die nach dem Attentat über Bormann an Hitler ergangenen sogenannten Kaltenbrunner-Berichte (Spiegelbild einer Verschwörung, hrsg. vom „Archiv Peter“ Stuttgart 1961) geben mehr als einen direkten Hinweis auf Erpressungen und Folterungen (S. 263, 595, 407). Für den Charakter dieser Publikation und die Tendenz der Berichterstattung vgl. d. Verf.: „Zerrspiegel des 20. Juli“, in dieser Zeitschrift 10 (1962), S. 62 ff.

<sup>3</sup> Diese Zahl findet sich in einem im ganzen freilich wenig zuverlässigen und nachträglich von Dr. Kiesel zusammengestellten „SS-Bericht über den 20. Juli“ (Nordwestdeutsche Hefte 1947, 1/2, S. 35). Dasselbst wird die Zahl der hingerichteten Offiziere mit rund 700 angegeben. Nach einem Pressebericht der Britischen Admiralität (vom 20. Juli 1947), der sich auf erbeutete deutsche Marinedokumente stützt und „Namen und Plätze“ nennt, belief sich die Zahl derer, die in den Monaten nach dem Attentat dem Schreckensregiment zum Opfer fielen, auf 4980. Das erscheint als zu hoch gegriffen, während andererseits die an verschiedenen Stellen publizierten Totenlisten nur die Prominenz erfassen. – Ein anderer, aber wiederum nicht genügend spezifizierter Anhaltspunkt ergibt sich aus den vom Reichsjustizministerium registrierten Hinrichtungen (für 1944: 5764). Dies nach Günther Weisenborn, Der lautlose Widerstand (Hamburg 1953, S. 259). Dazu auch Walter Hammer, Hohes Haus in Henkers Hand (2. erw. Aufl. Frankfurt/Main 1956, S. 113 f.), über die „Gewitteraktion“, und die „Vorbeugehaft“ für mehr als 5000.

<sup>4</sup> Eine ungewollte Bestätigung dieser Tatsache findet sich sowohl bei Kiesel wie in den Kaltenbrunner-Berichten. – Davon ganz unabhängig läßt sich heute die Frage stellen, ob

haben viele, die direkt oder indirekt als Opfer des 20. Juli fielen, die letzte Probe in einer Haltung bestanden, die sie in einem allgemein menschlichen Sinne denkwürdig machen sollte, was immer die politische Tragweite ihrer Pläne und deren Bedeutung für die dunkelste Phase deutscher Geschichte gewesen sein mögen. In den Gerichtsverhandlungen erschienen einige der Angeklagten eher als Ankläger denn als angeklagte Verbrecher. Sie nahmen ihr Martyrium als eine Ehre auf sich, als ihren Beitrag zur Verwirklichung brüderlicher Gemeinschaft zwischen Menschen. Und das Bewußtsein, für eine Sache zu sterben, die über ihr eigenes Leben hinausreichte, blieb unerschüttert im Vorhof eines schmachvollen Todes. Als der Jesuitenpater Delp zum Galgen geführt wurde, sagte er lächelnd zu dem katholischen Gefängnisgeistlichen: „In wenigen Minuten werde ich mehr wissen als Sie.“<sup>5</sup> Der lutherische Pastor in Tegel, Poelchau, der selbst ein aktives Mitglied der Opposition war, hat Zeugnis von der gleichen Jenseitigkeit in der Haltung der Männer abgelegt, denen er als Geistlicher beistand<sup>6</sup>. Auch von den „Abschiedsbriefen“ aus dem Gefängnis, deren viele erhalten sind, rühren nicht wenige an die letzten Fragen menschlicher Existenz und gehören einige in die Reihe klassischer „documents humains“<sup>7</sup>.

Diese wenigen Hinweise schon mögen erlauben, eine vorläufige und sehr allgemeine Folgerung zu ziehen: Keine Würdigung der deutschen Opposition gegen Hitler wird ihrer Aufgabe genügen, die sich nur innerhalb der begrenzten Sphäre politischer Betrachtungen und Möglichkeiten bewegt, die etwa nach den „Klassen“-Motiven der an der Verschwörung stark beteiligten „alten Elite“ fragt und so nach bestimmten Methoden sozialwissenschaftlicher, wenn nicht gar psychoanalytischer

nicht die SS oder eine bestimmte Gruppe des SD von den Plänen der Verschwörer Kenntnis gehabt hat, und ihre etwaigen Erfolge selbst zu nutzen gedachte. Für einen Indizienbeweis, der in diese Richtung geht, vgl. den Artikel der Juristin Hedwig Maier, Die SS und der 20. Juli 1944, in dieser Zeitschrift 14 (1966), S. 299 ff. Die Möglichkeit eines solchen hintergründigen Spiels ist nicht auszuschließen, ohne daß damit irgendwie ein Schatten auf das Bild des Widerstandes und auf die Motive der Männer des 20. Juli fallen würde. Daß sie zum Teil unvorsichtig und daß sie „Amateure“ des Verschwörerhandwerks waren, steht auf einem anderen Blatt.

<sup>5</sup> P. Buchholz, der katholische Gefängnisgeistliche in Plötzensee, hat einen Bericht über seine Erlebnisse gegeben in Passauer Neue Presse, 26. Juli 1946. Delps Briefe, Tagebücher und Meditationen, „geschrieben zwischen Verhaftung und Hinrichtung“, sind veröffentlicht worden unter dem Titel: Im Angesicht des Todes (Frankfurt/Main, Juli 1947). Sie enthalten einige der bemerkenswertesten Bezeugungen des gemeineuropäischen Geistes, der in der deutschen Oppositionsbewegung zum Ausdruck kam.

<sup>6</sup> Vgl. Harald Poelchau, Die letzten Stunden (Berlin 1949, passim). Dazu derselbe, Die Ordnung der Bedrängten (Berlin 1963, S. 43 ff.).

<sup>7</sup> Vgl. die Sammlung unter dem Titel: Du hast mich heimgesucht bei Nacht (hrsg. von Helmut Gollwitzer, Käthe Kuhn und Reinhold Schneider, München 1952), ferner die Veröffentlichungen von Annedore Leber, Das Gewissen steht auf (Berlin 1954) und Das Gewissen entscheidet (Berlin 1957), in denen auch das menschliche Antlitz in seinem Zeugnischarakter reichhaltiger als irgendwo sonst dokumentiert erscheint. Dazu auch jetzt noch die Briefe und Aufzeichnungen Ewald von Kleists in der Biographie von Bodo Scheurig (Oldenburg 1968, S. 274 ff.).

Untersuchung verfahren zu sollen glaubt oder die in der Hauptsache die „nationalen“ Ziele des Widerstands herausstellt, um schließlich ihren Beurteilungsmaßstab in der äußerlichen Ansicht von Erfolg oder Mißerfolg zu finden. Solche sogenannten „realpolitischen“ Deutungen sind berechtigt, soweit die Tatbestände in ihren Bereich fallen. Aber um auf den Grund zu sehen, muß man zum Prinzipiellen vorzustößen suchen, zu den Kräften moralischer Selbstbehauptung, die über die Erwägung des bloß politisch Notwendigen hinausgehen. „Man sieht dann auch“, schrieb Ernst Jünger aus der Kenntnis vieler Beteiligter im Frühjahr 1944 in sein Tagebuch, „daß die moralische Substanz zum Zuge drängt, nicht die politische.“ Gewiß sind die sittlichen und religiösen Antriebe des Widerstandes keineswegs nur in Deutschland lebendig gewesen, aber sie mußten hier unter dem Druck beispielloser Umstände in einer beispielhaften Weise in Erscheinung treten. Zu einer solchen Auslotung des Konflikts bekannte sich Graf Moltke, wenn er wenige Tage vor seiner Hinrichtung an seine Frau schrieb, daß nur ein Gedanke übrig bleibe, der an das Christentum als „Rettungsanker“ im Chaos<sup>8</sup>.

Aber dieses Urgestein tritt nicht nur im Zusammenhang mit den Ereignissen des 20. Juli hervor. Als ein weiteres sehr sinnfälliges Beispiel seien die Geschwister Scholl und ihre Freunde genannt. Wir wissen heute genug von der Studentenrevolte in München im Februar 1943<sup>9</sup>, um in ihr mehr als bloß die Folge der Katastrophe von Stalingrad oder einer besonders provozierenden Rede des Gauleiters von Oberbayern zu sehen. Die Münchener Studenten Hans und Sophie Scholl hatten seit ihrer Gymnasiastenzzeit im Kampf gegen die Partei gestanden; an der Universität waren sie Mitglieder einer Gruppe, die mit den Briefen der „Weißen Rose“ einen Flugblatt-Feldzug führte. Die Gruppe unterhielt Verbindungen mit der katholischen Zeitschrift „Hochland“, mit dem katholischen Schriftsteller Theodor Haecker, wie mit anderen Universitäten. Auch Beziehungen zu militärischen Kreisen knüpfte man wohl schon an. Schwerlich können die Münchner Studenten geglaubt haben, daß ein Aufstand der Jugend allein den Lauf der Dinge ändern würde. Wohl aber waren sie fest überzeugt von der Notwendigkeit, ihren Glauben zu bekennen und sich selbst sowohl wie den Namen Deutschlands zu reinigen. „Ist es nicht eine Tatsache“, fragte eines der Flugblätter, „daß heute jeder anständige Deutsche sich seiner Regierung schämt?“ So rief denn das Manifest vom 18. Februar 1943 die deutsche Jugend auf, zu „rächen und zu sühnen“, damit sie

<sup>8</sup> Brief vom 10. Januar 1945. Eine englische Übersetzung des Briefes ist zuerst veröffentlicht worden in: *The Round Table*, Juni 1946, S. 92–102. Sie ist wiederabgedruckt in: *A German of the Resistance, The last letters of Count Helmuth James von Moltke* (2. Auflage, London 1947). Vgl. jetzt: Helmuth J. Graf von Moltke, *Letzte Briefe* (7. Aufl. Berlin 1957, S. 41). – Das. (S. 65 ff.) auch der Brief von Poelchau, dem Gefängnisgeistlichen in Tegel.

<sup>9</sup> Erste Würdigungen durch Romano Guardini (*Die Waage des Daseins*, Tübingen und Stuttgart 1946) und in: *Die Gegenwart* (I Nr. 20/21, 30. Oktober 1946), sowie durch Karl Voßler, *Gedenkrede für die Opfer an der Universität München* (München 1947). Ferner: Inge Scholl, *Die Weiße Rose* (Frankfurt/Main 1952). Für Kurt Huber die Schrift: *Zum Gedächtnis* (hrsg. von Klara Huber, Regensburg 1947). Aus dem neueren Schrifttum das reich dokumentierte Buch von Christian Petry, *Studenten aufs Schafott* (München 1968).

beitragen könnte zum Aufbau „eines neuen geistigen Europas“. Auch in den Flugblättern, die Hans Schöll und seine Freunde verfaßten oder verteilten, fehlte es nicht an hintergründigen metaphysischen Tönen: „Überall und zu allen Zeiten“, heißt es da, „haben die Dämonen im Dunkeln gelauert auf die Stunde, in der der Mensch schwach wird, da er seine ihm von Gott auf Freiheit gegründete Stellung im ordo eigenmächtig verläßt, da er dem Druck des Bösen nachgibt, sich von den Mächten höherer Ordnung löst und so, nachdem er den ersten Schritt freiwillig getan, zum zweiten und dritten und immer mehr getrieben wird mit rasender Geschwindigkeit.“ Es war in der gleichen Gesinnung, daß Kurt Huber – der unter den Professoren der Universität der Förderer dieser Gruppe war und mit fünf ihrer Mitglieder das Schicksal der Hinrichtung teilte – in seinem letzten Brief schrieb, daß der Tod die „Reinschrift“ seines Lebens sei. Und an den Mauern vieler Münchner Häuser erschien die Inschrift: „Der Geist ist lebendig“<sup>10</sup>.

Man wird ohne weiteres vermuten, daß die unter dem Namen „Rote Kapelle“ bekannt gewordene Widerstandsgruppe eine andere, sozusagen „realistischere“ Farbe trug. Sie hatte ihre Zellen in Berliner Großfirmen, wie der AEG, Shell und Borsig, aber gewann eine entschiedene Anhängerschaft auch unter den Intellektuellen. Von ihren führenden Köpfen war Arvid Harnack in der Amerika-Abteilung des Reichswirtschaftsministeriums tätig und Harro Schulze-Boysen als Hauptmann in Görings Ministerium dem Forschungsamt der Luftwaffe zugeteilt. Man wird einen weiteren und engeren Kreis der Roten Kapelle unterscheiden müssen. Während der erstere wesentlich in Flugblattpropaganda gegen das Regime sich betätigte, stand mindestens seit dem Bruch zwischen Hitler und Stalin der engere Kreis in Funkverbindung mit den Sowjets. Wie weit das nur ein Vorspiel zu einer umfassenderen Spionageorganisation war, der Ritter Wilhelm von Schramm in kritischer Auseinandersetzung mit einer französischen Reportage den Namen „Die Rot-Weiße Kapelle“ gegeben hat, kann noch als ungeklärt gelten. Außer Frage steht, daß Schulze-Boysen und sein engerer Kreis, bis die Aufdeckung ihres Geheimdienstes im August 1942 erfolgte, die russische Armeeführung über einen Sender mit militärischen Informationen versorgt hat. Das sollte in keiner Weise verwischt werden<sup>11</sup>. Aber ebensowenig ist eine summarische Abschüttelung der Männer und

<sup>10</sup> Voßler, a. a. O., S. 14. Man hat darauf hingewiesen, daß Überlebende der Schöllgruppe zusammen mit Studenten anderer Universitäten die Kader der „Edelweiß-Bewegung“ bildeten. Über die „Edelweiß“-Banden vgl. Werner Klose, *Generation im Gleichschritt* (Oldenburg 1964, S. 223f.) und Arno Klönne, *Gegen den Strom, Bericht über den Jugendwiderstand im Dritten Reich* (Hannover 1958, S. 106ff.).

Für die Beziehungen der Weißen Rose zu Kreisen der militärischen Opposition und für ihr Ende in München und Hamburg vgl. Petry (a. a. O., S. 86ff. und 138ff.).

<sup>11</sup> Friedrich Lenz (*Aufbau*, 1946, H. 2) und Greta Kuckhoff (*Die Weltbühne*, Januar 1948) lassen die Frage der Funkverbindung offen. – Auch die Darstellung von Günther Weisenborn (a. a. O., S. 203–217) wirkt eher verwischend. – Mit der französischen Reportage ist das Buch von P. Accoce und P. Quet, *La guerre a été gagnée en Suisse* (Paris 1966) gemeint! Dazu Wilhelm Ritter von Schramm in FAZ (15. Dez. 1966) und in dem Buch: *Verrat im Zweiten Weltkrieg* (Düsseldorf 1967).

Frauen dieses Kreises als bloße Kreml-Agenten und daher nicht zum Bereich der echten Opposition gehörig am Platze<sup>12</sup>. Auf das Problem des Landesverrats wird noch zurückzukommen sein. Hier mag nur einstweilen gesagt sein, daß man nicht wohl ex post eine eindeutige Linie ziehen kann zwischen dem, was der „Rettung“ des Landes, und dem, was seiner „Preisgabe“ dient. Auch geht es nicht an, die Perspektive und die Erfahrungen des Satelliten-Daseins in die damalige Situation hineinzudenken. Männer wie Schulze-Boysen und Arvid Harnack waren nicht „linientreu“. Sie blieben von der Episode des Hitler-Stalin-Paktes unberührt, eben weil in einem idealistischen und eigenständigen Kommunismus gegründet<sup>13</sup>. Auch bei ihnen handelt es sich, wie Ad. Grimme einen Gedenkartikel für ein anderes Mitglied des Kreises, den Dichter Adam Kuckhoff, überschrieb, um „Widerstand vom Geist her“<sup>14</sup>. Mochten ihre Ziele und Mittel von denen der übrigen Gruppen abweichen, Gesinnung und Haltung taten es nicht. Von Arvid Harnack sagte selbst der Anklagevertreter Roeder, der als „Bluthund“ berüchtigt war: „Er starb wie ein Mann.“ Und Schulze-Boysen schrieb an seine Eltern: „In Europa ist es einmal üblich, daß geistig gesät wird mit Blut.“<sup>15</sup>

Neben diesen ausgewählten und besonders dramatischen Beispielen gab es unzählige andere von Mut, Opferwillen und Martyrium. Es ist selbstverständlich, daß nicht jeder, der vom Krieg desertierte, beanspruchen kann, als Zeuge edler Gesinnung auf den Schild gehoben zu werden. Und Verfolgtsein war bekanntlich ein Kollektivschicksal, insbesondere der „Nichtarier“ bis zur „Endlösung“ hin, einer-

<sup>12</sup> So Schlabrendorf (nur in der Neubearbeitung von 1951, a. a. O., S. 96–105), der die Abhängigkeit von einer auswärtigen Macht an sich (Westen und Osten sollte kein Unterschied sein) und das „Steckenbleiben im Politischen“ (während nur eine ethische Wertskala dem Begriff der Nation übergeordnet werden könne) betont. Schärfer noch die Abschüttelung bei G. Ritter. – Zu Grunde liegen dieser Beurteilung die Aufzeichnungen des Generalrichters M. Roeder, Die Rote Kapelle (Hamburg 1952). Gegen sein Urteil wie auch gegen die These von einem „einwandfrei“ durchgeführten Prozeß, werden erhebliche Bedenken anzuführen sein. Für die durch Hitlers Machtspruch erzielte Umwandlung der Zuchthausstrafe in Hinrichtung von Mildred Harnack siehe u. a. Poelchau (a. a. O., S. 63). – Für eine neue Erörterung der Vorgänge um die Rote Kapelle vgl. das Buch des Engländers Terence Prittie, Deutsche gegen Hitler (Tübingen 1965, S. 240 ff.). Gille Perrault (L'Orchestre rouge, Paris 1967) möchte die Rote Kapelle als einziges Zeugnis positiver Aktivität gegenüber der – „im Leerlauf sich erschöpfenden“ – gesamten politischen Opposition herausheben. – Ein für gewisse Tendenzen angeblich „realpolitischer“ Art typisches Urteil.

<sup>13</sup> Zeugnisse dazu bei Poelchau, a. a. O., S. 55 f.; Else Boysen, Harro Schulze-Boysen, Das Bild eines Freiheitskämpfers (Düsseldorf 1957, S. 34); Axel von Harnack, (Die Gegenwart, 31. Januar 1947, S. 15–18); Rainer Hildebrandt, Wir sind die Letzten (Berlin 1949, S. 138 f.); Margret Boveri, Der Verrat im 20. Jahrhundert (Hamburg 1956, 2. Bd., S. 56 f.). Von Interesse auch das Urteil Poelchaus (Ordnung der Bedrängten, S. 65) „daß diese Gruppe sich mit den Männern des 20. Juli zusammengefunden hätte, trotz ihrer östlichen Orientierung, wenn sie nicht in ihrem Entstehen schon vernichtet worden wäre“. Ein sehr anderes Bild aus der SD-Perspektive bei Schellenberg (Memoiren, Köln 1959, S. 243 ff.).

<sup>14</sup> Die Sammlung, II, S. 537 ff.

<sup>15</sup> Else Boysen, a. a. O., S. 34. – Die Zahl der Hingerichteten der „Roten Kapelle“ belief sich nach Hammer auf 45.

lei, ob der Betroffene sich als Gegner des Regimes betätigt hatte oder nicht. Auch wer wegen gelegentlicher Äußerungen der Kritik oder der Empörung als „volkszeretzendes“ oder „defaitistisches“ Element dem Todesurteil verfiel, wird nicht ohne weiteres zum Widerstand zu rechnen sein. Darüber sollte kein Mißverständnis bestehen. Aber die Tatsache als solche, daß diese Kritik bestand und daß ein beträchtlicher Teil des nationalsozialistischen Apparats (die Gestapo allein zählte in den Jahren 1943–45 über 40 000 Mann) gebraucht werden mußte, um einen zum mindesten ebenso beträchtlichen Teil des deutschen Volkes in Schach oder hinter Schloß und Riegel zu halten, ja, daß nach und nach eine ganze Armee von Parteifunktionären und Sicherheitsorganen durch diese Aufgabe gefesselt wurde, darf nicht außer Ansatz bleiben. Nach einem SS-Dokument gab es bei Kriegsausbruch allein in 6 Lagern 21 400 Internierte<sup>16</sup>. Aber diese Zahl gibt keinen Anhalt dafür, wieviele Männer und Frauen bereits durch Konzentrationslager hindurchgegangen oder hinter Stacheldraht umgekommen waren. Die Schätzungen, die hierzu im Kreise der deutschen Emigration angestellt wurden, bewegen sich zwischen 750 000 und 1,2 Millionen, wobei für die politischen Gefangenen eine Zahl von 500 000 bis 600 000 angegeben wird. Todesurteile, die aus politischen Gründen verhängt wurden, sind auf 12 000 beziffert worden<sup>17</sup>.

Was immer genauere Untersuchungen einmal feststellen mögen<sup>18</sup>, keine verantwortungsbewußte Würdigung der deutschen Opposition gegen Hitler kann an der brutalen Sprache solcher Zahlen vorübergehen. Sie geben einige Hinweise schon auf das Ausmaß der passiven oder aktiven Resistenz von Namenlosen, wie verschieden immer die Anlässe zur Verhaftung gewesen sein mögen. Auch die Jugend in „Edelweiß“-Gruppen oder in den „Packs“ war stärker am Widerstand und stär-

<sup>16</sup> Nach Dokument R-249 (Prozeß gegen die Kriegsverbrecher, Nürnberg 1949 – im folgenden zitiert IMT – XXXVIII, S. 362–365). So auch die Angabe bei Alan Bullock, Hitler (dt. Ausgabe, Düsseldorf 1953, S. 701). Die Gestapo-Zahlen: IMT XXXI, S. 498. Vgl. auch Mau-Krausnick, Deutsche Geschichte der jüngsten Vergangenheit (Tübingen und Stuttgart 1956, S. 161).

<sup>17</sup> Für diese Zahlen siehe die Flugschrift: They Fought Hitler First, die von der „American Association for a Democratic Germany“ veröffentlicht worden ist. (New York 1945), das. S. 13; ferner J. B. Jansen und St. Weyl, The Silent War, mit einem Vorwort von Reinhold Niebuhr (Philadelphia und New York 1943, S. 208). Im Oktober 1945 betrug danach die Zahl der Überlebenden, die offiziell als „politisch Verfolgte“ anerkannt waren, 250 000. – Siehe auch die Listen in: Weißbuch der Deutschen Opposition, hrsg. vom Vorst. d. soz.-demokr. Partei (London 1946). – W. Hammer machte mich darauf aufmerksam, daß nach seinen Ermittlungen in die 12 000 die Hinrichtungen Krimineller einzuschließen seien und daß die Zahl sich auf die ganze Hitler-Zeit beziehe. Ähnlich die Feststellungen von A. Leber (a. a. O. II, S. 21): Gesamtzahl der Todesurteile (nicht der Tötungen) in den Jahren 1934–1944: 12 212, darunter Verurteilungen aus politischen Gründen: 6927, von denen 3790 Ausländer betrafen.

<sup>18</sup> Eine umfassende Publikation über die Konzentrationslager mit möglichst genauen statistischen Angaben wird im Münchner Institut für Zeitgeschichte vorbereitet. Einstweilen vgl. hierzu Martin Broszat, „Nationalsozialistische Konzentrationslager 1933–45“ in: H. Buchheim, M. Broszat, H.-A. Jacobsen und H. Krausnick, Anatomie des SS-Staats, Bd. II (Olten, Freiburg 1965).

ker an den Opfern, die er forderte, beteiligt, als man gemeinhin weiß. So wird berichtet, daß in Krefeld „zum mindesten 30 Prozent der Hitler-Jugend geheime Edelweiß-Mitglieder waren . . . Das Konzentrationslager in Neuwied (April 1944) war ausschließlich für Jungen unter 20 bestimmt.“ In einer Gerichtsverhandlung im Jahr 1939 bezeugte ein Agent der Gestapo, daß „zum mindesten 2000 Jungen und Mädchen über das Reich im „Pack“ organisiert seien<sup>19</sup>.

Zu erinnern ist ferner in diesem ersten Überblick an die Intellektuellen und Künstler der sogenannten „inneren Emigration“, die das Herdfeuer vor dem Verlöschen bewahrten, und zwar mit weit besserem Erfolg, als Beobachter jenseits der Grenzen vermuten konnten oder sich vorstellten. Das sehr scharfe Urteil von Thomas Mann wird diesem Tatbestand nicht gerecht. Auch sollte man gewiß nicht die Männer und Frauen übersehen, die Mut genug aufbrachten, ihren jüdischen Freunden und Nachbarn zu helfen, sie zu verstecken und mit Nahrung zu versehen, gefälschte Papiere für sie zu besorgen oder ein geheimes Transportsystem (eine Art „Untergrund-Eisenbahn“, wie man in den Vereinigten Staaten eine solche Rettungsaktion für entwichene Sklaven nannte) zugunsten verfolgter Menschen aufzubauen. All diese Tätigkeiten oppositioneller Art können mit Zeugnissen belegt werden, und einige Nachweise verdienen eine eingehende Erörterung. Vor allem aber bedürfen sie der Einordnung in ein Gesamtbild, das in Beziehung zu setzen ist zu dem Hintergrund von Bedingungen und Möglichkeiten, wie sie in Deutschland bestanden. Es geht dabei darum, den inneren Sinn der deutschen Oppositionsbewegung, möglichst ohne Vorliebe für eine spezielle Gruppe, in ihren mannigfaltigen Formen zu ergreifen – in ihrer Art und ihrer Ausdehnung, in ihrer Zusammensetzung und ihren Zielen, in ihren Etappen wie in den Hauptrichtungen ihrer Tätigkeit innerhalb wie außerhalb Deutschlands. Nur so wird einer Würdigung dessen, was an den geschichtlichen Vorgängen wesentlich war, der Weg bereitet werden können.

### Hindernisse auf dem Wege zur Wahrheit

Zuvor aber wird es angebracht sein, sich die Schwierigkeiten zu vergegenwärtigen, denen ein solcher Versuch in den ersten Jahren nach Kriegsende, insbesondere im Ausland, begegnen mußte. Es handelt sich dabei nicht nur um einen geschichtlichen Rückblick auf die Strecke, die inzwischen zurückgelegt worden ist. So sehr sich die Situation verwandelt hat – in einem Maße, daß die „Hindernisse auf dem Wege zur Wahrheit“ mitunter heute in Deutschland größer zu sein scheinen als draußen –, so wenig handelt es sich hier um völlig überwundene Vorurteile. Ihre Erörterung führt zudem noch einmal von einer anderen Seite auf das Grundsätzliche im Charakter der Opposition zurück.

Es wird auszugehen sein von der durch den Krieg hin und bei seinem Abschluß – mindestens im bisher feindlichen Ausland – durchaus vorherrschenden These, daß

<sup>19</sup> Dies nach einem Bericht von Ellen Marsh (New Republic, April 1945), vgl. ferner Silent War, S. 255–59.

es niemals eine nennenswerte deutsche Opposition gegen Hitler gegeben habe<sup>20</sup>. Man hegte die Überzeugung, daß die Deutschen als politische Nation von allen anderen Völkern verschieden seien. Hatten sie sich doch, wie man glaubte, infolge eingeborener Verruchtheit oder einer anerzogenen Gewohnheit blinden Gehorsams oder unter der Einwirkung einer spezifisch verderblichen Philosophie, der tyrannischen Herrschaft von Verbrechern freiwillig angeschlossen oder feige unterworfen. Man nahm an, sie hätten – und zwar die ganze Nation – bewußt die Augen geschlossen vor grauenhaften Verbrechen, die durch Deutsche begangen wurden. Und die Art, wie die schließlich doch nicht zu übersehenden Zeugnisse einer Gegenbewegung bis hin zum Attentat gegen Hitler gedeutet wurden, stand in genauem Einklang mit solchen Auffassungen. Opposition begann erst, so glaubte man, als die „preußischen Generale“ sich der Niederlage gegenüber sahen und nun den Versuch machten, ihr eigenes Leben zu retten oder – den Generalstab für einen dritten Weltkrieg aufzubewahren.

Diese Fehldeutung läßt sich teilweise durch objektive Schwierigkeiten erklären, die der Wahrheit im Wege standen. Eine Bewegung, die sich einem terroristischen und weitgehend totalitären System widersetzt<sup>21</sup>, arbeitet unter Bedingungen, die für jeden, der nicht selbst in einem solchen „Polizeistaat“ gelebt hat, schwer vorstellbar sind. Einen oppositionellen Standpunkt einzunehmen, geschweige denn ihn öffentlich zu vertreten, verlangte eine Art von persönlichem Heldentum, das unter den Voraussetzungen moderner Gesellschaftsordnung in allen Ländern ein seltenes Phänomen geworden ist. Man könnte aus der amerikanischen Geschichte Beispiele dafür zitieren, wie lange es in bestimmten Fällen gedauert hat, bis Gruppen von Bürgern den Mut fanden, sich gegen den Terror von amtlich geförderten oder nicht wirksam bekämpften Verbrecherbanden lokaler Allmacht zusammenzuschließen. Im deutschen Fall ging es nicht nur um die Übernahme des persönlichen Risikos, sondern zugleich um die ernsteste Gefährdung für Familie und Freunde.

<sup>20</sup> Im englischen Vorwort zu dem Buch von T. Prittie (s. Anm. 12) schreibt H. R. Trevor-Roper noch 1964: „Such contempt for the German Resistance was natural in 1945“ (p. 12) und in einer Besprechung der Rückübersetzung der 2. erweiterten Auflage des Buches des Verf. spricht (unter der irreführenden Überschrift „When Germany excuses herself“) ein englischer Journalist immer noch von dem „myth of the opposition to Hitler“. Ein Historiker von Rang wie Geoffrey Barraclough wird sich solchem Verdikt nicht anschließen. Er betont mit Recht, daß man mehr von der Bewegung unter den Massen wissen sollte. Auf seine Kritik der Oberschicht wird zurückzukommen sein. Hier sei zunächst nur bedauert, daß er – vielleicht ungewollt – mit der Überschrift seines Artikels „In Search of Anti-Nazis“ (The New York Review of Books, March 17, 1969, S. 29 ff.) alte Vorurteile zu bekräftigen scheint.

<sup>21</sup> Zur Frage der Identität von Totalitarismus und Faschismus, insbesondere zu den Auffassungen von Hannah Arendt und C. J. Friedrich soll hier nicht Stellung genommen werden. Trevor-Roper in seinem Buch *The Last Days of Hitler* (New York 1947) möchte den Nazi-staat eher als ein unwirksames orientalisches Sultanat bezeichnen. Es läßt sich angesichts der Aushöhlung von Kompetenzen und des „organisierten Chaos“ einiges für diese These sagen. Vgl. auch Hans Mommsen, *Beamtenum im Dritten Reich* (Stuttgart 1966, passim). Nichtsdestoweniger kann niemand im Ernst die Gründlichkeit eines terroristischen Systems bestreiten, das alle, auch die privatesten Lebensbereiche, einbezog.

Nur wenige Ausländer waren – noch dazu im Kriege – bereit, sich klar zu machen, daß Deutschland nach 1953 trotz allen Jubels der Massen – und selten ist eine „Vergewaltigung“ so frenetisch begrüßt worden – im Grunde ein „besetztes Land“ war. Die Bedingungen, die dabei obwalteten, wichen freilich sehr stark von denen in anderen Ländern ab, die diesem Schicksal später zum Opfer fallen sollten. In Deutschland war nichts von dem Glorienschein zu verspüren, der eine Widerstandsbewegung verdientermaßen umgibt, wenn sie sich gegen einen fremden Eroberer oder eine von außen auferlegte Gewaltherrschaft zur Wehr setzt. Im Gegensatz dazu war die deutsche Opposition, besonders in späteren Jahren, gehalten, sich zu tarnen (sie hat es weniger getan, als man vermuten sollte) und sich mit dem Anschein der Stille zu umgeben, die wahrscheinlich eine große Anzahl Deutscher ebenso getäuscht hat, wie sie der Öffentlichkeit in England und den Vereinigten Staaten ein falsches Bild gab. Jede Erwähnung von Namen oder Daten in unterirdischer Propaganda oder im ausländischen Rundfunk konnte Verderben bringen. Diese Gefahr wurde naturgemäß noch akuter seit Ausbruch des Krieges, der jede irgendwie geartete Opposition dem Vorwurf des Landesverrates aussetzen mußte und zugleich doch die Gegner des Regimes mehr oder weniger bewußt in die Zwangslage versetzte, sich von patriotischen Erwägungen herkömmlicher Art loszusagen zu müssen. Dazu kamen ein ständiges Herumgeworfenwerden der Bevölkerung und die Wirkung der Bombenangriffe, die Gegner und Anhänger des Regimes gleichermaßen trafen. Beides konnte leicht dazu führen, bestehende Widerstandszellen zu zerstören und Teilnahmslosigkeit zu verbreiten<sup>22</sup>.

So gab es denn viele Gründe für ein täuschendes Bild der angeblich „monolithischen“ Geschlossenheit der Nation. Zudem achtete die deutsche Nachrichten- und Abwehrabteilung im Oberkommando der Wehrmacht (OKW), in deren Dienst sich einige der tätigsten Mitglieder der Opposition befanden, wohlweislich darauf, daß der verhüllende Schleier nicht zerriß, und schirmte nach Möglichkeit die führenden Männer der Verschwörung ab.

Aber dies allein erklärt noch nicht das Ausmaß und die Beharrlichkeit der vorwaltenden Irrtümer. Vielmehr haben andere als in der Situation gegebene und sehr andere als objektive Faktoren erheblich zu jener Fehldeutung beigetragen, die im Ausland so verbreitet war. Das hängt zum Teil mit Eigenheiten durchaus menschlicher Art zusammen, die in Gleichgültigkeit oder offensichtlicher Parteilichkeit zum Ausdruck kamen. Gewiß war jedermann in der Lage zu wissen oder festzustellen, daß die NSDAP vor der Machtergreifung bei den Reichstagswahlen niemals mehr als 37% der Stimmen auf sich vereinigt hatte (Juli 1932), daß sie im November

<sup>22</sup> Siehe die Erörterung dieser Auswirkungen durch Allan Welsh Dulles, Verschwörung in Deutschland (Kassel 1947, S. 216). Er stellt fest, daß gegen seine Erwartungen der Luftkrieg die Folge hatte, die Rekruten der Anti-Nazi-Bewegung zu verringern statt zu vermehren. Über die Ausbreitung von Apathie siehe auch die Bestandsaufnahme durch den United States Strategic Bombing Survey, Summary Reports, 1945, S. 4, und Over-all Reports, 1945, S. 95, 108. Auf die mehr detaillierten Feststellungen, die 1947 veröffentlicht wurden und das Gesamtbild der deutschen Moral erheblich modifizieren, wird zurückzukommen sein.

1932, als sich die wirtschaftliche Lage etwas zu bessern schien, auf 32% zurückgegangen war, und daß sie selbst im März 1933, bei den manipulierten und hysterischen Wahlen, die auf den Reichstagsbrand folgten, nur 44% erreichte. Aber wer in der großen Öffentlichkeit außerhalb Deutschlands behielt diese Tatsachen im Gedächtnis? Hingegen war es überall in der Welt bekannt, daß seit Anfang 1933 eine Verfolgungswelle über Deutschland dahingegangen war und daß diejenigen, von denen die energischste Gegnerschaft erwartet werden konnte, in sogenannte Schutzhaft genommen worden waren oder ins Ausland hatten fliehen müssen. Aber solange die Insassen von Konzentrationslagern lediglich Deutsche waren, wurde den dort begangenen Greueln im Ausland wenig Beachtung geschenkt. Als das *Brown Book of the Hitler Terror*, das die Aufmerksamkeit auf diese Untaten zu lenken suchte, in New York veröffentlicht wurde, fand es eine Besprechung in der *New York Times* vom 15. Oktober 1935, deren Verfasser kein Geringerer als der frühere amerikanische Botschafter in Berlin, James W. Gerard war<sup>28</sup>. Den Enthüllungen des Buches zum Trotz fand er es für richtig zu schreiben: „Hitler tut viel für Deutschland, seine Einigung der Deutschen, seine Schaffung eines spartanischen Staates, der durch Patriotismus belebt ist, seine Einschränkung der parlamentarischen Regierungsweise, die für den deutschen Charakter so ungeeignet ist, sein Schutz der Rechte des Privateigentums – all dieses ist gut.“ Wenn Deutsche, die aus der Heimat hatten fliehen müssen, ihren englischen oder amerikanischen Bekannten von ihren eigenen oder ihrer Freunde Erlebnissen in Buchenwald, Oranienburg oder Dachau erzählten, so trafen sie oft genug auf ein leichtes Kopfschütteln. Und die Ungläubigkeit verstärkte sich, wenn es sich um die Zahl der Betroffenen oder um die angewandten Methoden handelte.

Dies alles änderte sich selbstverständlich grundlegend im Frühjahr 1945. Die unerhörten Greuel, die damals in den befreiten Lagern ans Licht kamen, und dazu die Ausgrabungen der Zeugnisse, aus denen die in Polen und Rußland begangenen Verbrechen abzulesen waren, erregten einen Sturm der Entrüstung in der westlichen Welt. Die tatsächlichen Funde gingen selbst über das noch hinaus, was die bestunterrichteten Kenner nationalsozialistischer Methoden erwartet hatten. Aber als diese Beweise „deutscher Bestialität“ zutage traten, hörte man wenig von der großen Anzahl Deutscher, die unter den Opfern gewesen waren. Victor Gollancz, der Herausgeber des *Brown Book* von 1933 und ein Autor, der wie wenige Unrecht bekämpft hat, wo immer und gegen wen immer es verübt wird, hat nicht verfehlt, dieses Übersehen in scharfes Licht zu stellen. Er schreibt im Rückblick von „dem Aufschrei der uns zur Zeit der Buchenwalder Enthüllungen“ betäubte, und er fügt hinzu, daß sie schlechterdings keine „Enthüllungen“ für diejenigen bedeuteten, „die ständig von 1933 an versucht hatten, ein lässiges und skeptisches Publikum aufzurütteln und für Männer und Frauen zu sprechen, die . . . in diesen Lagern unsagbare Qualen durchlitten . . .“

<sup>28</sup> Das., 5. Sektion S. 1. Über Hitler selbst hatte Mr. Gerard fernerhin dieses zu sagen: „Kein Mann, der zu einer hervorragenden Stellung aufsteigt, entgeht dem Verdacht einer gewissen Art (!) von Immoralität.“

Es ist keine Frage, daß die Neigung zum bequemen „Übersehen“, die hier geißelt wurde, nicht nur fortbestand, soweit es sich um die deutschen Opfer der Konzentrationslager handelte, sondern auch durch offizielles Schweigen noch planmäßig gefördert wurde. Auf Jahre hin ist die amerikanische Öffentlichkeit nicht amtlich davon unterrichtet worden, daß bis in den Sommer 1943 hinein praktisch keine Ausländer in Buchenwald waren und daß – bei einer Gesamtzahl von 51 000 Todesopfern – sich unter den 20 000 Überlebenden immer noch mehr als 2000 Reichsdeutsche befanden<sup>24</sup>. Auch von der Zusammensetzung der Bewachungsmannschaften erhielt sich ein sehr einseitiges und schematisches Bild. Es ist kein Versuch gemacht worden, aus den in den Händen der westlichen Alliierten befindlichen Akten etwa Angaben darüber zu gewinnen, wie viele Ausländer in den besonderen „Totenkopf“-Verbänden oder in anderen SS-Einheiten dienten, die mit der „Sorge“ für die Konzentrationslager betraut waren.

Für den, der ein abgewogeneres Bild gewinnen will, fehlt es indessen – und es fehlte auch vor 20 Jahren – nicht an Belegen für das Bestehen einer solchen „schwarzen Internationale“<sup>25</sup>. Man weiß, um ein paar Beispiele zu geben, daß unter den Bewachungsmannschaften deutscher Lager Kroaten und Ukrainer sich befanden und daß aus Litauern, Letten und Esten sogenannte „Schutzkorps“ gebildet wurden, deren Mitglieder für ihre eigenen Landsleute zu „sorgen“ hatten. Offenbar bot sich in den besetzten Gebieten für die Erfüllung dieser Aufgabe ein ähnlicher Menschenschlag an oder konnte dort ebenso gefunden werden wie in Deutschland. So sind zahlreiche Holländer angeklagt worden, weil sie ihre Landsleute gefoltert haben, und in dem berühmten Lager von Gurs, das schon vor der Vichy-Ära bestand und stets eine rein französische Verwaltung hatte, war die Todesrate kaum geringer als in „normalen“ deutschen Lagern. Daß es sich hier tatsächlich um eine „Internationale“ handelte, ist in besonders schlagender Weise von einem Schweizer Journalisten bezeugt worden, der auf Einladung von General de Lattre de Tassigny an einer Inspektionsreise durch Südwest-Deutschland teilnahm. Er berichtet, daß die Franzosen in ihrer Besatzungszone auch ein typisches

<sup>24</sup> Die Zahlen in: *They Fought Hitler First*, S. 14. und bei E. Kogon (*Der SS-Staat*, Stockholm 1947, S. 558), der ein Augenzeuge der Befreiung war. Die Abwesenheit fremdstaatlicher Gefangener in Buchenwald bis in das Jahr 1943 hinein ist bezeugt durch Christopher Burney, *The Dungeon Democracy* (New York 1946, S. 58). Eine Flugschrift der 7. Armee der Vereinigten Staaten (Dachau SS) stellt fest, daß vor dem Krieg die Zahl fremder Gefangener in Dachau gleichfalls unerheblich war. Während des Krieges erst wurden Deutsche und Österreicher zu einer zahlenmäßigen Minderheit. Immerhin betrug nach dieser Quelle die Durchschnitzzahl von Deutschen während der Kriegsjahre noch an 3000. – Die Worte von Gollanz in seinem Buch: *Our Threatened Values* (Hinsdale, Ill., 1947, S. 41).

<sup>25</sup> Siehe dazu das Kapitel über die Psychologie der SS in Kogons Buch (a. a. O., S. 359ff.). Über Kroaten und Ukrainer das., S. 59. Für die „Schutzkorps“ vgl. *Nazi Conspiracy and Aggression* (Washington 1946, II, S. 226f.). Es sei auch erwähnt, daß die „Waffen-SS“ eine Reihe von Verbänden hatte, die nur aus Fremden bestanden. (Siehe A. Vagts, *Journal of Politics*, August 1947, S. 406f.). Andererseits wurden seit 1944 deutsche Soldaten älterer Jahrgänge und selbst politische Gefangene in SS-Uniformen gesteckt und zu SS-Diensten gezwungen (vgl. Joseph Joos, *Leben auf Widerruf*, Olten 1946, S. 77).

Greuellager entdeckten. Bei näherem Zusehen stellte es sich jedoch heraus, daß die Bewachungsmannschaft zu einem erheblichen Teil aus französischen miliciens bestand<sup>26</sup>.

Es ist verständlich, daß über dieses Lager niemals „Enthüllungen“ gemacht worden sind. Sie würden zu offensichtlich der Linie widersprochen haben, die von der amtlichen Propaganda innegehalten wurde. Während alle verfügbaren Zeugnisse und die Ergebnisse jeder nüchternen Prüfung geeignet sind darzutun, daß die moderne Massenzivilisation aus sich selbst heraus ein Reservoir dunkler Kräfte erzeugt, deren Freisetzung nackte Barbarei bedeutet, während gleichermaßen deutlich sein sollte, daß mögliches Material für Folterknechte sowohl wie für Märtyrer in jeder Nation vorhanden ist, entschied eine Politik des Hasses und der Rache, dies zu übersehen. Das geschah in Nachwirkung des „totalen“ Krieges, aber auch unter dem Einfluß jenes Bildes vom „ewigen“ Deutschen, das Vansittart vor allem propagiert hatte und das dem Morgenthau-Plan als Grundmotiv unterlag. Hatte doch selbst General Eisenhower solche Ansichten unterstützt, indem er die ganze deutsche Bevölkerung als „a synthetic paranoid“ charakterisierte<sup>27</sup>. So bemühte man sich – nebenbei gewiß auch um der „Moral“ und der „Sicherheit“ der Besatzungstruppen willen –, die These aufrecht zu erhalten, daß es keine „guten Deutschen“ gebe, mit Ausnahme der Toten (ein Wort, das zuerst in den Vereinigten Staaten während der Kämpfe mit den Indianern geprägt worden war) und daß Bestialität die spezifische Eigenart eines so verderbten Volkes sei.

Es geht hier nicht um die Berichtigung dieses Zerrbildes, das so kaum noch besteht, wenn es auch an Wiederbelebungsversuchen nicht fehlt, und erst recht nicht um einen Gegenangriff etwa unter Hinweis auf das Ausmaß an Bestialität, das nach dem Zusammenbruch vor allem im deutschen Osten praktiziert wurde. Das Wort vom „Quitt-Sein“ ist eine der bedenklichsten nihilistischen Redewendungen unserer Tage. Es geht uns gewiß um Gerechtigkeit gegenüber einer kollektiv diskriminierten Nation, aber mehr noch gegenüber dem Menschlichen in der Grenzsituation überhaupt, wie sie der Widerstand im totalitären Staat exemplarisch zum Ausdruck bringt, und um die fortwirkenden Forderungen, die dieses geschichtliche Phänomen enthält. Der Weg zu einer solchen Erkenntnis ist ein schwieriger gewesen. Zwar gab es genug Menschen, auch in den alliierten Ländern, die um die Wahrheit oder einen Teil der Wahrheit wußten, ohne sie zunächst zu Gehör bringen zu können. Es läßt sich insbesondere nachweisen – worauf zurückzukommen ist –, daß der Nachrichtendienst der westlichen Alliierten ein recht klares Bild von dem hatte, was während des Krieges in Deutschland vor sich ging. Das war bereits der Fall, noch ehe Allen Welsh Dulles die Leitung des Office of Strategic Services (OSS) auf dem europäischen Festland übernahm und – seit November 1942 – von der Schweiz aus eine dauernde Verbindung mit der deutschen Untergrundbewegung unterhielt. Auch ist in keiner Weise zweifelhaft, daß die führenden Politiker und

<sup>26</sup> Zitiert nach W. Röpke, *Die deutsche Frage* (Zürich 1945, S. 224, Anm.).

<sup>27</sup> Wie Mr. Morgenthau in der *New York Post* (24. November 1947) zur Stützung seiner Ansichten zitierte.

Diplomaten in England wie in den Vereinigten Staaten über die Struktur und die Ziele der deutschen Oppositionsbewegung im einzelnen unterrichtet waren, daß sie um ihre Ausdehnung von der Rechten bis weit in die Linke hinein wußten, um die führenden Persönlichkeiten aus Bürokratie und Offizierskorps, um die Teilnahme der Kirchen ebenso wie um die der Gewerkschaften.

Man kann sehr wohl begreifen, daß dieser Einblick in die Wirklichkeit und daß die Tatsachen, auf die diese Kenntnis sich gründete, als Geheimnisse ersten Ranges gehütet wurden, so lange der Krieg noch nicht entschieden und Hitlers Stellung noch unerschüttert zu sein schien. Das konnte Rücksicht auf die Gefährdung der Mittelsmänner sein, in manchen Fällen beruhte aber die Zurückhaltung auch auf Mißtrauen, ja paradoxer Weise auf einem in konventionellem Denken begründeten Verdacht oder gar einem Gefühl der Verachtung gegenüber Männern, die ihre eigene Regierung in Zusammenarbeit mit dem Ausland stürzen wollten. Als David Astor kurz vor Kriegsausbruch einen der von der Opposition nach London gesandten militärischen Emissäre mit einem hohen Offizier im Kriegsministerium in Verbindung setzen wollte, empfing er die Antwort: „I know who this man is and if you want to know what I think of his coming over here . . . I think, it's a damned cheek.“ Wenn schon eine solche Äußerung heute überrascht, so ist noch weniger einzusehen, warum die offizielle Rundfunkmeldung von Washington am Abend des 20. Juli Hitlers Propagandalüge von der „kleinen Clique“ ehrgeiziger Offiziere wiederholte oder sogar noch überbot. Auch nach dem Ende der Feindseligkeiten wurde die gleiche propagandistische Linie aufrechterhalten. So bemühte man sich, die Zeugnisse, die inzwischen ans Licht gekommen waren, in ihrer Bedeutung zu verkleinern und die Verschwörung gegen Hitler als Angelegenheit einer Adelskaste oder eines „Herrenklubs“ hoffnungslos überlebter und anachronistischer Aristokraten darzustellen.

Man mag anerkennen, daß selbst solche irreführenden Deutungen einen gewissen Fortschritt bildeten gegenüber einer Phase völligen Schweigens. Während einer beträchtlichen Zeitspanne ist die deutsche Opposition „tabu“ gewesen<sup>28</sup>. Es darf

<sup>28</sup> Es seien hier einige im ursprünglichen Text angeführte Beispiele erwähnt, die dem Verf. von einwandfreien amerikanischen Zeugen zur Verfügung gestellt worden sind: Einem US-Korrespondenten, der 1945 die Wirklichkeit aufzuspüren begann, wurde untersagt, irgend etwas „über eine spezifische Opposition“ gegen Hitler herauszugeben, und dieses Verbot kam „von höchsten Stellen in Washington“. Späterhin erlebte es ein anderer amerikanischer Korrespondent, der in Deutschland reiste, daß ihm Fabian v. Schlabrendorffs Buch Offiziere gegen Hitler, das eine wichtige Quelle der Erkenntnis darstellt, fortgenommen wurde. Das Buch war 1947 in der Schweiz veröffentlicht worden. Aber noch lange nach dem Krieg hielt man es offenbar für unerwünscht, daß Deutsche ein so gefährliches Zeugnis militärischen Widerstandes gegen Hitler in die Hand bekamen. Das „tabu“ beschränkte sich indessen nicht auf die Teilnahme der Offiziere. So schritt noch im Sommer 1946 das USA-Hauptquartier in Frankfurt mit einem kategorischen Verbot ein, als ein höherer Beamter in Darmstadt, der selbst Häftling eines Konzentrationslagers gewesen war, einen Aufsatz über die Beteiligung der arbeitenden Klassen am 20. Juli veröffentlichen wollte. Das gleiche geschah, als der Frankfurter Rundfunk für den zweiten Jahrestag des Attentats auf Hitler eine Gedächtnisfeier plante. Allen anderen Sendern in der amerikanischen Zone wurde damals ebenfalls verboten,

indessen gesagt werden, daß gegen dieses Schweigen gerade einige frühere Mitglieder des amerikanischen Nachrichtendienstes ihre Stimme erhoben und damit aus ihrer Kenntnis heraus der Wahrheit mit auf den Weg geholfen haben. Voran ging Alexander B. Maley, vormals Offizier im Marine-Nachrichtendienst, mit einem Artikel unter dem Titel: „Das Epos der deutschen Untergrundbewegung“<sup>29</sup>. Ihm folgte Franklin L. Ford, ein früherer Armee-Offizier, der dem OSS mit einem Sonderauftrag zugeteilt war. Er veröffentlichte 1946 einen Artikel: „Der 20. Juli in der Geschichte des deutschen Widerstandes“<sup>30</sup>. Sodann hat der kürzlich verstorbene Allen Welsh Dulles, dessen Schlüsselstellung bereits erwähnt wurde, in seinem Buch „Verschwörung in Deutschland“ eine Reihe unbestreitbarer Tatsachen enthüllt, wenn auch nicht immer in zutreffender Deutung<sup>31</sup>. Schließlich erlaubten auch die Besatzungsbehörden das Erscheinen von Artikeln zu diesem Thema<sup>32</sup>, und 1947 veröffentlichte Rudolf Pechel, allerdings noch in Zürich, sein Buch „Deutscher Widerstand“. Seitdem ist in zwei Jahrzehnten mit Hingabe geforscht und unendlich viel publiziert worden, ohne daß deshalb diese Darstellung mit allzuvielen Titeln belastet werden soll<sup>33</sup>. Aber daß die alten Vorurteile ganz abgeklungen sind, wird man nicht sagen können, sie wirken in der englischen Geschichtsschreibung etwa bis in die Studien von L. B. Namier und J. W. Wheeler-Bennetts Buch „Die Nemesis der Macht“ aufs stärkste nach. Auch das in Amerika sehr erfolgreich gewesene Buch von William L. Shirer behandelt die deutsche Opposition mit „spürbarer Kälte“<sup>34</sup>. Immer noch besteht für diese Autoren der Verdacht, daß

den „Putsch“ zu erwähnen. Es scheint um diese Zeit unter Deutschen eine verbreitete Annahme gewesen zu sein – und selbst als Annahme hat sie symptomatische Bedeutung –, daß es für die Beurteilung durch einige der alliierten Militärbehörden vorteilhafter war, ein richtiger Nazi gewesen zu sein, als zu den Überlebenden des 20. Juli zu gehören. Die Verschwörer galten als „Militaristen“, die versucht hatten, die Alliierten um ihren Sieg „zu betrügen“.

<sup>29</sup> Human Events, Washington, 27. Februar 1946. Ein weiterer Artikel folgte von E. A. Bayne, gleichfalls einem früheren Nachrichtenoffizier. Er handelte von der Widerstandsbewegung im deutschen Auswärtigen Amt. (Human Events, 3. April 1946).

<sup>30</sup> Der Artikel erschien in der American Historical Review, LI (Juli 1946, S. 609–26).

<sup>31</sup> Veröffentlicht im April 1947. Für die deutsche Übersetzung nach der hier und im folgenden zitiert wird, s. Anm. 22.

<sup>32</sup> So in Neue Auslese (Aug. 1947, vom Alliierten Nachrichtendienst herausgegeben).

<sup>33</sup> Es seien als Hilfsmittel nur einige Bibliographien genannt. Für den Stand der ausländischen Literatur bis 1947 siehe F. Sigmund-Schultze, Die deutsche Widerstandsbewegung im Spiegel der ausländischen Literatur (Stuttgart 1947); vgl. ferner die verschiedenen Kataloge der Wiener Library und die Forschungsberichte von Max Braubach in: Hist. Jb. (1954, 1956, 1957, 1965, 1968). Umfassend in der Anlage: Franz Herre und Hellmuth Auerbach, Bibliographie zur Zeitgeschichte und zum Zweiten Weltkrieg für die Jahre 1945–50 (München 1955, Neudruck 1966, Nr. 874–1044) und dazu die aufholenden und fortlaufenden Bibliographien in dieser Zeitschrift.

<sup>34</sup> Die deutsche Ausgabe von Aufstieg und Fall des Dritten Reiches, 1174 S., erschien 1961. Zur Kritik siehe den Aufsatz von Klaus Epstein in dieser Zeitschrift (10, 1962, S. 95 ff.). – Für Wheeler-Bennett ist schon hier die erstaunliche Tatsache festzuhalten, daß er Männern der dt. Opposition zwar sehr nahestand (insbesondere Trott zu Solz, mit dem zusammen er in einem Memorandum London zu beeinflussen suchte), daß er aber in seinem Buch von diesen intimen Beziehungen und seiner eigenen früheren Haltung nichts merken läßt.

es sich bei Bekundungen und Schritten der Opposition um einen schlecht genug verhüllten Nationalismus oder um engere Gruppenziele gehandelt habe, nicht um einen wirklichen Durchbruch durch in der Tat sehr starke traditionelle Bindungen und eben wegen dieses Konfliktes um so mehr um ein Handeln aus dem Gewissen. Wenn hier die „patriotische“ oder „staatsgläubige“ Haltung, eine wirkliche oder eine mißdeutete, als Vorwurf erscheint, so hat sich in einigen innerdeutschen Angriffen, die sich heute hervorwagen, die Front verkehrt. Es gibt Stimmen, die eine an sich unleugbare katastrophale Entwicklung nicht, wie es das Ausland einst tat, im „Erbübel“ deutscher Fügsamkeit auch einem verbrecherischen Führer gegenüber begründet sehen, sondern in einem anderen „Erbübel“, dem der „deutschen Zwietracht“. In Ribbentrops Erinnerungen erscheint diese Zwietracht, bzw. die Kenntnis, die man in England von ihr gewann, geradezu als auslösendes Moment für den Zweiten Weltkrieg<sup>35</sup>. Was Hitler als Sünde vorgeworfen wird, beschränkt sich dann darauf, daß er den Kopf des „eklen Wurms“ nicht rechtzeitig zertreten habe. Auch von solchem Angriff her bestätigt sich, daß es bei dem Thema des Widerstandes um keinen abgetanen, sondern einen sehr aktuellen Gegenstand und zugleich um Maßstabsfragen sittlichen wie politischen Handelns geht, die aus den Bedingungen unserer Epoche mit ihren weltanschaulichen Fronten über nationale Grenzen hin eine neue Aktualität gewonnen haben.

<sup>35</sup> Joachim von Ribbentrop, *Zwischen London und Moskau* (Leoni 1953, S. 203): „Diese Verschwörerkreise haben daher einen entscheidenden Anteil am Ausbruch des Krieges“ (!)

KARL HOLL

KONFESSIONALITÄT, KONFESSIONALISMUS UND DEMOKRATISCHE  
REPUBLIK – ZU EINIGEN ASPEKTEN DER REICHSPRÄSIDENTENWAHL  
VON 1925

So richtig es sein mag, daß die Wahl Hindenburgs zum Reichspräsidenten am 26. April 1925 nicht unmittelbar und ursächlich das Ende des Weimarer Staates bewirkt hat, so zutreffend ist dennoch die Beurteilung, die in jenem Ereignis einen der inneren Wendepunkte in der kurzen Geschichte der ersten deutschen Republik erblickt.

Der Vorgang ist seither immer wieder gedeutet worden: als ein Symptom für die untergründige antirepublikanische Strömung beträchtlicher Teile des deutschen Volkes, die in ihrem politischen Selbstverständnis nur zur sehnsüchtigen Rückschau auf das untergegangene Kaiserreich fähig, ihren Protest gegen den verhaßten neuen Staat auch und sogar zu einem Zeitpunkt meinten ausdrücken zu müssen, in dem sich die Republik spürbar auf dem Erfolgswege befand; als Ausdruck des damit verbundenen Wunsches nach einem Garanten historischer Kontinuität, nach einem Wahrer obrigkeitlicher, monarchischer und militärischer Tradition, nach einem „Ersatzkaiser“, wie ihn der greise Feldmarschall noch am ehesten verkörpern mochte<sup>1</sup>. Der Vorgang ließ daneben wohl auch die Deutung zu, daß sich in der Entscheidung der deutschen Wähler eine historisch lange angelegte Grundhaltung widerspiegelte, die in jedem Falle der „unpolitischen“ Vatergestalt Hindenburgs den Vorzug vor allen denkbaren republikanischen Parteikandidaturen gegeben hätte<sup>2</sup>, eine Erklärung, die übrigens ihre Stütze sowohl in der spezifischen und bewußten Wahlkampfführung des hinter der Kandidatur Hindenburgs stehenden „Reichsblocks“<sup>3</sup> wie in der Wahrscheinlichkeit findet, daß zur Wahl Hindenburgs zahlreiche bisherige Nichtwähler, „unpolitische“ Wähler beigetragen haben<sup>4</sup>.

<sup>1</sup> So etwa Theodor Eschenburg, *Die improvisierte Demokratie, Gesammelte Aufsätze zur Weimarer Republik*, München 1963, S. 58f.

<sup>2</sup> So (aus der Sicht des „Reichsblocks“) Martin Spahn, *Die Wahl zum Reichspräsidenten, Das Amt und der Mann*, in: Friedrich Wilhelm von Loebell (Hrsg.), *Hindenburg, Was er uns Deutschen ist*, Berlin 1927, S. 111; vgl. Arnold Brecht, *Vorspiel zum Schweigen, Das Ende der Deutschen Republik*, Wien 1948, S. 46; ders., *Aus nächster Nähe, Lebenserinnerungen 1884–1927*, Stuttgart 1966, S. 454; Walter H. Kaufmann, *Monarchism in the Weimar Republic*, New York 1955, S. 150f.

<sup>3</sup> Dazu etwa Gerhard Schultze-Pfäelzer, *Wie Hindenburg Reichspräsident wurde, Persönliche Eindrücke aus seiner Umgebung vor und nach der Wahl*, Berlin 1925; ders., *Hindenburg, Drei Zeitalter deutscher Nation*, Leipzig und Zürich 1930, S. 209–242; Andreas Dorpalen, *Hindenburg and the Weimar Republic*, Princeton 1964; dt. Ausgabe: *Hindenburg in der Weimarer Republik*, Berlin und Frankfurt a.M. 1966, S. 78ff.; Hanns-Jochen Hauss, *Die erste Volkswahl des deutschen Reichspräsidenten, Eine Untersuchung ihrer verfassungspolitischen Grundlagen, ihrer Vorgeschichte und ihres Verlaufs unter besonderer Berücksichtigung des Anteils Bayerns und der Bayerischen Volkspartei* (Münchener historische Studien, Abt. Bayer. Geschichte, Bd. 2), Kallmünz 1965, S. 102f., 123–134.

Aufgrund der Erkenntnisse, die durch die Amtsführung Hindenburgs, besonders in seiner kurzen zweiten Amtszeit, gewonnen werden konnten, und im Hinblick auf die politische Wirkung, die gerade von seiner Persönlichkeit ausgehen mußte, ist im nachhinein, aber auch schon von zeitgenössischen Stimmen mit guten Gründen das Scheitern einer „bürgerlichen“ Sammelkandidatur des Reichswehrministers Otto Geßler bedauert worden<sup>5</sup>. Es muß dabei auf den bezeichnenden Umstand hingewiesen werden, daß der außenpolitisch begründete Vorbehalt Stresemanns gegen die Kandidatur des Feldmarschalls zwar gewiß mindestens ebenso erheblich gewesen ist wie der gegenüber dem Reichswehrminister, aber gegenüber Hindenburg schließlich erfolglos blieb<sup>6</sup>, wobei freilich – dies sei eingeräumt – ein parteipolitisch orientiertes und persönliches Desinteresse Stresemanns an einer Präsidentschaft des ihm als unabhängig bekannten Demokraten Geßler nicht völlig auszuschließen ist. Jedenfalls hat die vorschnelle Proklamierung der Kandidatur von Jarres durch den Loebell-Ausschuß, vornehmlich durch DVP und DNVP und unter starker Mithilfe Stresemanns die Kandidatur Geßlers verhindern helfen. Auch eine bürgerliche Sammelkandidatur des Demokraten Walter Simons, des Reichsgerichtspräsidenten und Präsidenten des Evangelisch-sozialen Kongresses und vormaligen Reichsaußenministers, der nach dem Tode Eberts für einige Wochen als amtierender Reichspräsident wirkte, scheiterte u. a. an der Haltung der beiden Parteien, während der von der DDP vorübergehend ventilierter Gedanke an eine republikana-

<sup>4</sup> Siehe Friedrich J. Lucas, *Hindenburg als Reichspräsident* (Bonner historische Forschungen, Bd. 14), Bonn 1959, S. 19; (allerdings historische Belletristik:) Emil Ludwig, *Hindenburg und die Sage von der Deutschen Republik*, Amsterdam 1935, S. 268 f.

<sup>5</sup> Zuletzt in dem Werk des Stresemann nahestehenden ehemaligen Staatssekretärs der Reichskanzlei und Reichstagsabgeordneten (DVP) Werner Freiherr von Rheinbaben, *Kaiser, Kanzler, Präsidenten*, Mainz 1968, S. 229; ähnlich die Stellungnahme des damaligen Geschäftsführers der DDP, Ministerialrat a. D. Werner Stephan in seinen bisher unveröffentlichten Aufzeichnungen (künftig zitiert: Stephan, *Aufzeichnungen*), in die mir Herr Stephan freundlicherweise durch die Überlassung einer Fotokopie Einblick gewährte, wofür ich ihm an dieser Stelle Dank sage. – Dort auch über Widerstände gegen Geßlers Kandidatur innerhalb der DDP wegen Geßlers Haltung am Ende des Ruhrkampfes; dazu vgl. Roland Thimme, *Stresemann und die Deutsche Volkspartei 1923–1925* (Historische Studien, Heft 382), Lübeck und Hamburg 1961, S. 117; zur Frage der Kandidatur Geßlers jetzt am ausführlichsten: Hauss, a. a. O., S. 57–65; dazu Geßler selbst: *Reichswehrpolitik in der Weimarer Zeit*, hrsg. von Kurt Sendtner, Stuttgart 1958, S. 334–337; vgl. etwa Theodor Heuss, *Erinnerungen 1905–1933*, Frankfurt a. M. und Hamburg 1965, S. 218; Jürgen Blunck, *Der Gedanke der Großen Koalition in den Jahren 1923–1928*, Phil. Diss. Kiel 1961, S. 123 f.

<sup>6</sup> Vgl. Otto Schmidt-Hannover, *Umdenken oder Anarchie, Männer-Schicksale-Lehren*, Göttingen 1959, S. 195; Hans Luther, *Politiker ohne Partei*, Stuttgart 1960, S. 331; Stephan bezeichnet in einer brieflichen Mitteilung an den Verf. (21. 8. 1963) Stresemanns „außenpolitische Motive“ (gegen Geßlers Kandidatur) „[als] wohl mehr vorgeschützt“ und weist auf die ohnedies menschlich schwierige Zusammenarbeit des Berliners Stresemann mit dem Süddeutschen Geßler hin; außerdem erwähnt er die damals geäußerte Vermutung, daß bei dem Scheitern der Kandidatur Geßler die Rivalität der Stresemann nahestehenden Antonina Valentin mit der Geßler nahestehenden Katharina von Oheimb, spätere von Kardorff, und ihrer politischen „Salons“ mitgewirkt haben könnten.

nische Einheitskandidatur Simons offenbar wegen des Desinteresses der SPD ergebnislos blieb<sup>7</sup>.

Als wesentliche Faktoren, die zur ersten Wahl Hindenburgs beigetragen haben, sind immer wieder das Festhalten der KPD an der Kandidatur Thälmanns im zweiten Wahlgang<sup>8</sup> und das schließliche Abschnwenken der Bayerischen Volkspartei zum „Reichsblock“<sup>9</sup> genannt worden. Wie die Wahlergebnisse des zweiten Wahlgangs im Vergleich zu denen des ersten zeigen, sind damit die Tatbestände objektiv richtig erfasst: der auch von der Komintern gewünschte Verzicht auf die nochmalige Kandidatur Thälmanns seitens der KPD, die für diesen Fall zumindest zu erwartende Stimmenthaltung der kommunistischen Wähler und wenigstens die (bis zum Feststehen der Kandidatur Hindenburgs tatsächlich vorübergehend erwogene) Freigabe der Abstimmung seitens der BVP für diejenigen Wähler, die im ersten Wahlgang für den bayerischen Ministerpräsidenten Held votiert hatten<sup>10</sup> – dies hätte mit großer Wahrscheinlichkeit die Wahl von Wilhelm Marx zum Reichspräsidenten entscheidend sichern helfen.

Doch ist wenig für ein abschließendes Urteil gewonnen mit dem Vorwurf, die KPD habe sich „in der unergründlichen Verblendung und Bosheit ihres Herzens“<sup>11</sup>

<sup>7</sup> Das komplizierte Geflecht aufeinander einwirkender und einander teilweise wieder aufhebender Tendenzen in der Vorgeschichte und beim Zustandekommen der Kandidaturen schon für den ersten Wahlgang konnte hier nur sehr verkürzt und andeutend umrissen werden; zusammenfassende Darstellungen jetzt: Hauss, a. a. O.; Roland Thimme, a. a. O., S. 111–123; Annelise Thimme, Gustav Stresemann, Eine politische Biographie zur Geschichte der Weimarer Republik, Hannover und Frankfurt a.M. 1957, S. 71 f.; Manfred Dörr, Die Deutschnationale Volkspartei 1925 bis 1928. Phil. Diss. Marburg 1964, S. 115–120; Henry Ashby Turner jr., Stresemann and the Politics of the Weimar Republic, Princeton 1963, dt. Ausgabe: Stresemann – Republikaner aus Vernunft, Berlin, Frankfurt a.M. 1968, S. 186 ff.

<sup>8</sup> Aus der Fülle diesbezüglicher Äußerungen: Otto Braun, Von Weimar zu Hitler, New York 1940, S. 171; Carl Severing, Mein Lebensweg, Bd. II, Im Auf und Ab der Republik, Köln 1950, S. 54; Friedrich Stampfer, Die ersten 14 Jahre der Deutschen Republik, Offenbach/Main 1947, S. 454; Wilhelm Hoegner, Die verratene Republik, München 1958, S. 182; Paul Löbe, Der Weg war lang, Lebenserinnerungen, Berlin-Grünwald 1954, S. 112; Wilhelm Keil, Erlebnisse eines Sozialdemokraten, Bd. 2, Stuttgart 1948, S. 320; vgl. Werner Conze, Die Zeit Wilhelms II. und die Weimarer Republik, Deutsche Geschichte 1890–1933, Tübingen 1964, S. 214 f.; Helmut Heiber, Die Republik von Weimar, München 1966, S. 171; Roland Thimme, a. a. O., S. 159.

<sup>9</sup> Siehe Karl Schwend, Bayern zwischen Monarchie und Diktatur, Beiträge zur Bayerischen Frage in der Zeit von 1918 bis 1933, München 1954, S. 310 f.; Fritz Schäffer, Die Bayerische Volkspartei (BVP), in: Politische Studien, 14 (1963), S. 57; Stampfer, a. a. O., S. 454; Karl Buchheim, Die Weimarer Republik, Grundlagen und politische Entwicklung, München 1961, S. 105; Erich Eyck, Geschichte der Weimarer Republik, Erlenbach-Zürich 1962, I., S. 446; Alfred Milatz, Wähler und Wahlen in der Weimarer Republik, Bonn 1965, S. 120; Roland Thimme, a. a. O., S. 139; jetzt am eingehendsten dargestellt bei Hauss, a. a. O., S. 85–107.

<sup>10</sup> Schwend, a. a. O., S. 310; Hauss, a. a. O., S. 96 f., 104.

<sup>11</sup> Golo Mann, Deutsche Geschichte 1919–1945, Frankfurt a.M. 1958, S. 86; vgl. Dorpalen, a. a. O., S. 71; Braun, a. a. O., S. 171; Hoegner, a. a. O., S. 182; Ossip K. Flechtheim, Die Kommunistische Partei Deutschlands in der Weimarer Republik, Offenbach 1948, S. 124 f.

mit der Schuld der Beihilfe zur Wahl Hindenburgs beladen; aus der ideologisch getrüben Sicht der KPD stellte sich die Weimarer Republik nun einmal als ein Staat dar, demgegenüber es völlig gleichgültig erschien, ob ein früherer katholischer Reichskanzler bürgerlich-demokratischer Observanz oder ein ehemaliger kaiserlicher Feldmarschall an seine Spitze gelangte<sup>12</sup>.

Sinnvoller erscheint uns eine an der Zuverlässigkeit für die Republik orientierte Beurteilung der den Weimarer Staat vornehmlich tragenden Parteien und der von ihnen beeinflussten oder doch beeinflussbaren Wähler. Es geht – anders ausgedrückt – um die Frage: als wie stark ausgebildet erwies sich die integrierende Kraft des Weimarer Staates für die Parteien (und ihre Wähler), soweit sie seine Bewahrung wünschten, und zwar an einer Wendemarke von der Bedeutung der Reichspräsidentenwahl des Jahres 1925?<sup>13</sup>

Aufschlußreich in diesem Zusammenhang ist zunächst die Haltung der Bayerischen Volkspartei. Die übrigens innerhalb der Partei nicht ganz widerspruchslos hingegenommene Entscheidung der BVP-Führung zugunsten des Protestanten Hindenburg und gegen den Katholiken Marx<sup>14</sup> zeigte, daß es damals für diese Partei etwas gab, was sich als noch stärker erwies als ihr antipreußischer Affekt oder auch ihre Bereitschaft zur Teilnahme an republikanischen Reichsregierungen: ihr tief-sitzender antisozialistischer Affekt seit den Tagen des Wittelsbacher-Sturzes und der kurzlebigen bayerischen Räterepublik<sup>15</sup>.

Die militärische Traditionshaltung im Hintergrund agierender Persönlichkeiten (wie Martin Loibls)<sup>16</sup>, das Eintreten von Kronprinz Rupprecht für Hindenburg<sup>17</sup> und die angesichts der Alternative Marx-Hindenburg nicht ganz plausible Befürchtung, von dem Wahlbündnis zwischen Zentrum und SPD werde vor allem aufgrund der Absprachen über die Regierungsbildung in Preußen unter Otto Braun eine verstärkte unitarische Wirkung auf die Reichsinnenpolitik ausgehen<sup>18</sup>, mögen neben weiteren Faktoren ein übriges getan haben, Hindenburg den Vorzug zu geben.

<sup>12</sup> Arthur Rosenberg, *Entstehung und Geschichte der Weimarer Republik* (hrsg. von Kurt Kersten), Frankfurt/M. 1955, S. 452; Die geschichtsklitternde, marxistische Darstellung von Wolfgang Ruge, *Stresemann, Ein Lebensbild*, Berlin (Ost) 1965, erwähnt Thälmanns Kandidatur nicht und begnügt sich damit, der SPD die Schuld für das Nichtzustandekommen einer gemeinsamen Linkskandidatur mit der SPD zuzuschreiben.

<sup>13</sup> In diesem Sinne auch Conze, a. a. O.

<sup>14</sup> Schwend, a. a. O., S. 311 f.; Hauss, a. a. O., S. 107–114.

<sup>15</sup> Schwend, a. a. O., S. 303 f.; Dorpalen, a. a. O., S. 75; vgl. dagegen Hauss, a. a. O., S. 15–20, 68, der recht überzeugend den Nachweis führt, daß das Verhalten der BVP in der Frage der Reichspräsidentenskandidatur (schon im Hinblick auf die Sonderkandidatur Held) auch als Teil der Auseinandersetzung der Partei mit dem Zentrum zu betrachten ist.

<sup>16</sup> Schwend, a. a. O., S. 310 f.; Schmidt-Hannover, a. a. O., S. 189; Geßler, a. a. O., S. 338; Hauss, a. a. O., S. 92 ff., 97, 104 ff.

<sup>17</sup> Schwend, a. a. O., S. 312; Walther Hubatsch, *Hindenburg und der Staat*, Aus den Papieren des Generalfeldmarschalls und Reichspräsidenten von 1878–1934, Göttingen, Berlin, Zürich 1966, S. 71.

<sup>18</sup> Geßler, ebd.; Schwend, a. a. O., S. 304; Hauss, a. a. O., S. 117–123; dort, S. 103–107, auch über die die Kandidatur Hindenburgs in der BVP fördernden Kräfte.

Allerdings ist die Möglichkeit nicht auszuschließen, daß sich die BVP mit einer Kandidatur des süddeutschen Katholiken Geßler abgefunden, ja, sie sogar unterstützt hätte<sup>19</sup>.

Dies gilt nun freilich auch gewiß für nicht unbeträchtliche Teile des Zentrums, denen sowohl das Bündnis mit der SPD als auch die Unterstützung eines weiter rechts stehenden Kandidaten (Jarres, Hindenburg) Schwierigkeiten bereitete<sup>20</sup>. Ihnen wurde der Boden entzogen durch die von DVP und DNVP gestützte Kandidatur Jarres. So waren hier die Weichen gestellt, seit sich die Sammelkandidatur Geßlers in den ersten tastenden Ansätzen als nicht realisierbar herausgestellt hatte. Marx wurde mit der für so manchen scharfsinnigen Beobachter bald erkennbaren Absicht aufgestellt, ihn für eine taktische Verabredung im zweiten Wahlgang aufzubauen. Wie stark dabei die Mitwirkung von Kräften des linken Parteiflügels war, die wie Wirth auf jeden Fall dem Abkommen mit der SPD und dem Zusammenwirken im Rahmen der Weimarer Koalition zuneigten<sup>21</sup>, kann nur vermutet werden. Einzusehen ist jedenfalls, daß das Zentrum wesentliche Ziele vor allem auch in der Sicherung innenpolitischer Positionen in Preußen und hier nun einmal in der Sozialdemokratie den wichtigeren Gesprächspartner erblicken mußte<sup>22</sup>.

Das weite Spektrum der Zentrumsparterie wie auch ihrer Wählerschaft wird andererseits deutlich daran, daß Kräfte des äußersten konservativen Parteiflügels, darunter solche monarchistischer Prägung (von Papen, Clemens von Loe, von Guérard) und mittelständisch-agrarische Kreise aus ihrer Abneigung gegenüber dem Bündnis mit der SPD heraus die Kandidatur Hindenburgs förderten und daß der Mythos des Feldmarschalls als des Beschützers der deutschen Ostgrenze ausreichte, um vor allem in den preußischen Ostprovinzen (so etwa im Ermland und in Oberschlesien) traditionelle Zentrumswähler zu Hindenburgwählern aus Dankbarkeit zu machen<sup>23</sup>. Eine weitere Motivation für die Entscheidung gegen die offizielle Zentrumslinie, gegen Marx und für Hindenburg im Lager des Zentrums und des zentrumsnahen politischen Katholizismus bis in den Episkopat hinein (so bei Kardinal Bertram) bestand in dem Vorbehalt gegenüber der sozialdemokratischen Schulpolitik namentlich in Preußen<sup>24</sup>.

<sup>19</sup> Schwend, a. a. O., S. 306; Hauss, a. a. O., S. 61f., 81.

<sup>20</sup> Schwend, ebd.

<sup>21</sup> Walter Görnitz, Hindenburg, Ein Lebensbild, Bonn 1953, S. 248.

<sup>22</sup> Über die Verflechtung der Reichspräsidentenskandidatur mit dem Problem der Regierungsbildung in Preußen s. Hauss, a. a. O., S. 77–80.

<sup>23</sup> Zu dem ganzen Sachverhalt: John K. Zeender, The German Catholics and the Presidential Election of 1925, in: The Journal of Modern History, 35 (1963), S. 366–381. – Zeender läßt bei seiner Schätzung – 400 000 Zentrumswähler am 26. 4. 1925 Hindenburgwähler – die Möglichkeit außer acht, daß in dieser Zahl auch DDP-Wähler enthalten sein können: vgl. Dorpalen, a. a. O., S. 86, Anm. 39; außerdem übersieht er die Dankbarkeitsmotivation katholischer Grenzlandwähler. – Vgl. auch Helga Grebing, Zentrum und katholische Arbeiterschaft 1918–1933, Ein Beitrag zur Geschichte des Zentrums in der Weimarer Republik, Phil. Diss. Berlin 1953, S. 154; Roland Thimme, a. a. O., S. 125.

<sup>24</sup> Dazu Zeender, a. a. O.; vgl. Hauss, a. a. O., S. 127.

Daß so viele katholische Wähler, vor allem so viele Zentrumswähler sich durch die Propaganda des „Rechtsblocks“, die in überwiegend katholischen Gegenden das Bündnis des Zentrums mit der SPD als mit „der Partei des atheistischen Materialismus“ anprangerte<sup>25</sup>, beeinflussen lassen, die Wahl von Wilhelm Marx ablehnen und Hindenburg selbst trotz seiner evangelischen Konfessionszugehörigkeit wählen konnten, läßt eine erste (negative) Antwort im Sinne unserer Leitfrage zu: erhebliche Teile der katholischen Wählerschaft konnten auch durch das Zentrum und seine sonst bewährte integrierende Potenz nicht für eine Entscheidung mobilisiert werden, die so deutlich den Charakter einer Entscheidung für den Weimarer Staat an sich trug. Ja, man darf annehmen, daß nicht wenigen der so votierenden katholischen Wähler dieser Aspekt überhaupt nicht bewußt gewesen ist oder daß er bei ihnen doch hinter den anderen genannten Aspekten zurücktrat, dies um so mehr, als der „Rechtsblock“ die unbedingte Achtung der Verfassung durch seinen Kandidaten beteuerte und dieser selbst in seinem Osteraufruf vom 11. April ein Bekenntnis zur Verfassung abgelegt hatte<sup>26</sup>.

Die SPD war sich von vornherein über die Aussichtslosigkeit einer sozialdemokratischen Kandidatur für die Reichspräsidentschaft im klaren<sup>27</sup>. Nur darüber, daß Friedrich Ebert, hätte er noch in der Volkswahl kandidieren können und wollen, gewählt worden wäre, herrschte und herrscht heute weit über die Sozialdemokratie hinaus ziemlich allgemein Einverständnis. Der vorübergehend aufgetauchte Gedanke an eine Kandidatur Paul Löbes wurde bald wieder fallengelassen<sup>28</sup>. Mit Otto Brauns Kandidatur im ersten Wahlgang, von der Partei und auch von Braun selbst ohnedies nur lau betrieben, wollte die SPD wenigstens die Fahne zeigen und den Verhandlungsgegenstand für den zweiten Wahlgang markieren. Die Möglichkeit einer Volksblockkandidatur Braun für den zweiten Wahlgang schied schon aus wahlstrategischen Rücksichten aus<sup>29</sup>. Die Sicherung der dann tatsächlich in den Absprachen mit den beiden anderen Parteien der Weimarer Koalition erzielten Vereinbarung über die gemeinsame (und schwierige) Regierungsbildung in Preußen erschien der SPD begreiflicherweise vordringlicher.

Ganz konsequent hat die SPD dann auch innerhalb des „Volksblocks“ die Kandidatur von Marx im Wahlkampf für den zweiten Wahlgang tatkräftig unterstützt<sup>30</sup>. Aber ist das Kalkül der sozialdemokratischen Parteiführung bis zum letzten Parteimitglied und bis zum letzten Wähler, der am 29. März 1925 Otto Braun gewählt hatte, verstanden und bejaht worden? Und war hier jene Integrationskraft des demokratischen und republikanischen Gedankens wirksam, welche die Stunde erforderte?

<sup>25</sup> Zeender, a. a. O., S. 373.

<sup>26</sup> Dorpalen, a. a. O., S. 80.

<sup>27</sup> Braun, a. a. O., S. 169; Stampfer, a. a. O., S. 452.

<sup>28</sup> Braun, ebd.; vgl. Löbe, a. a. O., S. 110.

<sup>29</sup> Braun, a. a. O., S. 170; Stampfer, a. a. O., S. 451 f.; Hauss, a. a. O., S. 80.

<sup>30</sup> Severing, a. a. O., S. 52 f.; vgl. auch Julius Leber, *Ein Mann geht seinen Weg*, Schriften, Reden und Briefe, herausgegeben von seinen Freunden, Berlin-Schöneberg 1952, S. 59.

Im großen und ganzen wird man die Frage für die SPD bejahen müssen, wenngleich die Enttäuschung über den Verzicht auf eine eigene Kandidatur im zweiten Wahlgang bei vielen sozialdemokratischen Wählern groß war, wie Braun bezeugt<sup>31</sup>. Immerhin hat es offenbar in Kreisen traditioneller (protestantischer und radikal-sozialistischer) SPD-Wähler Mißtrauen gegenüber dem Kompromißkandidaten des „Volksblocks“ gegeben, das sich – in Umkehrung jener konfessionspolitisch motivierten Bedenken im Zentrumslager gegenüber dem Wahlbündnis mit der SPD – hier gegen die katholische Konfession des Zentrumspolitikers oder einfach gegen den „Kapitalisten“ Marx richtete. Darauf sind u. a. die Stimmenthaltung Tausender von Braun-Wählern im zweiten Wahlgang und viele Arbeiterstimmen für Hindenburg und Thälmann vor allem in Sachsen und Thüringen zurückgeführt worden<sup>32</sup>. Freilich mag der Fall des sozialdemokratischen evangelischen Mannheimer Pfarrers Dr. Ernst J. Lehmann – eines Mannes aus dem frühen Kreis um Friedrich Naumann –, der wegen seiner starken Bedenken gegenüber einem katholischen, vom Zentrum gestellten Reichspräsidenten für die Kandidatur Hindenburgs eintrat<sup>33</sup>, eine isolierte Erscheinung darstellen.

Besonderes Interesse verdient in unserem Zusammenhang die Haltung der Deutschen Demokratischen Partei. Die DDP setzte, ohne eigentlich „kulturkämpferisch“ zu sein, wesentlich stärker als die Deutsche Volkspartei die kulturpolitische Tradition des deutschen Liberalismus fort. Dieser Umstand brachte es mit sich, daß innerhalb dieser Partei und ihrer Wählerschaft die Diskussion über die konfessionellen Implikationen der Volksblockkandidatur Marx besonders intensiv geführt wurde. Er ließ die Wählerschaft der DDP aber auch zu einem bevorzugten Ziel der Reichsblockpropaganda, die DDP selbst zum Ziel heftiger Angriffe aus konservativen Kreisen der evangelischen Kirche werden.

Zur Verdeutlichung des zuletzt genannten Sachverhaltes bedarf es einiger klärender Vorbemerkungen. Seit Gottfried Mehnerts Untersuchung über die Haltung der evangelischen Kirche in der Situation des Umbruchs vom Kaiserreich zur

<sup>31</sup> Braun, ebd.; auch Severing, a. a. O., S. 53; vgl. Hauss, a. a. O., S. 127; Roland Thimme, a. a. O., S. 126.

<sup>32</sup> Schultze-Pfäelzer, Hindenburg, S. 240; Severing, a. a. O., S. 53; John W. Wheeler-Bennett, Hindenburg, The Wooden Titan, London 1936, S. 266; Godfrey Scheele, The Weimar Republic, Overture to the Third Reich, London o.J. (1946), S. 134; Dorpalen, a. a. O., S. 85; Hauss, a. a. O., S. 135.

<sup>33</sup> Martin Rade an Johannes Kübel, in: Die Christliche Welt (künftig zitiert: C. W.), Nr. 24/26, 18. Juni 1925, S. 565; vgl. Johannes Rathje, Die Welt des freien Protestantismus, Ein Beitrag zur deutsch-evangelischen Geistesgeschichte, dargestellt am Leben und Werk von Martin Rade, Stuttgart 1952, S. 337. – Lehmann hat seine sehr sorgfältig differenzierte Stellungnahme selbst dargestellt in seiner Schrift „Um des Evangeliums willen“, Eine ungehaltene politische Verständigungs- und Bekenntnisrede zur Reichspräsidentenwahl an seine Gemeindeglieder von Dr. E. Lehmann, Pfarrer an der Luther-Kirche in Mannheim, Mannheim o. J. (1925). – Biographische Daten Lehmanns: Heinrich Neu, Pfarrerbuch der evangelischen Kirche Badens von der Reformation bis zur Gegenwart, Lahr i. B. 1938–1939, I., S. 103; II., S. 365.

Republik<sup>34</sup> haben wir einen geschärfteren Blick gewonnen für jene überwiegende Mehrheit des deutschen Protestantismus, die sich – im Gegensatz zur katholischen Kirche – außerstande zeigte, sich nüchtern und unvoreingenommen auf den Boden der 1918 in Deutschland vollzogenen Tatsachen zu stellen. Ihre spezifische Haltung, die als „konservativ“ und „national“ nur unvollkommen umschrieben ist, machte es ihnen unmöglich, in den Ereignissen des Jahres 1918 die unausweichliche Aufforderung zu einer Revision ihres seitherigen kleindeutsch-preußischen, protestantischen und nationalen Geschichtsbildes zu erkennen. In ihrer Vorstellungswelt, in der Begriffe wie „Demokratie“, „Parlamentarismus“, „Liberalismus“, „Sozialismus“ ziemlich undifferenziert nebeneinanderstanden und schlechthin als Prinzipien der Autoritätslosigkeit, der Unordnung, der Zersetzung und des Zerfalls bisheriger Ordnung galten, war die Erhaltung des Weimarer Staates nicht vorgesehen. Ihren Haß, ihre Verachtung gegenüber den mit dem polemisch gemeinten Schlagwort „international“ bedachten Parteien der Friedensresolution vom Juli 1917 nahmen sie mit in den neuen Staat, wie sie „ihre Ideale aus dem Kaiserreich mit in die Republik“ nahmen<sup>35</sup>. Wie sie von der Novemberrevolution überrascht worden waren, so wollten sie die tieferen Ursachen der äußeren und inneren Niederlage des Kaiserreichs, ja, die Niederlage selbst im Grunde nicht wahrhaben, sondern beschränkten sich darauf, die „internationalen“ Kräfte für den Zusammenbruch verantwortlich zu machen, so die diffamierende Klassifizierung der oppositionellen Gruppen im Deutschland Bismarcks als „Reichsfeinde“ fortsetzend.

Diese Einstellung zum Weimarer Staat brachte den national gestimmten, konservativen deutschen Protestantismus zwangsläufig in enge Nachbarschaft zu Deutschnationalen Volkspartei, mit der sich auch vielfältige personelle Verschränkungen auf allen Ebenen der kirchlichen und der Parteiorganisation ergaben<sup>36</sup>. Es nimmt deshalb nicht wunder, daß der innerkirchliche Kampf des Mehrheitsprotestantismus sich gegen jene kleine Gruppe liberaler evangelischer Theologen richtete, die wie Ernst Troeltsch, Adolf von Harnack, Otto Baumgarten, Friedrich Naumann, Martin Rade und andere nicht nur theologisch „links“ standen, sondern auch durch ihre Mitarbeit in der DDP oder durch die Hinneigung zu den Vorstellungen und Zielen dieser Partei im Sinne der jungen Republik wirkten.

Karl Dietrich Erdmann hat vor mehr als zehn Jahren u. a. Untersuchungen über das Verhältnis von Kirche und Demokratie in der Weimarer Republik als Desideratum der zeitgeschichtlichen Forschung bezeichnet<sup>37</sup>. An der Haltung des deutschen Mehrheitsprotestantismus zu den beiden Reichspräsidentenwahlkandidaturen Hindenburg und Marx, an der Haltung der im zweiten Wahlgang für Marx ein-

<sup>34</sup> Gottfried Mehnert, *Evangelische Kirche und Politik 1917–1919, Die politischen Strömungen im deutschen Protestantismus von der Julikrise bis zum Herbst 1919*, Düsseldorf 1959.

<sup>35</sup> Mehnert, a. a. O., S. 69.

<sup>36</sup> Mehnert, a. a. O., S. 152; Karl Kupisch, *Die deutschen Landeskirchen im 19. und 20. Jahrhundert*, in: *Die Kirche in ihrer Geschichte, Ein Handbuch*, hrsg. von Kurt Dietrich Schmidt und Ernst Wolf, Bd. 4, Lieferung R (2. Teil) Göttingen 1966, S. 100f.

<sup>37</sup> Karl Dietrich Erdmann, *Die Geschichte der Weimarer Republik als Problem der Wissenschaft*, in dieser Zeitschrift 3 (1955), S. 18f.

tretenden evangelischen Theologen und an den damit in engem Zusammenhang stehenden Auseinandersetzungen evangelischer Kreise mit der DDP lassen sich der antidemokratische und antirepublikanische Standort der Mehrheit und der republiktreue Standort der Minderheit recht gut exemplarisch verdeutlichen. Im Sinne der berechtigten Anregung Erdmanns will deshalb das Folgende zugleich Vorstudie und Beitrag sein zu Forschungen, die über Mehnerts Untersuchung zeitlich hinausreichen.

Bezeichnend für die Einstellung des Mehrheitsprotestantismus zum Weimarer Staat im allgemeinen und zur Sozialdemokratie im besonderen war es, daß der Tod Eberts von den offiziellen Stellen der evangelischen Kirche nahezu völlig ignoriert wurde<sup>38</sup>. Von dem fatalen Eindruck, den dieses Verhalten hinterließ, hob sich innerhalb der evangelischen Kirche neben einigen wenigen Martin Rade – Schwager Friedrich Naumanns und Mitglied der DDP – mit seiner „Christlichen Welt“ günstig ab.

Nicht nur, daß Rade einen warmherzigen Nachruf auf den Reichspräsidenten veröffentlichte<sup>39</sup>, er setzte sich auch mit der Reaktion der evangelischen Kirche auf den Tod Eberts kritisch auseinander:

„Dabei ist es mir ein großer Schmerz, daß gerade meine evangelische Kirche sich in die Stunde nicht hat finden wollen. Am Sonntag Invokavit sind Predigten gehalten worden von sehr beredten und geistig lebendigen Pfarrern, die des Ereignisses nicht gedacht haben. Das konnte nur Absicht sein. Kein Wort des Gebets für die dadurch gewordene Lage des Staates. Vielleicht waren es Ausnahmen – indessen, ich fürchte! Und wenn es nur Etliche wären: wo bleibt das Staatsgefühl? wo das wache Gedenken an die Gemeindeglieder, die durch diesen Tod tief betroffen sind? (Daß auch Sozialdemokraten unter der Kanzel sitzen, setzt man offenbar als ausgeschlossen voraus.) Wo bleibt das rein menschliche Empfinden für die Einzigkeit dieses Lebenslaufs? Wie kann ein Prediger am Tage nach der Todesnachricht sich das alles entgehen lassen – und tun, wie wenn nichts geschehen wäre. Aber das Ausschlaggebende bleibt: gleichviel wer Ebert war, es starb doch das Oberhaupt unseres Staates?“

„... Steht denn unsere evangelische Kirche so ganz rettungslos im Schatten der Reaktion? ...“

„... Die Nichterwähnung dieses Todes auf den Kanzeln am Sonntag Invokavit ist weithin still gewesen. Das ohne obrigkeitlichen Zwang anheimgegebene Läuten am Todestage ist in der Regel unterblieben. Man hat der katholischen Kirche überlassen, ihren abtrünnigen Sohn zu ehren und damit dem Staat zu geben, was des Staates ist ...“<sup>40</sup>

Sodann druckte Rade einen bitteren, resignierten Brief des evangelischen Pfarrers Hermann Maas aus Heidelberg ab, der wegen der Trauerrede, die er am Grabe des ehemals katholischen Dissidenten Ebert gehalten hatte, Kritik von evangelischer Seite ausgesetzt war<sup>41</sup>.

<sup>38</sup> Kupisch, a. a. O., S. 114.

<sup>39</sup> C. W. Nr. 9/10, 5. März 1925, Sp. 237 f.; vgl. Rathje, a. a. O., S. 533.

<sup>40</sup> „Zum Tode des Reichspräsidenten“, C. W. Nr. 11/13, 19. März 1925, Sp. 280 ff.; vgl. Rathje, ebd.

<sup>41</sup> „Zur Beerdigung des Reichspräsidenten“, C. W. Nr. 14/15, 2. April 1925, Sp. 324 ff. –

Selbstverständlich fand dann im ersten Wahlgang nur der Kandidat der DVP und der DNVP Karl Jarres die Unterstützung des Mehrheitsprotestantismus. Die heftige, antikatholisch untermalte, gegen Zentrum und BVP gerichtete Propaganda des „Evangelischen Bundes“ für Jarres hat denn auch der BVP Anlaß (oder Vorwand) gegeben, einer erneuten Kandidatur von Jarres in einer „bürgerlichen“ Sammelkandidatur im zweiten Wahlgang von vornherein die Unterstützung zu verweigern<sup>42</sup> und damit indirekt zur Aufstellung Hindenburgs durch den „Reichsblock“ beigetragen. Ebenso selbstverständlich, nur noch in weit stärkerem Maße trat die Unterstützung der Kandidatur Hindenburgs durch den Mehrheitsprotestantismus hervor. Ungeachtet der Teilnahme der BVP am „Reichsblock“ wurde Hindenburg hier geradezu als neuer Luther stilisiert<sup>43</sup>.

Kehren wir nun zur Betrachtung der DDP zurück! Nach außen hin ziemlich reibungslos und bereitwillig hatte sich die DDP nach dem ergebnislosen Ausgang des ersten Wahlgangs, an dem sie mit einem eigenen Kandidaten, dem badischen Staatspräsidenten Willy Hellpach, beteiligt gewesen war, dem „Volksblock“ zur Unterstützung der Kandidatur Marx als dritte der Weimarer Parteien angeschlossen<sup>44</sup>.

Der Gedanke einer republikanischen Sammelkandidatur war publizistisch vor allem in der „Hilfe“ entschieden vertreten worden. Anton Erkelenz, neben Gertrud Bäumer Herausgeber der von Naumann begründeten linksliberalen Zeitschrift, hatte schon im März 1925 vom Erfolg einer rechtsgerichteten Kandidatur Jarres das Heraufkommen einer „Mac-Mahon-Zeit für die deutsche Republik“, einer die monarchistische Restauration vorbereitenden Periode befürchtet<sup>45</sup>. Nun, vor der endgültigen Entscheidung über den „Volksblock“, bezeichnete er eine republikanische Einheitskandidatur Hellpachs als am ehesten wünschenswert, warb aber zugleich um Verständnis für eine wahrscheinliche Kandidatur Marx. An dieser dürfe die Einigung der Parteien der Weimarer Koalition jedenfalls nicht scheitern, wobei er an „die Bedenken, die dagegen im Kreise mancher kulturpolitisch entschieden liberalen Freunde bestehen“<sup>46</sup>, dachte.

Ähnlich erging es Otto Baumgarten, nachdem er im Auftrag des „Reichsbanners“ eine Gedenkrede auf Ebert gehalten hatte: Otto Baumgarten, *Meine Lebensgeschichte*, Tübingen 1929, S. 463.

<sup>42</sup> Schwend, a. a. O., S. 310; Hauss, a. a. O., 66, 81, 92, 96.

<sup>43</sup> Scheele, a. a. O., S. 134; Kupisch, a. a. O., S. 114.

<sup>44</sup> Dennoch herrschte aus mancherlei Gründen zunächst Verstimmung innerhalb der Führungsgremien der DDP, u. a. wegen des taktischen Spiels von Zentrum und SPD um die (kurzlebige) Ministerpräsidentenschaft Hoepker-Aschoffs in Preußen: Hauss, a. a. O., S. 80; über Widerstände bei führenden demokratischen Politikern gegenüber der Katholizität von Marx: Stephan in einem Brief an den Verf. (21. 8. 1968): „Der kämpferische Katholizismus Wilhelm Marx' wurde in der Tat vom Kulturliberalismus innerhalb der DDP als starke Belastung empfunden. Willy Hellpach, Gertrud Bäumer und Gleichgesinnte haben das sehr entschieden herausgestellt.“

<sup>45</sup> „Die erste Reichspräsidentenwahl“, *Die Hilfe*, Nr. 6, 13. März 1925, S. 126; vgl. Roland Thimme, a. a. O., S. 112f.

<sup>46</sup> *Die Hilfe*, Nr. 7, 29. März 1925, S. 146; vgl. Hauss, a. a. O., S. 77.

In der Tat waren vor allem in Süddeutschland die kulturpolitisch begründeten Vorbehalte in der Anhängerschaft der DDP stark, wie z. B. Baumgarten aufgrund eines Gesprächs mit dem ehemaligen württembergischen Staatspräsidenten Johannes Hieber bestätigt<sup>47</sup>. Ähnliches wie für Württemberg galt auch für Baden, wo die Erinnerung an den gemeinsamen Kampf im „Großblock“ von der Sozialdemokratie bis zu den Nationalliberalen gegen das Zentrum vor dem 1. Weltkrieg noch lebendig war<sup>48</sup>.

Hellpach, der eine Kandidatur von Simons gewünscht hatte, berichtet von seinem Erstaunen, als schon in den Vorbereitungen zum ersten Wahlgang im Reichsvorstand der DDP der Name Marx' als möglicher republikanischer Einheitskandidat genannt worden sei:

„Marx war . . . ganz schwer katholisch, Eiferer für die streng konfessionelle Schultrennung, gewiß ein Katholik ohne Tadel und Falsch, aber so durch und durch ein klerikaler Politiker, daß seine Nomination geradezu eine katholische Republik nach dem evangelischen Kaisertum plakatiert haben würde.“<sup>49</sup>

In seinem rückblickenden Urteil mag freilich auch die Enttäuschung darüber nachklingen, daß entschlossene Anstrengungen für eine republikanische Einheitskandidatur Hellpach im zweiten Wahlgang von der demokratischen Parteiführung nicht unternommen wurden und daß nach seinem Eindruck die Volksblockkandidatur Marx im Parteivorstand unter dem Einfluß Erich Kochs von vornherein beschlossene Sache war<sup>50</sup>.

Als dann die Volksblockkandidatur Marx tatsächlich zustandekam und die Kandidatur Hindenburg bekannt wurde, war dies Anlaß für Distanzierung und Parteaustritt wenigstens dreier bekannter süddeutscher demokratischer Politiker, der ehemaligen Abgeordneten Müller-Meinigen, Stolz und Hammerschmidt<sup>51</sup>.

Trotz solcher Schwierigkeiten hat sich die DDP jedoch ebenso entschieden wie SPD und Zentrum am Wahlkampf des „Volksblocks“ für Marx und gegen Hindenburg beteiligt. Zahlreiche namhafte Politiker der Partei wie Erich Koch-Weser, Anton Erkelenz, Carl Petersen, Hugo Preuß, Georg Gothein, Ludwig Bergsträßer, Theodor Heuss, trotz seiner innerlichen Vorbehalte auch Willy Hellpach, haben

<sup>47</sup> Baumgarten, a. a. O., S. 464.

<sup>48</sup> „Der Wahlkampf in Baden“, Frankfurter Zeitung (künftig zitiert: F. Z.), 23. April 1925, 1. Morgenblatt; über Widerstände in der DDP Norddeutschlands, besonders Hamburgs und Schleswig-Holsteins: Stephan, Aufzeichnungen; vgl. Roland Thimme, a. a. O., S. 126.

<sup>49</sup> Willy Hellpach, Wirken in Wirren, Lebenserinnerungen, Eine Rechenschaft über Wert und Glück, Schuld und Sturz meiner Generation, 2. Bd. 1914–1925, Hamburg 1949, S. 246 f.

<sup>50</sup> Hellpach, a. a. O., S. 261 ff., 268–272; dort auch starke Kritik an Erkelenz; über Vorbehalte der DDP-Reichstagsfraktion gegenüber Hellpach: Heuss, a. a. O., S. 219; Stephan, Aufzeichnungen: „Hellpach drängte sich zu dieser nur von Demokraten getragenen Kandidatur, die alle anderen, besonders die Verantwortlichen wie Koch-Weser scheuten . . . Im Hintergrund schlummerte bei ihm die Hoffnung, nach einem Achtungserfolg der Kompromißkandidat der Weimarer Parteien für den zweiten Wahlgang zu werden.“

<sup>51</sup> F. Z., 21. April 1925, 1. Morgenblatt („Die Pfälzer Demokraten für Marx“); F. Z., 21. April 1925, Abendblatt („Der Volksblock in Bayern“); Julius Paul Köhler, Die Hindenburg-Linie und die Herrschaft der Mitte, Leipzig 1928, S. 100; Hauss, a. a. O., S. 127.

sich in öffentlichen Kundgebungen für Marx, oft zusammen mit ihm, eingesetzt, wobei für solche Veranstaltungen gewöhnlich die Form des gemeinsamen Auftretens je eines Vertreters der drei Weimarer Parteien gewählt wurde, um die Festigkeit des „Volksblocks“ optisch zu unterstreichen. Zu ihnen sind auch früher aktive linksliberale Politiker wie Ludwig Quidde und Hellmut von Gerlach<sup>52</sup> zu zählen. Allgemein kam ein Gefühl der Genugtuung und Befriedigung über das Zusammengehen der Parteien der Weimarer Koalition zum Ausdruck<sup>53</sup>.

Das solchermaßen von der DDP dokumentierte Bekenntnis für die Republik und das Eintreten für den katholischen Bewerber lösten indessen immer wieder heftige Angriffe aus evangelischen Kreisen sowohl offizieller Stellen als auch kirchlicher Presseorgane aus. Offenbar bestand die stillschweigende Absicht, im Zusammenspiel von Mehrheitsprotestantismus und „Reichsblock“ durch die Erzeugung einer neuen Kulturkampfstimmung gegen einen angeblichen „Neo-Ultramontanismus“ eine Waffe gegen den „Volksblock“ und namentlich gegen die DDP zu schmieden. Auf diese Weise sollten vor allem die kulturpolitisch ansprechbaren Kreise der linksliberalen, republikanischen Wählerschaft zum Hindenburg-Block hinübergezogen werden. Daß die so vereinten Kräfte allerdings weit davon entfernt waren, kulturpolitisch liberale Erwartungen erfüllen zu können, gehörte zu den Paradoxien dieses Wahlkampfes, der nichtsdestoweniger erfolgreich gewesen ist.

Wie erfolgreich der Wahlkampf des „Reichsblocks“ in einzelnen evangelischen Gemeinden, besonders auch bei bewußt evangelischen Wählerinnen zu sein vermochte, dafür liefert ein Vorgang in Mannheim ein anschauliches Beispiel. Als der für Marx besonders tatkräftig werbende demokratische Reichstagsabgeordnete Adolf Korell<sup>54</sup>, evangelischer Pfarrer in Ingelheim, auf einer Kundgebung des „Volksblocks“ in Mannheim sprechen sollte, versuchte ihn ein ihm übermittelter Protest von zehn evangelischen Frauenverbänden der Stadt am 20. April 1925 am Auftreten zu hindern:

„Die in den folgenden Verbänden zusammengeschlossenen evangelischen Frauen Mannheims haben mit Entrüstung vernommen, daß ein evangelischer Geistlicher, Herr Pfarrer Korell, in unserer Stadt zugunsten der Wahl eines Ultramontanen

<sup>52</sup> F. Z., 21. April 1925 (Quidde sprach in Wiesbaden in einer von der Friedensgesellschaft und vom „Volksblock“ veranstalteten Versammlung, Gerlach in Oldenburg für die Wahl von Marx.) Vgl. Ruth Greuner, Wandlungen eines Aufrechten, Lebensbild Hellmut von Gerlachs, Berlin (Ost) 1965, S. 169.

<sup>53</sup> Dies bestätigt auch Stephan, Aufzeichnungen und briefliche Mitteilung vom 21. 8. 1968. Stephan, der neben Erkelenz die DDP in dem von Spiecker geleiteten Zentralausschuß des „Volksblocks“ vertrat, berichtet, die DDP-Organisationen im Reich hätten überall reibungslos mit den beiden anderen Parteien zusammengearbeitet, und nur einmal sei es zu einer Auseinandersetzung im Zentralausschuß gekommen und zwar wegen der besonders den Demokraten peinlichen Absicht, Crispian für Marx öffentlich sprechen zu lassen.

<sup>54</sup> F. Z., 22. April 1925, 2. Morgenblatt (Korell in Gießen); F. Z., 24. April 1925, 2. Morgenblatt (Korell in Worms); F. Z., 25. April 1925, 2. Morgenblatt (Korell in Nürnberg); „Politische Umschau zu Ostern“ (Verfasser: Korell); Mainzer Anzeiger (künftig zitiert: M. A.), 11. April 1925; M. A., 20. April 1925 (Korell in Mainz).

zum Reichsoberhaupt in einer politischen Versammlung seine Stimme erheben will. Sie betrachten dies als einen Schlag ins Angesicht für unser evangelisches Empfinden und drücken diesem Vorgehen gegenüber ihre schärfste Mißbilligung aus Gründen des verletzten evangelischen Ehrgefühls aus.“<sup>55</sup>

Über ähnliche Vorgänge weiß Rade zu berichten:

„Am Wahltage, dem 26. April, weilte ich in Berlin. Ich ging in die Kirche. Ich hätte D. Döhring hören können, aber ich ging, ohne nach dem Prediger zu fragen, in die nächste offene Tür. Der Prediger hob an: ‚Heut ist ein Entscheidungstag für das deutsche Volk angebrochen. Heute muß sich zeigen, ob es zu seinem alten Glauben zurück will . . .‘ Es folgte eine unpolitische Rede über Joh. 14,6. Aber bei den Abkündigungen wurde der Prediger wieder ganz deutlich: ‚Heut ist Wahltag. Ein jeder evangelische Christ weiß, wem er die Stimme zu geben hat.‘ (Ich kürze ab.) Ähnlich wird es in unzähligen Kirchen gehalten worden sein.“<sup>56</sup>

„Zur Bestätigung genügt es, auf Mannheim hinzuweisen. Dort beschloß der Kirchengemeinderat:

1. am 25. und 26. folgendes Plakat anzuschlagen:

Reichspräsidentenwahl!

‚Evangelischer! Gedenke, daß du evangelisch bist!‘

2. am 26. von den Kanzeln eine Kundgebung zur Verlesung zu bringen, die auch als Flugblatt verbreitet werden solle und als solches vom Evangelischen Gemeindeamt zu beziehen sei:

‚Gedenke, daß du evangelisch bist!‘

. . . Darum ist für uns Evangelische die Stunde gekommen, aufzustehen vom Schlaf . . . Diejenigen, die einer politischen Partei angehören, mögen ihr Gewissen prüfen, ob Parteiprogramm, Parteischlagwort und Parteidisziplin ihnen höher stehen als ihre Evangelische Kirche und ihr Evangelisches Bekenntnis. Es ist, Gott seis geklagt, so: Wer in dieser Schicksalsstunde nicht für unsre Evangelische Kirche ist, der ist wider sie!

. . . Wir möchten, daß alle Evangelischen in dieser Schicksalsstunde unserer Kirche nichts Anderes leite als die Erkenntnis, die dem größten unter unsern evangelischen Vätern in der entscheidungsschwersten Stunde seines Lebens klare Richtung wies: ‚Es ist weder sicher noch geraten, etwas gegen das Gewissen zu tun!‘

<sup>55</sup> Nachlaß Korell, Hessisches Staatsarchiv Darmstadt; dort auch zahlreiche weitere, meist anonyme Protestschreiben gegen Korells Eintreten für Marx neben einigen zustimmenden Äußerungen aus allen Teilen Deutschlands. – Der Pfarrer Renz (an der Trinitatiskirche in Mannheim) schrieb am 19. April 1925 u. a.: „Sind doch die Ziele des Zentrums zur Genüge bekannt und daß es dasselbe letztlich auf Ausrottung des Protestantismus abgesehen hat, bedarf für den, der die Geschichte kennt, keines Beweises“. – Dagegen das Schreiben des katholischen Pfarrers Schwent in Alsfeld vom 1. Mai 1925: „ . . . Es ist bedauerlich, daß in dem Wahlkampfe das konfessionelle Moment gegen Marx ausgespielt worden ist bei aller Hochachtung für den großen Heerführer Hindenburg, wie nunmehr in Dekanatsversammlungen Ihrer Kollegen diese in kurzsichtiger Weise gegen Sie öffentlich Stellung nehmen. Nicht Sie, sondern diese tragen dazu bei, daß in den Kreisen des Volksblocks, dem ein Großteil ev. Bevölkerung angehört, die Stimmung gegen die Pfarrer des Vogelbergs sich wendet, da man in Ihnen einen gewiegten und tüchtigen Politiker schätzt, der auch seine ev. Überzeugung hochgehalten hat . . . Gerade deshalb teile ich Ihnen mit, daß in Grünberg vor der Wahl und in Schotten nach der Wahl von Ihren Kollegen Stellung gegen Sie genommen worden ist in den Dekanatskonferenzen . . .“.

<sup>56</sup> „Das konfessionelle Motiv bei der Reichspräsidentenwahl“, C. W. Nr. 22/23, 1. Juni 1925, Sp. 504–511; Sp. 505.

Gedenke, daß du evangelisch bist!

Gleichzeitig ging, datiert Mannheim, 11. April, ein streng vertrauliches Schreiben von 53 evangelischen Pfarrern ‚an alle badischen Gemeinden‘, fast wörtlich mit der Mannheimer Kundgebung übereinstimmend, nur etwas ausführlicher.<sup>57</sup>

Vorgänge wie diese zwangen die DDP dazu, einen Großteil ihres Wahlkampfes – auch publizistisch – damit zu bestreiten, sich mit den Befürchtungen auseinanderzusetzen, Marx werde als Reichspräsident eine Phase verstärkter und erfolgreicher katholischer Kulturpolitik einleiten.

Die linksliberale Auseinandersetzung mit dem „Nationalprotestantismus“<sup>58</sup> nahm dabei gelegentlich die Form einer prinzipiellen Abrechnung an, vor allem in den Beiträgen der „Hilfe“. Ein Aufsatz Gertrud Bäumers – „Der Protestantismus im Volksblock“<sup>59</sup> – beschäftigte sich eingehend mit der Rolle von Liberalismus und Protestantismus im neuen Staat. An die Stelle des von Naumann erhofften Linksblocks „von Bebel bis Bassermann“ sei in der Republik der Volksblock der Weimarer Parteien, aber entgegen den Wünschen Naumanns mit Einschluß des Zentrums getreten. Da das liberale Bürgertum, sowohl das früher in der nationalliberalen, jetzt in der Deutschen Volkspartei beheimatete, als auch das „freisinnige“, „nach einigem Schwanken seine Zuflucht bei der Reaktion gesucht“ habe, könne sich die Republik „nicht auf den alten Liberalismus als geistige Basis“ gründen. Dies bedinge unvermeidlich den stärkeren Einfluß des Zentrums im Volksblock:

„Es wird uns Protestanten nun nicht leicht, daß in der Ideologie des Volksblocks der Einschlag des Katholizismus weit größer ist als der des Protestantismus. Und es wird uns Liberalen schwer, zu sehen, wie der Liberalismus politisch heimatlos geworden ist.“

Dem konservativen Protestantismus warf Gertrud Bäumer vor, in der Krise von 1918 versagt zu haben. Noch mehr als früher, opportunistischer als je zuvor habe er sich sozialpolitisch auf die Seite „der oberen Gesellschaftsschichten“, staatspolitisch gegen die Republik gestellt. Diese Kräfte des Protestantismus dürften sich deshalb über das Anwachsen des katholischen Einflusses nicht wundern:

„Warum sind sie nicht da, um in Geist und Ideenbestand des Volksblocks den protestantischen Einschlag zu verstärken? Warum haben sie dem Katholizismus den Vorrang gelassen in der Beseelung der Demokratie mit seinem religiösen Geist?“ Und:

„Der Protestantismus hat es selbst in der Hand, die junge Republik geistig mitzuprägen, wenn er ihr seine Kräfte, die wahrlich berufen wären, ein auf der Selbstverantwortung des einzelnen aufgebautes Staatswesen sittlich zu stützen, rückhaltlos und vertrauensvoll zuführen würde.“

Andererseits sei jene Ausprägung des historischen Liberalismus, die bloß antiklerikal, rational und religiös indifferent gewesen sei, „schon lange zu Ende.“ Die

<sup>57</sup> Ebd., Sp. 505.

<sup>58</sup> Klaus Scholder, Die evangelische Kirche und das Jahr 1935, in: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht* 16 (1965), S. 700–714; vgl. auch: Kurt Jürgensen, „Deutsche Abende – Flensburg 1914“, Ein Beitrag zum Verhältnis von Volk, Staat und evangelischer Kirche nach Ausbruch des Ersten Weltkrieges, in: *Gesch. in Wiss. u. Unterr.* 20 (1969), S. 1–16.

<sup>59</sup> Die Hilfe, Nr. 8, 14. April 1925, S. 174f.

Aufgabe des modernen Liberalismus bestehe vielmehr angesichts der im Rechtsblock herrschenden kulturpolitischen und vor allem schulpolitischen Ansichten und angesichts eines vielleicht einmal möglichen Blocks „Hergt-Stresemann-Marx“, aber auch innerhalb des „Volksblocks“ in der Sicherung der individuellen Glaubensfreiheit, in der Abwehr der Politisierung des Glaubenslebens und der Klerikalisierung der Politik, dies alles unter aufrichtiger Bejahung der im Krieg und in der Nachkriegszeit freigesetzten religiösen Kräfte im Volke.

In ähnlichem Sinne argumentierte Erkelenz – selbst Katholik – in der „Hilfe“. Schon in dem oben zitierten Artikel vor dem Zustandekommen des „Volksblocks“ hatte er die Verantwortung für den verstärkten Einfluß des politischen Katholizismus der staatspolitischen Enthaltensamkeit im evangelischen Lager zugeschrieben:

„Leider haben sich weite Kreise der evangelischen Bevölkerung zu sehr in monarchistischen und reaktionären Gedankengängen verrannt und stärken damit die Macht des Zentrums. Wäre ein Drittel, die Hälfte des evangelischen Deutschland zu entschlossener Mitarbeit in der Demokratischen Partei bereit, so wäre die politische Lage viel günstiger. Die evangelische Kirche Deutschlands macht denselben Fehler, den die katholische in Frankreich gemacht: sie geht mit der Reaktion.“

In einem nun bereits zum Wahlkampf des „Volksblocks“ veröffentlichten Beitrag – „Die Überwindung des Klassenstaates durch die Demokratie“<sup>60</sup> – stellte Erkelenz zunächst in der Tatsache der republikanischen Einheitskandidatur Marx einen Beweis für den positiven Wandel zur Demokratie auch im Sinne eines Abbaus der alten Klassengegensätze fest. Daneben sah er in der Aufstellung von Marx den Abbau der „Kulturkampfesinnung“ bestätigt: wenn auch der natürliche „kulturpolitische“ Gegensatz zwischen den Katholiken und dem Liberalismus zu bestehen nicht aufhöre, so verschwinde doch „der Jahrzehnte hindurch durchgeführte Versuch, jemanden wegen seiner kulturpolitischen Anschauungen als ‚Reichsfeind‘, als national weniger zuverlässig, als außerhalb seines Volkes stehend, zu stigmatisieren.“

„Es verschwindet auch die Nachwirkung des seichten Aufklärichts, der eine Folge der Popularisierung der großen naturwissenschaftlichen Entdeckungen des vorigen Jahrhunderts war. Anders gesagt: es verschwindet jener ‚liberale‘ und klerikale Kretinismus, der das deutsche Volk geschwächt und zerrissen hat.“

Eine bittere Anklage richtete Erkelenz schließlich an die „Damen und Herren vom Protestantismus oder vom kulturellen Liberalismus“:

Viele von Euch sind bei der Reaktion. Andere, wie der Evangelische Bund, drehen die Gebetsmühle des Kampfes gegen Rom. Herrn Jarres habt Ihr ja damit den Rest seiner Aussichten noch zerbrochen. Andere leben kulturpolitisch in den Wolken und steigen nicht in die Niederungen des politischen Kampfes hinab. Was an Rest von kulturellem Liberalismus in der Deutschen Volkspartei ist, hat sich mit Haut und Haaren den Deutschnationalen verschrieben. Es ist dort im Rechtsblock politisch aktionsunfähig. Beweis: die Aufstellung Hindenburgs! Die einzige arbeitsfähige politische Verbindung ist die Weimarer Koalition. Aber in ihr wird

<sup>60</sup> Die Hilfe, Nr. 8, 14. April 1925, S. 172–174; vgl. Nr. 7, 29. März 1925, S. 146.

der Liberalismus in seinen kulturpolitischen Belangen nur von der Demokratischen Partei vertreten. Hätte sie statt zwei, vier oder sechs Millionen Stimmen, so wäre eine andere Reichspräsidentenwahlkandidatur möglich gewesen. Wo seid Ihr? Auf welchem Monde lebt Ihr?“

In der Auseinandersetzung mit dem vom „Reichsblock“ inspirierten Protestantismus mochte neben anderen linksliberalen Blättern vor allem die „Frankfurter Zeitung“ mit ihrer starken Ausstrahlung in die süddeutsche demokratische Wählerschaft für „Volksblock“ und DDP eine wertvolle Hilfe bedeuten<sup>61</sup>, wobei der DDP in ihrer spezifischen Lage besonders Erklärungen namhafter evangelischer Theologen oder in der evangelischen Kirche aktiv tätiger Politiker willkommen sein mußten.

In der „Frankfurter Zeitung“ erschien z. B. der vielfach nachgedruckte Beitrag Baumgartens „Trotz allem für Marx“<sup>62</sup>. Baumgarten bestätigte durchaus, daß die Kandidatur Marx gerade in freisinnigen protestantischen Kreisen Süddeutschlands im Hinblick auf die zustimmende Stellungnahme Marx' zum bayerischen Konkordat, auf das gelegentlich enge Zusammengehen des Zentrums mit den Deutschnationalen, auf die massive Personalpolitik des Zentrums usw. verständlicher Weise als „eine ungeheure Zumutung“ empfunden werde. Doch empfahl er entschieden die Wahl von Marx. Er begründete seine Empfehlung mit der Notwendigkeit, mit der grundsätzlichen „Beargwöhnung der nationalen und patriotischen Gesinnung der Zentrumsführer“ Schluß zu machen, mit den „staatsmännischen Verdiensten Marx' . . . in der charaktervollen Durchführung der unbedingt notwendigen Erfüllungswie in der über Bürgerblock und Volkszerspaltung hinausführenden inneren Versöhnungspolitik“, mit seiner Überzeugung, daß Marx „dem Vorbild Eberts folgend sich aller Begünstigungen seiner Partei und ihrer besonderen Ziele mit äußerstem Fleiße enthalten wird“, mit seiner Gewißheit, daß sich gerade Marx „vor jeder Beargwöhnung seiner unparteiischen Regierungsführung“ hüten müsse, und besonders mit dem beschwichtigenden Hinweis, daß der Reichspräsident ja keineswegs eigenständig und schon gar nicht gegen den Reichskanzler und gegen die Reichstagsmehrheit Politik machen könne –, wie übrigens bezeichnenderweise auch von zahlreichen anderen demokratischen Sprechern geltend gemacht wurde<sup>63</sup>.

In ähnlicher Weise wie Baumgartens Beitrag zielten auf konfessionspolitisch ansprechbare evangelische und demokratische Kreise die Artikel von Rade – „Soll

<sup>61</sup> Vgl. Michael Krejci, *Die Frankfurter Zeitung und der Nationalsozialismus*, Phil. Diss. Würzburg 1965, S. 24–27.

<sup>62</sup> F. Z., 7. April 1925, 1. Morgenblatt. – Vgl. Baumgarten, a. a. O., S. 464–469 (dort Abdruck des Artikels); Baumgartens Eintreten für Marx hatte eine Beschwerde der Altonaer evangelischen Geistlichkeit beim schleswig-holsteinischen Landeskirchenamt in Kiel zur Folge, das seinerseits gegen Baumgarten, auch bei der ev. theol. Fakultät der Universität Kiel, Stellung nahm; dazu Baumgarten, a. a. O., S. 469–772; zusammenfassende Darstellung des Vorgangs von Hermann Mulert, „Das schleswig-holsteinische Landeskirchenamt gegen Baumgarten“, C. W., Nr. 24/26, 18. Juni 1925, Sp. 558–561; Nr. 27/28, 2. Juli 1925, Sp. 605–612.

<sup>63</sup> So etwa Hellpach, F. Z., 18. April 1925, 2. Morgenblatt.

ein Protestant Marx wählen?“<sup>64</sup> –, von Korell – „Marx muß Reichspräsident werden“<sup>65</sup> –, von Harnack – „An die evangelischen Deutschen. Für Marx als Reichspräsidenten.“<sup>66</sup> – und des religiösen Sozialisten Emil Fuchs – „Warum ich als evangelischer Pfarrer und Christ für Wilhelm Marx agitiere und ihn wähle“<sup>67</sup>. Hierhin gehören auch die Berichte über das Eintreten Hellpachs, des Heidelberger Theologen Martin Dibelius, des früheren reichsländischen Oberkonsistorialpräsidenten im Elsaß Curtius und Dora Rades<sup>68</sup>.

Gemeinsam war allen diesen Äußerungen das Bemühen, die Argumentation aus dem emotionalen, bloß konfessionalistischen Bereich in den Bereich nüchterner, rationaler Erwägung hinüberzulenken und an die politische Vernunft und Einsicht der Wähler zu appellieren. Man zollte Hindenburg im allgemeinen Verehrung und Hochachtung, bestritt ihm aber vor allem mit dem Hinweis auf seinen politischen Standort, seine militärische Herkunft und sein hohes Alter jegliche Eignung für das Reichspräsidentenamt.

Wir lassen die wichtigsten Argumente folgen:

Martin Rade:

„Aufgestellt, durchgedrückt hat Hindenburgs Kandidatur die Bayerische Volkspartei. Schon daran sollte der helle Staatsbürger merken, daß es sich nicht um Konfession handelt, sondern um Politik. Wenn die katholische ‚bayerische Volkseele‘ einen Protestanten als Reichspräsidenten verträgt, warum nicht der evangelische Volksteil einen Katholiken.“

„Es ist auch gar nicht gesagt, ob wir unter einem so klugen und besonnenen Manne wie Marx mit unseren berechtigten Ansprüchen nicht viel besser fahren als unter dem völlig unberechenbaren, unerfahrenen Hindenburg.“

Willy Hellpach:

„Irgendwelche gesetzgeberische Versuche klerikaler Durchdringung Deutschlands durch eine Präsidentschaft Marx seien verfassungsmäßig unmöglich. Wohl aber könne es sich darum handeln, daß eine klerikale Atmosphäre um den Reichspräsidenten herum entstünde, wie sie bei jedem Präsidenten versucht werde. Man müsse mit Versuchen dieser Art rechnen, und wenn man nicht grundsätzlich sagen wolle, das Zentrum dürfe überhaupt nie auf diesen Posten kommen, müsse man sich mit dieser Tatsache abfinden. Wer sich aber zur Demokratie bekenne, dürfe nicht grundsätzlich das Zentrum als Partei minderen Rechts bewerten . . .“

Adolf Korell:

„Im besetzten Gebiet sehen wir alle politischen Entscheidungen unter dem Eindruck unserer 6<sup>1</sup>/<sub>2</sub>jährigen Erfahrungen und unserer Hoffnung der Räumung und

<sup>64</sup> F. Z., 18. April 1925, 1. Morgenblatt.

<sup>65</sup> F. Z., 22. April 1925, 1. Morgenblatt; M. A., 22. April 1925.

<sup>66</sup> F. Z., 25. April 1925, M. A., 24. April 1925; zu Harnacks Einsatz im Wahlkampf für Marx vgl. Agnes von Zahn-Harnack, Adolf von Harnack, Berlin-Tempelhof 1936, S. 528 f.

<sup>67</sup> F. Z., 26. April 1925, 1. Morgenblatt.

<sup>68</sup> F. Z., 18. April 1925, 2. Morgenblatt (Hellpach in Stuttgart); F. Z., 25. April 1925, 2. Morgenblatt (Hellpach in Karlsruhe); F. Z., 25. April 1925, Abendblatt (Dibelius in Heidelberg); F. Z., 24. April 1925, 2. Morgenblatt (Dora Rade auf einer Frauenkundgebung für Marx in Frankfurt a. M.); F. Z., 25. April 1925, 2. Morgenblatt (Curtius).

Befreiung unserer rheinischen Heimat an . . . Darum wählen wir Marx, den Mann von London, der den Weg der Verständigung als den Weg der Freiheit erkannt hat.“

Adolf von Harnack:

„Die Frage nach der Konfession des zu Wählenden darf keine Rolle spielen, – sie würde für die evangelischen Deutschen auftauchen müssen, wenn neben dem Katholiken Marx ein protestantischer Staatsmann von den gleichen Qualitäten aufgestellt wäre . . .“

„Übrigens ist es noch fraglich, ob die Erhaltung der religiösen, staatsbürgerlichen und kulturellen Freiheiten durch einen Deutschnationalen sicherer gewährleistet wird als durch einen Katholiken und ob jener kräftiger für den inneren Frieden auf der Höhe geistiger Freiheit sorgen wird als dieser.“

Martin Dibelius:

„Ich nehme . . . diese Bedenken durchaus ernst und weiß sie zu würdigen. Aber was sollen sie besagen? Würde man diese Bedenken in jenen rechtsgerichteten evangelischen Kreisen auch dann aufrechterhalten haben, wenn der Kandidat zufällig Wallraf hieße oder auch Stegerwald?“

D. Curtius:

„Die deutschen Protestanten haben auch katholische Landesherren sogar als Oberhäupter ihrer eigenen Kirche ohne Widerspruch ertragen . . .“ „Was würden wir sagen, wenn ein protestantischer Bewerber um das höchste Reichsamt wegen seines Bekenntnisses von den Katholiken verworfen würde? . . .“

„Wie könnten wir mit solcher Gesinnung für den Anschluß Österreichs an Deutschland eintreten?“

Emil Fuchs:

„Die Macht der katholischen Kirche wächst, weil sie aus katholischem Geiste eine klare Führung für ihre Anhänger in den ungeheuren Verwirrungen und Zerstörungen menschlicher Gemeinschaft, in denen wir stehen, entwickelt. Die Parteien, die sich gewohnheitsgemäß als die Vertreter des evangelischen Kirchentums fühlen und – leider – von der öffentlichen Meinung und unseren Kirchen als solche empfunden werden, weigern sich, die tatsächlichen politischen Aufgaben nach außen und im Innern überhaupt zu sehen. Sie weigern sich außerdem, Gestaltungen im Gemeinschaftsleben unseres Volkes und in seiner Stellung zu den anderen Völkern anzuerkennen und zu fördern, die dem wesentlich näherkommen, was christlicher Geist von Gemeinschaft fordert. Ihr ganzes Verhalten ist deshalb an wesentlichen Punkten ein dauerndes Leugnen entscheidender Forderungen christlicher Gesinnung. Daß innerhalb unseres Volkes jeder Mensch und jeder Stand mit gleichem Lebensrecht, gleicher Mündigkeit in politische und wirtschaftliche Lebensgemeinschaft eingeordnet werden soll, ist für evangelisches Christentum und protestantischen Freiheitsgeist so grundlegend, daß es eine erschütternde Tragödie ist zu sehen, daß Zentrum, katholische Kirche und katholische Bischöfe für das Werden dieser Freiheit in der tatsächlichen Lebensgestaltung mehr Verstehen und mehr tatkräftige Förderung aufbringen als die führenden Kreise der evangelischen Kirche und der von ihr als die ihren anerkannten Parteien . . .“ „Ich wähle Wilhelm Marx, weil seine Wahl ein Schritt auf dem Weg zur wahrhaft evangelischen und freiheitlichen Lösung der drängenden Frage ist, der sich unsere führenden ‚evangelischen‘ Kreise zum Verhängnis unserer Kirche töricht und egoistisch entgegenwerfen.“

Es sei hier angefügt, daß offenbar zur Unterstützung der DDP Aufrufe von Persönlichkeiten aus dem evangelischen kirchlichen Leben zur Wahl von Marx erfolgten, die ebenfalls auf die Mentalität protestantischer freisinniger Wähler berechnet schienen. Der bedeutendste dieser Aufrufe war von 43 Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens unterzeichnet, darunter elf Universitätsprofessoren (u. a. Baumgarten, Rade, Rudolf Otto, Heinrich Hermelink, von Schulze-Gaevernitz, Max Lehmann, Johannes Ziekursch), neun Pfarrer (u. a. Emil Fuchs, Korell, Dietrich Graue), Verleger (Oskar Siebeck und Eugen Diederichs), Lehrer und im öffentlichen Leben stehende Frauen wie Agnes von Zahn-Harnack und Emmy Beckmann.

Gerade Stellungnahmen wie diese lösten übrigens auch noch längere Zeit über den Wahltag hinaus heftigste Angriffe aus dem Lager des Mehrheitsprotestantismus aus, wofür einer der Vertreter der Gemeinschaftschristen, Josef Gauger<sup>69</sup>, mit seinem Blatt „Licht und Leben“ ein besonders beredtes Beispiel liefert<sup>70</sup>.

<sup>69</sup> Zu Gauger vgl. Mehnert, a. a. O., S. 85.

<sup>70</sup> Licht und Leben, Evangelisches Wochenblatt. Nr. 18, 3. Mai 1925, S. 287 ff.:

„Was uns bei der Wahl am meisten gewundert hat, das ist, daß die Gesichtspunkte der Weltanschauung bei der Wahl so stark zurückgetreten sind. Es handelt sich in diesem Falle doch wirklich nicht um die Frage: Monarchie oder Republik? sondern um die Frage . . ., welches die Staatsidee ist, unter die sich Deutschland stellen soll . . . Mit der Republik ist Deutschland überrumpelt worden . . . Es ist eine Forderung der Demokratie, daß man dem Volke Gelegenheit gibt, ruhig seine innerste Meinung auszusprechen. Täte man das, dann würde sich zeigen, daß dem Volke die Monarchie auch heute noch lieber ist als die Republik: sie ist weit billiger; sie ist unendlich viel reinlicher; sie ist fester. Sie ist in jeder Hinsicht, namentlich in moralischer Hinsicht besser . . . Die Romgesinnten, denen die Frage der Staatsform gar keine grundsätzliche Frage ist, verstecken sich nun aber hinter die Sozialdemokraten, weil sie wissen, daß auf diese Weise die protestantische Kultur am sichersten ausgehöhlt wird . . . Von den Mitgliedern der demokratischen Partei ist man ja allerhand gewöhnt. In keiner Partei sitzen so viele Ideologen und Illusionisten wie in jener Partei; also braucht man sich nicht allzusehr zu entsetzen, wenn man dort auch einmal Dinge sieht, die einem ungewohnt sind. Das ist nun aber doch etwas Erstaunliches, daß innerhalb der demokratischen Partei evangelische Theologen die Führung übernommen haben, wenn es sich um die Werbung für den romgesinnten Marx als Reichspräsidenten handelt.“

Licht und Leben, Nr. 19, 10. Mai 1925, S. 303–308:

„Wenn wir schon einmal nicht einen Monarchen haben sollen, einen Mann, den Gott selbst eingesetzt hat, dann ist es Hindenburg, der die Würde des Reichspräsidenten ausfüllt . . . Man hat gesagt, Hindenburg verstehe nichts von Diplomatie und Politik. Wir alle können uns gratulieren, wenn er von der Politik und Diplomatie nichts versteht, die wir in den letzten Jahren am Werk gesehen haben . . . Freuen können wir uns von ganzem Herzen darüber, daß der Nationalgedanke diesmal sich durchgesetzt hat, und daß die so wichtige protestantische Staatsidee . . . vorerst nicht weiter verloddert wird . . . Die Partei des erklärten Atheismus hat der Partei des Ultramontanismus vergeblich Wahlhilfe geleistet . . . Das jüdische Börsenkapital hat diesmal sein Geld umsonst ausgegeben . . . Der Gipfel des Skandals ist . . . dieser Aufruf. Und dieser Aufruf erhält seine empörendste Unterstreichung dadurch, daß diese Leute es geradezu für ihre Pflicht erklären, daß sie ihren evangelischen Glaubensgenossen sagen, daß sie für die Wahl von Wilhelm Marx sich einsetzen.“ – Ähnlich die Kontroverse zwischen Rade und Ernst Moering einerseits und Johannes Kübel andererseits: C. W. Nr. 22/23, 1. Juni 1925, Sp. 511 ff.; Nr. 24/26, 18. Juni 1925, Sp. 561–566; vgl. Rathje,

Die Befürchtung, daß von der antikatholischen Stimmungsmache besonders be-  
wußt protestantische und zugleich „unpolitische“ Wählerinnen beeinflusst wer-  
den könnten, stand offenbar hinter den Aufrufen, die sich betont an die evangeli-  
schen Frauen wandten; hier ist etwa der Aufruf dreier demokratischer Parlamen-  
tarierinnen – der Reichstagsabgeordneten Marie-Elisabeth Lüders und Gertrud  
Bäumer und der Abgeordneten im preußischen Landtag Martha Dönhoff – zu  
nennen<sup>71</sup>.

Auch bei zwei weiteren Gruppen von im Sinne des „Volksblocks“ abgegebenen  
Stellungnahmen, wie sie in der „Frankfurter Zeitung“ und in anderen liberalen  
Blättern veröffentlicht wurden, gewinnt man den Eindruck, daß sie ebenso dazu  
bestimmt sein mochten, die Diskussion von der rein konfessionspolitischen auf die  
Ebene wichtigerer politischer Sachfragen zu verlagern. Bei der einen Gruppe handelt  
es sich um Beiträge von Persönlichkeiten aus Wirtschaft und Industrie, deren Stel-  
lungnahme wohl zugleich deutlich machen sollte, daß die Wahl Hindenburgs nicht  
von den wirtschaftlichen Kräften Deutschlands in ihrer Gesamtheit gewünscht  
werde. Dafür zwei Beispiele:

Der Mannheimer Syndikus Dr. Buß schrieb:

„Die Kandidatur Hindenburgs ist . . . nicht nur eine politische Sinnlosigkeit, die  
geeignet ist, das persönliche Initiative und starke politische Energie erfordernde  
Amt des Reichspräsidenten zu untergraben und deutschnationalen Parteiregis-  
seuren zu überliefern, sie ist auch wirtschaftlich gesehen von eminent schädlicher  
Wirkung.“<sup>72</sup>

Robert Bosch<sup>73</sup> hob die innen- und außenpolitischen Verdienste von Marx her-  
vor und wies demgegenüber auf den Mangel an staatsmännischen Qualitäten des  
Nur-Soldaten Hindenburg hin, auf die Gefahren seiner Wahl für die deutsche  
Wirtschaft in ihrer Abhängigkeit von den auswärtigen Anleihen, vor allem der  
USA, und auf die Gefahr innenpolitischer Konflikte, da die Arbeiterschaft in der  
Wahl Hindenburgs ein Zeichen für die politische Wiederauferstehung des Junker-  
tums erblicken müsse.

Eine zweite Gruppe versuchte den Eindruck zu erwecken, daß auch in Kreisen  
ehemaliger hoher Militärs Vorbehalte gegenüber Hindenburg bestünden. Auch hier-  
für zwei Beispiele: Der damals noch der DDP angehörende Generalmajor a.D. und

---

a. a. O., S. 535 ff. – Unverhohlen kam die Parteinahme offizieller kirchlicher Kreise für Hin-  
denburg und ihre Genugtuung über das Scheitern der Volksblockkandidatur zum Ausdruck  
bei J. Schneider, Kirchliche Zeitlage, in: Kirchliches Jahrbuch für die evangelischen Landes-  
kirchen Deutschlands 1925, Ein Hilfsbuch zur Kirchenkunde der Gegenwart, hrsg. von D. J.  
Schneider, Berlin, Gütersloh 1925, S. 495.

<sup>71</sup> M. A., 20. April 1925. – Ähnlich M. A., 24. April 1925: „Hindenburg oder Marx? Eine  
Protestantin an die protestantischen Frauen“ (Liesel Ulrich); s. Hauss, S. 134. – Hellpach,  
a. a. O., S. 266, spricht die Vermutung aus, daß Hindenburg dem „weiblichen Deutschland . . .  
gute teils seinen Wahlsieg verdankt.“ – Ähnlich Brecht, Aus nächster Nähe, S. 454.

<sup>72</sup> „Die Wirtschaft und die Reichspräsidentenwahl“, F. Z., 19. April 1925, 1. Morgenblatt.

<sup>73</sup> „Für Marx“, M. A., 23. April 1925.

entschiedene Pazifist Paul Freiherr von Schoenaich ging mit den Initiatoren der Kandidatur Hindenburgs scharf ins Gericht<sup>74</sup>. Er zählte zu ihnen die DNVP, die Schwerindustrie und Stresemann – dieser widerstrebend –, dem er die Hintertreibung der Kandidatur Geßlers vorwarf. Er schloß seinen Beitrag:

„Wer die dritte Marneschlacht nicht auch noch verlieren will, muß am 26. April Herrn Dr. Marx seine Stimme geben“.

Der General der Infanterie a.D. Berthold von Deimling, Mitbegründer des „Reichsbanners“ und ebenfalls Pazifist und in der DDP tätig, äußerte sich u. a. so:

„Die größte politische Dummheit, die das deutsche Volk machen könnte, wäre die Wahl des fast 80jährigen Feldmarschalls Hindenburg zum Reichspräsidenten . . . Die Präsidentschaft Hindenburgs bedeutet unweigerlich Verlängerung der Besetzung von Ruhr und Rhein. Hindenburg ist in den Augen der Welt das vorgeschobene Symbol der deutschnationalistischen Revanchepolitiker . . . Seine Erhebung auf den Stuhl des Reichspräsidenten würde den eisernen Ring um uns schließen. Ade deutsch-französische Verständigung; ade Völkerbund; ade Sicherheitspakt; ade europäischer Frieden!“<sup>75</sup>

Schließlich sei noch auf zweierlei hingewiesen: einmal auf die von der DDP immer wieder zum Ausdruck gebrachte Einmütigkeit der Partei, wie sie sich etwa in der Berichterstattung der „Frankfurter Zeitung“ niederschlug<sup>76</sup> und die sich wohl günstig von den Querelen innerhalb des „Reichsblocks“<sup>77</sup> abheben sollte; zum anderen auf die Bemühungen, die bisherigen Nichtwähler für die Wahl von Marx zu mobilisieren<sup>78</sup>, ein vom Ergebnis der Wahl her gesehen wohl eher mißglückter Versuch<sup>79</sup>.

Kehren wir zum Schluß noch einmal zu unserer Leitfrage zurück. Sicherlich sind auch seitens der DDP beträchtliche Anstrengungen unternommen worden, die Volkswahl von Marx sichern zu helfen, und gerade von ihren bedeutendsten Repräsentanten ist der zweite Wahlgang der Reichspräsidentenwahl als Prüfstein für die Stabilität der jungen Republik begriffen worden. Dennoch haben alle diese Anstrengungen offensichtlich nicht vermocht, der linksliberalen demokratischen Wählerschaft in ihrer Gesamtheit das Gewicht der Entscheidung klarwerden zu lassen. Bei einem Teil sonst republiktreuer Wähler der DDP hat hier die integrierende Kraft der Idee einer liberalen Republik versagt. Unfähig, die Bedeutung der Präsidentschaftswahl als Bekenntnis für oder gegen die Republik voll zu ermessen, haben

<sup>74</sup> „Die Stabschefs des Reichsblock-Präsidenten“, F. Z., 17. April 1925, 1. Morgenblatt.

<sup>75</sup> „Die größte politische Dummheit“, F. Z., 22. April 1925, 2. Morgenblatt.

<sup>76</sup> Z. B. „Die Pfälzer Demokraten für Marx“, F. Z., 21. April 1925, 1. Morgenblatt; „Der Volksblock in Bayern“, F. Z., 21. April 1925, Abendblatt; „Aufruf an die Jugend“ (des Badischen Landesverbandes der Deutsch-Demokratischen Jugend), F. Z., 22. April 1925.

<sup>77</sup> Dazu Dorpalen, a. a. O., S. 81 f.; Roland Thimme, a. a. O., S. 135 f.

<sup>78</sup> So M. A., 24. April 1925.

<sup>79</sup> „Die Wahl der Unpolitischen“, „Der Volksblock steht fest“ (Verfasser wahrscheinlich Erkelenz), Die Hilfe, Nr. 9, 28. April 1925, S. 193; dort wird geschätzt, daß Marx etwa eine Million Stimmen, Hindenburg fast drei Millionen Stimmen aus den Reihen der bisherigen Nichtwähler gewonnen habe; s. auch Hauss, a. a. O., S. 134.

sich diese Wähler von zweitrangigen oder doch objektiv gegenstandslosen Erwägungen und von abgelebten nationalen und konfessionellen Motiven leiten lassen<sup>80</sup>.

Letztlich hatte sich hier gezeigt, daß die Parteien der Weimarer Koalition nicht oder doch nicht zur Gänze in der Lage waren, ihre Wähler aus der politisch-bekanntnistmässig orientierten Entscheidung, wie sie im Kaiserreich verständlich gewesen war, zur Anerkennung der Notwendigkeit von staatspolitischen Kompromißentscheidungen hinüberzuführen<sup>81</sup>. Man tut jedenfalls gut daran, neben der Entscheidung von BVP und KPD die konfessionelle Motivation bei dem Ergebnis der Wahl vom 26. April 1925 als ausschlaggebend zu betrachten<sup>82</sup>.

In der Rückschau freilich stellt sich uns heute dieses Ergebnis als Entscheidung von verhängnisvoller Tragweite dar. Die Wahl Hindenburgs von 1925 half den Boden aufbereiten für weitere und verstärkte reaktionäre Entwicklungen innerhalb der jungen Republik, und daran änderte auch nichts die formelle Verfassungstreue des alten kaiserlichen Feldmarschalls auf dem Stuhle des Reichspräsidenten. Und hatten sich am 26. April 1925 noch tausende von Wählern den „Luxus“ erlauben können, jenen sekundären Beweggründen bei ihrem Votum für Hindenburg zu folgen, so war inzwischen bis zum Jahre 1932 eine Situation von tragischer Absurdität und Ausweglosigkeit herangereift: in der Reichspräsidentenwahl von 1932 sahen sich gerade die Parteien des „Volksblocks“ von 1925 zur entschiedenen Unterstützung Hindenburgs gezwungen, damit er, der die Republik nur aus Pflicht und Loyalität, nicht aus Überzeugung repräsentierte, den Staat vor dem Zugriff des militanten Antirepublikaners Adolf Hitler bewahre. Was half es da, recht behalten zu haben? Nun vollends, aber unter ungleich ungünstigeren Umständen als 1925, machte das Nebeneinander der Kandidaturen zur Reichspräsidentschaft deutlich, wie sehr dabei das Schicksal der Republik auf dem Spiele stand. Auch über konfessionpolitische Erwägungen war nun die Zeit hinweggegangen.

<sup>80</sup> Zur Beurteilung des Wahlergebnisses vgl. Dorpalen, a. a. O., S. 86 ff.; Dorpalen errechnet allein in den Wahlbezirken Dresden-Bautzen, Leipzig, Chemnitz-Zwickau und Hamburg zusammen rund 85 000 demokratische Hindenburg-Stimmen (S. 86, Anm. 39). Dennoch war die Parteileitung der DDP nach der Wahl überzeugt, daß wenigstens die Mitglieder der Partei nahezu geschlossen Marx gewählt hätten: so Stephan in brieflichen Mitteilungen an den Verf. vom 21. 8. 1968 und 4. 9. 1968. Allerdings vermutet Stephan, daß andererseits auch aus Kreisen der DVP in einem gewissen Ausmaß Marx gewählt worden sei. Konsul Henry Bernhardt, der persönliche Referent Stresemanns, habe ihm, Stephan, am Tage vor der Wahl gesagt, „Aus meinem Freundeskreis wird Hindenburg nicht viele Stimmen erhalten“ und damit wohl auch die Meinung Stresemanns wiedergegeben.

<sup>81</sup> Unter anderen Aspekten auch Michael Stürmer, *Koalition und Opposition in der Weimarer Republik 1924–1928*, Düsseldorf 1967, S. 17.

<sup>82</sup> Vgl. *Die Hilfe*, Nr. 9., 28. April, S. 195; dort wird die Zahl der evangelischen, republikanischen Wähler, bei denen das konfessionelle Motiv den Ausschlag zur Wahl Hindenburgs gab, immerhin auf etwa 200 000 geschätzt. Dies entgegen der allzu lapidaren Feststellung bei Heiber, a. a. O., S. 171; vgl. Hauss, a. a. O., S. 155; Eyck, a. a. O., S. 446; Milatz, a. a. O., S. 120; Brecht, *Vorspiel*, S. 46 f.; Kaufmann, a. a. O., S. 151; Scheele, a. a. O., S. 134; Stampfer, a. a. O., S. 452; Wheeler-Bennett, a. a. O., S. 266.

HENNING KÖHLER

ARBEITSBESCHAFFUNG, SIEDLUNG UND REPARATIONEN  
IN DER SCHLUSSPHASE DER REGIERUNG BRÜNING

**T**rotz der zahlreichen Arbeiten, die sich mit der Wirtschaftspolitik der Ära Brüning beschäftigen, kann von einer befriedigenden Klärung dieses Problems nicht die Rede sein. An der Behandlung der Frage hat die Nationalökonomie naturgemäß ein besonderes Interesse, indem sich die große Depression der 30er Jahre nicht nur als Modellfall für eine totale Wirtschaftskrise anbietet, sondern sie auch in ihrer epochalen Wirkung für die wirtschaftliche Standortbestimmung der Gegenwart von entscheidender Bedeutung gewesen ist. Schließlich hat die moderne Konjunkturforschung von der Krise ihren Ausgang genommen.

Gegenüber diesen Arbeiten von wirtschaftswissenschaftlicher Seite<sup>1</sup>, die die Wirtschaftspolitik Brünings auf Grund der aus der Überwindung gewonnenen Erfahrungen überwiegend negativ beurteilen, hat nun die 1962 erschienene Arbeit von W. J. Helbich<sup>2</sup> über die Reparationspolitik Brünings, der wohl konsequenteste Versuch einer Rechtfertigung der Politik Brünings, die Diskussion auf eine andere Ebene verlagert. Helbich stellt die weithin gebilligte These auf, daß die Politik Brünings – und das trifft in besonderem Maße auf die Wirtschaftspolitik zu – nur von der Reparationsfrage her zureichend zu verstehen sei. Die gesamte Amtszeit Brünings sei von dem Primat der Außenpolitik, der Revision des Young-Plans, d. h. der Lösung der Reparationsfrage, bestimmt gewesen. Dadurch erhält die Frage der Wirtschaftspolitik und damit zugleich die Beurteilung der Möglichkeiten einer Konjunkturbelebung einen anderen Stellenwert. Die von wirtschaftswissenschaftlicher Seite erhobenen Vorwürfe gegen die „Fehler“ der Wirtschaftspolitik Brünings gehen nach Ansicht Helbichs an dem eigentlichen Problem vorbei, da die Reparationspolitik als ausschlaggebender Faktor nicht erkannt worden ist. Nach Helbich war die Politik Brünings darauf abgestellt, „unter bewußter Zurückstellung von Versuchen zur Wiederbelebung der deutschen Volkswirtschaft, ja unter wesentlicher Verschärfung der Krise, die Beseitigung der Reparationslasten in kürzestmöglicher Frist zu erreichen“<sup>3</sup>. Wenn auch die Wirtschaftspolitik hier unter grundsätzlich anderen Voraussetzungen gesehen wird, so ist doch ebenfalls die Vorstellung maßgebend, daß die Politik der Regierung gegenüber der Wirtschaftskrise von

<sup>1</sup> Vgl. etwa die Arbeiten von Grotkopp, Kroll, Nöll von der Nahmer, Hahn. Bei allem Verdienst um die Klärung der wirtschaftspolitischen Problematik findet bei diesen Autoren die Erfassung des historischen Ablaufs der wirtschaftlichen Entwicklung naturgemäß geringere Berücksichtigung. Darüber hinaus mangelt es an einer zureichenden Differenzierung bei der Beurteilung der Alternative, d. h. der Vorschläge und Programme, die von den Kritikern, vom Kreis der sog. Reformer, denen die oben zitierten Autoren zum überwiegenden Teil angehörten, angeboten wurde.

<sup>2</sup> W. J. Helbich, Die Reparationen in der Ära Brüning, Zur Bedeutung des Young-Plans für die deutsche Politik 1930 bis 1932, Berlin 1962.

<sup>3</sup> Ebenda, S. 58.

einer einheitlichen Konzeption bestimmt gewesen ist. Diese wird gemeinhin mit dem Schlagwort Deflationspolitik gekennzeichnet, was entweder mit negativem Vorzeichen als passives Verhalten gegenüber der Krise oder – im Falle Helbich – als aktives, genau kalkuliertes Zuwarten auf den geeigneten Zeitpunkt für einen radikalen Kurswechsel im Sinne einer wirksamen Konjunkturbelebung verstanden wird.

Demgegenüber soll – unabhängig von der Frage, was in der Krise an sich richtig gewesen wäre<sup>4</sup> – eine Antwort auf die Frage gesucht werden, was denn konkret die Regierung Brüning im Frühjahr 1932 geplant und an Maßnahmen vorbereitet hatte und von welchem Horizont her sie ihre Wirtschaftspolitik verstand. Dabei muß ein gewisses methodisches Mißtrauen gegenüber der bisherigen Betrachtungsweise in zweierlei Hinsicht geltend gemacht werden. Abgesehen von der Skepsis gegenüber den Versuchen einer weitgehend monokausalen Deutung und Beurteilung der Wirtschaftspolitik Brünings muß ein grundsätzlicher Vorbehalt hinsichtlich der Benutzung und Auswahl der Quellen erhoben werden. Dies bezieht sich vor allem auf die Heranziehung von Sekundärquellen, der Memoirenliteratur sowie späteren Stellungnahmen usw. Die Benutzung dieser Art von Quellen war, solange die Einsicht in die Regierungsakten nicht möglich war, ein notwendiger, aber nicht unbedenklicher Ausweg, wie es sich nun an Hand der Akten erweist<sup>5</sup>. Der Vergleich zwischen den Akten und den nachträglichen Bekundungen der Beteiligten zeigt eine erhebliche Diskrepanz<sup>6</sup>, für die sich eine Erklärung unschwer finden läßt. Denn bei der historisch kaum zu überschätzenden Bedeutung des Sturzes Brünings im allgemeinen und der in der Folgezeit durchgeführten Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen im besonderen, die in deutlichem Kontrast zu der Passivität der Ära Brüning in dieser Hinsicht standen, war der Hang zur Rechtfertigung übermächtig, wobei natürlich Erinnerungslücken u. ä. in Rechnung zu stellen sind.

Nachdem Brüning selbst im Reichstag das Stichwort gegeben hatte, wird die Situation seiner Regierung immer wieder dahingehend charakterisiert, daß sie bei

<sup>4</sup> Der bei weitem fundierteste Versuch, die Wirtschaftspolitik Brünings von nationalökonomischer Seite zu analysieren, Alternativen aufzuzeigen und zugleich die These Helbichs in kritischer Distanz in die Fragestellung einzubeziehen, findet sich bei Horst Sanmann, Daten und Alternativen der deutschen Wirtschafts- und Finanzpolitik in der Ära Brüning, in: Hamburger Jahrbuch f. Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik 10 (1965), S. 109–140.

<sup>5</sup> Die Untersuchung stützt sich hauptsächlich auf die im Bundesarchiv Koblenz befindlichen Akten der Reichskanzlei und des Reichsfinanzministeriums sowie auf das im Archiv des Instituts f. Zeitgeschichte liegende, sehr reichhaltige Tagebuch des damaligen Staatssekretärs im Reichsfinanzministerium Dr. Hans Schäffer; für die Benutzungsgenehmigung bin ich Herrn Prof. Dr. W. Conze und Herrn Dr. J. Becker zu großem Dank verpflichtet.

<sup>6</sup> Besonders deutlich zeigt sich dies am Beispiel des vom Kabinett Ende Mai 1932 verabschiedeten Entwurfes der Verordnung über die Verwendung nicht entschuldungsfähiger Grundstücke im Osthilfereich (Zwangsversteigerung), den nachträglich Ministerialdirektor Reichard, der höchste Beamte in Schlange-Schöningsens Kommissariat f. d. Osthilfe als Referenten-Vorentwurf qualifiziert hatte, während Brüning in diesem Zusammenhang von einer „Privatarbeit eines Beamten in Schlanges Ministerium“ spricht (Brief Brünings an den Grafen Brünneck-Belschwitz v. 12. Okt. 1948; zitiert bei Graf H. v. Borcke-Stargardt, Der ostdeutsche Landbau zwischen Fortschritt, Krise und Politik, Würzburg 1957, S. 64).

ihrem Sturz „100 Meter vor dem Ziel“ gestanden habe<sup>7</sup>. Gemeint ist damit die endgültige Regelung der Reparationsfrage, die sechs Wochen später auf der Lausanner Konferenz erfolgte. Seit der Arbeit von Helbich hat die Vorstellung, daß Brüning unmittelbar vor einem durchschlagenden, seine Politik rechtfertigenden Erfolg gestanden habe, noch an Bedeutung gewonnen; sie ist gleichsam um eine Dimension erweitert worden. Denn für Brüning sei die – wie Helbich meint – sicher zu erwartende Lösung der Reparationsfrage nicht nur unter dem Gesichtspunkt einer wesentlichen Verbesserung der außenpolitischen Lage und der damit erhofften positiven Auswirkungen auf die innenpolitische Situation von Bedeutung gewesen, sondern dieser außenpolitische Erfolg müsse als Voraussetzung für einen grundsätzlichen Kurswandel der Wirtschaftspolitik Brünnings hinsichtlich der entscheidenden Frage der Arbeitsbeschaffung angesehen werden.

Nach Helbich war für Brüning „eine dauerhafte Überwindung der deutschen Wirtschaftskrise nur *nach* der Befreiung von den Reparationszahlungen und den übrigen Beschränkungen des Young-Planes möglich“<sup>8</sup>. Seine bis dahin gezeigte Zurückhaltung gegenüber allen Vorschlägen zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise durch eine aktive Konjunkturpolitik wäre keineswegs der Ausdruck einer konzeptionslosen Passivität oder einer verfehlten Beurteilung der Krisensituation gewesen; vielmehr lag diesem Verhalten eine präzise kalkulierte Planung zugrunde. Den Beweis dafür sieht Helbich darin, daß beim Sturz Brünnings, also kurz vor der Lösung der Reparationsfrage, „detaillierte Pläne zur Arbeitsbeschaffung ausgearbeitet“ vorlagen<sup>9</sup>. Unter Hinweis auf die Erklärung der zurückgetretenen Regierung Brüning vom 6. Juni 1932, die von einem bereits sorgfältig ausgearbeiteten Arbeitsbeschaffungsprogramm für 600 000 Mann sprach, stellt Helbich fest: „Mit der Ausführung dieser Pläne wurde nur deshalb noch gewartet, weil die Lausanner Reparationskonferenz bevorstand – weil Brüning neben seiner wirtschaftspolitischen Aktivität auch Passivität gegenüber den von ihm keineswegs grundsätzlich abgelehnten Reformplänen zum Erreichen seines wichtigsten Zieles für absolut nötig hielt.“<sup>10</sup>

Das eindrucksvolle Bild eines in sich geschlossenen Geschehensablaufes<sup>11</sup>, einer Kette programmierter Aktionen, soll im folgenden auf seine Verifizierung durch die Aussagen der Quellen überprüft werden, besonders was die Verzahnung der Reparationsfrage mit der Arbeitsbeschaffung bei absoluter Priorität der Revisionspolitik gegenüber dem Young-Plan betrifft.

Folgt man der These Helbichs, so müßte die Ausarbeitung des Arbeitsbeschaf-

<sup>7</sup> Verh. d. Reichstags V, 63. Sitzung am 11. Mai 1932; Bd. 446, S. 2002.

<sup>8</sup> W. J. Helbich, a. a. O., S. 59.

<sup>9</sup> Ebenda, S. 54.

<sup>10</sup> Ebenda.

<sup>11</sup> Das Junktim von Reparationslösung und Arbeitsbeschaffung findet sich zuletzt bei Andreas Dorpalen, Hindenburg in der Geschichte der Weimarer Republik, Berlin 1966, S. 298, und Werner Conze, Die politischen Entscheidungen in Deutschland 1929–1933, in: Die Staats- und Wirtschaftskrise des Deutschen Reichs 1929/33, Hrsg. v. W. Conze u. H. Raupach, Stuttgart 1967, S. 225 f.

fungsprogramms, angesichts des sich „deutlich abzeichnenden Erfolges von Lausanne“<sup>12</sup>, im Frühjahr 1932 in klarer Beziehung zur Reparationspolitik stehen. Stattdessen liegt der Ausgangspunkt für die nähere Beschäftigung mit der Frage der Arbeitsbeschaffung auf ganz anderem Gebiet, nämlich in dem Bereich der Sozialpolitik. Im Januar 1932 zeichnete sich infolge der kontinuierlichen Steigerung der Arbeitslosigkeit ein erhebliches Defizit in der Arbeitslosenfürsorge ab, das die Regierung zu der Überlegung zwang, inwieweit das bisherige System der Arbeitslosenunterstützung aufrechterhalten werden könnte.

Am 25. Januar fand darüber im Kabinett eine Aussprache statt<sup>13</sup>, wobei man auf der Suche nach einem Ausweg aus diesem Dilemma verschiedene, z. T. abwegige Vorschläge<sup>14</sup> äußerte und sich auch der im Grunde ja naheliegenden Frage der Arbeitsbeschaffung zuwandte. Dieses Problem wurde jedoch in einer auch für die spätere Entwicklung charakteristischen Weise angegangen. Zuerst wurde es von Finanzminister Dietrich angesprochen, der der weitverbreiteten Wunschvorstellung Ausdruck gab, daß man die Unterstützung produktiv gestalten müßte, d. h. daß man von den Arbeitslosen für die gewährte Unterstützung auch eine Leistung verlangen sollte<sup>15</sup>. Er wies auf die Möglichkeit des Ausbaus des freiwilligen Arbeitsdienstes hin und setzte sich weiter dafür ein, Investitionsmittel so zu verwenden, daß Projekte, bei denen die Handarbeit vor allem eine Rolle spielte, bevorzugt würden. Darüber hinaus meinte er, „man müsse vielleicht Aufwendungen von einer Milliarde machen, um genügend Arbeit beschaffen zu können“. In ähnlicher Weise äußerte sich auch Verkehrsminister Treviranus, der einige Einzelvorschläge machte und sich grundsätzlich für verstärkte „Spatenarbeit“ aussprach. Brüning vertrat abschließend die Ansicht, daß eine Anzahl der Vorschläge „sicherlich brauchbar“ wäre und bat den Reichsarbeits- und Reichswirtschaftsminister um eine baldige Behandlung dieser Fragen.

Daraufhin fand am 12. Februar eine Ressortbesprechung statt, die eine hoffnungsvolle Perspektive zu eröffnen schien. Das einleitende Referat hielt Oberregierungsrat Lautenbach<sup>16</sup>, einer der aktivsten Vertreter des „Kreises der Reformen“.

<sup>12</sup> Helbich, a. a. O., S. 9.

<sup>13</sup> B. A. R. 43 I, Bd. 1455.

<sup>14</sup> Hierbei kamen im allgemeinen konservative Ressentiments gegen die „ganze Richtung“ des Systems der Arbeitslosenhilfe zum Ausdruck, während einzelne Vorschläge sich auf die Herausnahme verschiedener Berufszweige aus der Arbeitslosenversicherung, auf die Vereinheitlichung des Systems der Arbeitslosenhilfe auf Kosten des Anspruchs auf die versicherungsmäßige Arbeitslosenunterstützung sowie auf die abenteuerliche Idee erstreckten, die Unterstützung auf die Gewerkschaften abzuwälzen, denen diese leidige Aufgabe mit der Aussicht auf eine Pflichtmitgliedschaft der Arbeitslosen schmackhaft gemacht werden sollte. – Zu den Anschauungen Goerdelers, der sich an dieser Aussprache stark beteiligte, vgl. G. Ritter, Carl Goerdeler und die deutsche Widerstandsbewegung, Stuttgart 1956, S. 49 ff.

<sup>15</sup> Dieser Gedanke findet sich schon früher bei Dietrich; vgl. Prot. d. Min.besprechung v. 27. Okt. 1930, B. A. R. 43 I, Bd. 1447 sowie seine Ausführungen auf der Landestagung der Demokraten in Stuttgart am 6. Jan. 1931, Schulthess' Europ. Geschichtskalender 1931, S. 8.

<sup>16</sup> Zu Lautenbach vgl. G. Kroll, Von der Weltwirtschaftskrise zur Staatskonjunktur, Berlin 1958, S. 380 ff.

der die Chancen für eine Arbeitsbeschaffung folgendermaßen beurteilte: „Die Mittel zur Finanzierung öffentlicher Aufträge dürfen nicht anderweitigen produktiven Verwendungsmöglichkeiten z. B. durch Besteuerung der Wirtschaft entzogen werden. Eine Ankurbelung der Wirtschaft ist nur möglich, wenn es sich nicht nur um eine Kaufkraftverlagerung, sondern um die Schaffung zusätzlicher Kaufkraft durch *Kreditausweitung* handelt.“<sup>17</sup> Während der Vertreter der Reichsbank gegenüber den Ausführungen Lautenbachs deutliche Vorbehalte anmeldete, stimmten die übrigen Ressortvertreter ihnen in geradezu überraschender Einigkeit zu. Staatssekretär Trendelenburg identifizierte sich bei dieser Besprechung mit den Ausführungen seines Oberregierungsrates und kritisierte den währungspolitischen Purismus der Reichsbank, „da ein weiterer Zusammenbruch der Wirtschaft möglicherweise noch größere Gefahren für die Währung zur Folge habe“.<sup>18</sup>

Die hier zutagegetretene Übereinstimmung in der Frage einer Arbeitsbeschaffung durch Kreditschöpfung blieb allerdings ohne Folgen. Als am 20. Februar im Kabinett mit dem Problem der Finanzierung der Arbeitslosenhilfe die Frage der Arbeitsbeschaffung auf die Tagesordnung kam<sup>19</sup>, trat ein charakteristisches Junktim zwischen beiden Sachbereichen in Erscheinung. Nach der Schätzung des Arbeitsministeriums für das Rechnungsjahr 1932 mußte mit einer Durchschnittszahl von 5,6 bis 5,7 Millionen Arbeitslosen – 1931 waren es 4,85 – gerechnet werden, was ein Defizit von ungefähr 600 Millionen ergab<sup>20</sup>. Da es angesichts der Etatlage klar war, daß dieses Defizit in der Hauptsache nur durch Kürzungen der Unterstützungsleistungen ausgeglichen werden konnte, erhielt die Frage der Arbeitsbeschaffung eine besondere Bedeutung. In diesem Zusammenhang hatte die Arbeitsbeschaffung nicht die Funktion einer „wiederbelebenden Wirkung auf die Gesamtwirtschaft“, wie es sich Lautenbach vorgestellt hatte, sondern hier ging es in erster Linie darum, eine Kompensation in Form eines materiellen Anreizes gegenüber dem geplanten Abbau sozialer Leistungen zu schaffen. In Übereinstimmung mit Stegerwald erklärte daher Brüning, „daß es nach seiner Meinung bei dem ganzen Fragenkomplex ausschlaggebend darauf ankomme, ob es gelinge, ausreichend Geldmittel (!) für ein Arbeitsbeschaffungsprogramm freizumachen. Denn nur dann, wenn man der Arbeiterschaft die Aussicht auf Mehrbeschäftigung gebe, könne man ihr auf dem Gebiete der Leistungskürzung in der Sozialversicherung weitere Kürzungen zumuten. Kürzungen ohne Arbeitsbeschaffung seien nicht durchsetzbar.“<sup>21</sup>

Brüning sah also in der Arbeitsbeschaffung nicht primär ein Mittel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, das durch die Mehrbeschäftigung auch eine Entlastung auf dem Unterstützungssektor bewirken würde, sondern betrachtete sie als eine vor allem psychologisch wirkende Maßnahme, die die Kürzungen auf dem Gebiet der Arbeitslosenunterstützung schmackhaft machen sollte. Da die Arbeitsbeschaffung

<sup>17</sup> Prot. der Ressortbesprechung v. 12. Febr. 1932 im B.A. R 43 I, Bd. 2045.

<sup>18</sup> Ebenda.

<sup>19</sup> Prot. d. Min.besprechung B.A. R 43 I, Bd. 1445.

<sup>20</sup> Ebenda, Anlage 2.

<sup>21</sup> Ebenda.

also nur eine Nebenfunktion hatte, das Schwergewicht aber auf den Einsparungen lag, war sich Brüning der Unpopularität und der möglicherweise negativen innerpolitischen Folgen<sup>22</sup> durchaus bewußt. Deshalb sollten die Sparmaßnahmen und damit auch die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen erst nach der Reichspräsidentenwahl realisiert werden<sup>23</sup>.

Nun war zwar die grundsätzliche Entscheidung gefallen, ein – wenn auch begrenztes – Arbeitsbeschaffungsprogramm auszuarbeiten; auf die Frage der Finanzierung war jedoch nicht näher eingegangen worden, abgesehen von der optimistischen Erklärung Dietrichs, daß er glaube, „mit der Reichsbank über die Finanzierung eines Arbeitsbeschaffungsprogramms reden zu können“. In dieser, was die Finanzierung angeht, noch völlig offenen Situation schickte Stegerwald am 3. März eine Vorlage an die Reichskanzlei<sup>24</sup>, die man als erste Skizzierung eines Arbeitsbeschaffungsprogramms ansprechen konnte. Bei „vorsichtiger Schätzung“ hielt er die Realisierung von Arbeitsprojekten bei Reichsbahn, Post, Straßenbau, landwirtschaftlichen Meliorationen, Wasserbaumaßnahmen und Wohnungsbau im Gesamtumfang von 1,2–1,4 Milliarden Reichsmark für möglich und war der Ansicht, daß diese Arbeiten sofort in Angriff genommen werden könnten. Für die Finanzierung hatte er allerdings keinen konkreten Vorschlag. Abgesehen von dem Hinweis, daß man bei der Durchführung dieser Arbeitsmaßnahmen durch eine den Tariflohn unterschreitende Entlohnung – ähnlich wie bei Notstandsarbeiten – Ersparnisse erzielen könnte, deutete er in vorsichtiger Umschreibung die Notwendigkeit der Finanzierung durch die Reichsbank an in der Überzeugung, „daß man in der Frage der Finanzierung unter Umständen selbst vor Maßnahmen nicht zurückschrecken darf, die unter anderen Verhältnissen bedenklich erscheinen würden“<sup>25</sup>.

Bei Dietrich fand Stegerwald durchaus Verständnis für diese Einstellung. Auf einer Chefbesprechung am 4. März<sup>26</sup> äußerte Dietrich, daß man für die Arbeitsbeschaffung zwei Milliarden Kredit brauche und kündigte ein Programm in dieser Größenordnung an, das er nach der Reichspräsidentenwahl – sofern er dann noch im Amt wäre – vorlegen werde. Demgegenüber bezog Luther eine grundsätzlichere Position; er betonte, daß die Reichsbank zwar Einzelprogrammen bzw. konkreten Maßnahmen auf einzelnen Gebieten ihre Unterstützung nicht versagen werde, hinsichtlich der Kernfrage der Kreditausweisung verhielt er sich strikt ablehnend. Damit waren die Fronten abgesteckt. Einerseits herrschte weitgehende Einigkeit darüber, daß man in irgendeiner Form Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen

<sup>22</sup> Das bezieht sich vor allem auf die heftige Reaktion gegen die ähnlich gelagerte Notverordnung vom 5. Juni 1931, als es der Regierung nur durch ihre massive Rücktrittsdrohung gelang, die Einberufung des Reichstags und damit die Außerkraftsetzung der Verordnung zu verhindern. Einen plastischen Eindruck der Schwierigkeiten vermittelt das Tagebuch Pünders: H. Pünder, *Politik in der Reichskanzlei*, Stuttgart 1961, S. 99ff.

<sup>23</sup> Das bedeutete jedoch durch den notwendig gewordenen zweiten Wahlgang am 10. April und die preuß. Landtagswahlen am 24. April eine Verschiebung bis in den Mai hinein.

<sup>24</sup> B.A. R 43 I, Bd. 2045.

<sup>25</sup> Ebenda.

<sup>26</sup> Schäffer-Tagebuch 1932, S. 305.

durchführen müßte, wobei Dietrich die weitestgehenden Vorstellungen entwickelte, andererseits waren durch Luthers Veto gegenüber einer großzügigen Kreditschöpfung der Aktivität enge Grenzen gesetzt<sup>27</sup>. Die Auswirkungen zeigten sich umgehend in der Stellungnahme der Reichskanzlei auf die Vorlage von Stegerwald vom 4. März<sup>28</sup>. Sie war denkbar negativ, besonders deshalb, weil der Inhalt der Vorlage in der Öffentlichkeit bekannt geworden war<sup>29</sup>. Man sah darin eine gezielte Indiskretion Stegerwalds, dem man dabei unterstellte, daß er sich durch seine Aktivität in Fragen der Arbeitsbeschaffung ein Alibi gegenüber dem nahe bevorstehenden außerordentlichen Kongreß des ADGB verschaffen wollte, der ausschließlich der Frage der Arbeitsbeschaffung gewidmet war. Darüber hinaus erhob man schwere sachliche Bedenken gegen die von Stegerwald ins Auge gefaßte Kreditausweitung, die der bisherigen Einstellung des Kabinetts und der Reichsbank klar widersprächen, da sie eine schwere Gefährdung der Währung, im Grunde die Inflation, bedeuten würde.

Diese abwehrende Einstellung, die keinen Zweifel an der Unmöglichkeit der Gewährung von Reichsmitteln in Form von verlorenen Zuschüssen ließ, war durchaus berechtigt angesichts der Schwierigkeiten, die die Aufstellung des Haushaltsplans für das Rechnungsjahr 1932 bereitete. Wenn es auch der Äquilibrium der Finanzbürokratie formal gesehen gelang, die Deckung herzustellen, konnte jedoch von einem ausgeglichenen Etat nicht die Rede sein, da den zu erwartenden Steuerausfällen keine echten Reserven gegenüberstanden<sup>30</sup>. Darüber hinaus hatte die durch die Wahlen verzögerte „Reform der Arbeitslosenhilfe“, d. h. der notwendig gewordene Leistungsabbau, zur Erhöhung des Defizits geführt und trotz aller Bereitschaft zu radikaler Kürzung den Einsatz weiterer Mittel des Reichs notwendig werden lassen<sup>31</sup>. Unter diesen Voraussetzungen konnten der im Februar

<sup>27</sup> Bei Stegerwald machte sich angesichts dieser Sachlage ein gewisser Sarkasmus bemerkbar: „Ich sehe ja wie die Dinge stehen. Aus dem Haushalt darf nichts für Arbeitsbeschaffung gegeben werden, weil er schon ohnedies nicht gedeckt ist. Die Arbeitslosenfürsorge soll herabgesetzt werden. Eine Aufbringung von Mitteln für die Arbeitsbeschaffung durch Krediterweiterung darf nicht erwähnt werden, weil man sonst Inflation betreibt.“ – Ebenda.

<sup>28</sup> Vermerk v. 7. März 1932, B.A. R 43 I, Bd. 2045.

<sup>29</sup> Deutsche Allgemeine Zeitung Nr. 112 v. 7. März 1932. Der betreffende Journalist ließ sich nicht einschüchtern und erklärte, „dementieren nütze nichts, er sei genauestens im Bilde“.

<sup>30</sup> Eine scheinbare Reserve bildete der Schuldentilgungsfonds in Höhe von 320 Mill. RM; jedoch wurden davon für die „offenbaren Lücken und Scheindeckungen“ im Haushaltsplan bereits 274 Mill. beansprucht, so daß für die Einlösung kurzfristiger Schatzwechsel und Schatzanweisungen und die Reserve gegenüber den sicher zu erwartenden Steuerausfällen nur ein Betrag von nicht einmal 50 Millionen übrig blieb. – Ausarbeitung des Finanzministeriums zur Etatsituation vom 19. April 1932, B.A. R 43 I, Bd. 529 (Handakten Brünnings).

<sup>31</sup> Anlage zum Prot. d. Min.besprechung v. 21. Mai 1932, B.A. R 43 I, Bd. 1456; die versicherungsmäßige Arbeitslosenunterstützung – die günstigste Unterstützungsart – sollte durchschnittlich um 25 %, die Wohlfahrtsunterstützung um 15 % und die Krisenunterstützung auf das Niveau der Wohlfahrtssätze gesenkt werden. Was das konkret bedeutete, mag ein Beispiel zeigen: Ein verheirateter Arbeitsloser mit zwei Kindern erhielt in einer mittleren Lohnklasse eine wöchentliche versicherungsmäßige Unterstützung von 13,80 RM. (R.G. Bl. 1932, S. 305).

1932 geäußerten Vorstellung Brünings, „ausreichende Geldmittel für ein Arbeitsbeschaffungsprogramm freizumachen“, kaum Erfolgsaussichten eingeräumt werden.

Dennoch wurden die Beratungen fortgesetzt. Nach einer vorbereitenden Chefbesprechung am 8. 4.<sup>32</sup> fand am 12. 4. 32 eine längere Aussprache im Kabinettsrat statt<sup>33</sup>. Die in Frage kommenden Ressorts hatten Vorschläge über Arbeitsvorhaben ausgearbeitet; das Arbeitsministerium über Hausreparaturen, landwirtschaftliche Siedlung und vorstädtische Randsiedlung, das Verkehrsministerium über den Ausbau des Straßennetzes, das Ernährungsministerium über landwirtschaftliche Meliorationen und das Wirtschaftsministerium über die Ausweitung des „Russengeschäfts“<sup>34</sup>. Mit leichter Verspätung meldete auch die Reichswehr ihr Interesse an der Arbeitsbeschaffung an. In einem Brief vom 13. April<sup>35</sup> an Brüning wies Groener auf die großen Möglichkeiten hin, die sich vor allem aus den Plänen zur Umrüstung der Reichswehr sowohl hinsichtlich einer allgemeinen Ankurbelung der Industrie durch die Beschaffung von Waffen, Munition und Gerät für Erd- und Luftrüstung als auch einer erheblichen Beschäftigung von Arbeitslosen bei Landesbefestigungsarbeiten ergeben würden. Er hielt dafür „neben den laufenden Haushaltsmitteln 1 Milliarde RM in einem 5maligen Einsatz von je 200 Millionen pro Jahr für notwendig“.

Dietrich, dem die Aufgabe, Finanzierungsmöglichkeiten für die verschiedenen Projekte aufzuzeigen, zukam, zeigte hierbei einen überraschenden Optimismus. Aus der Überzeugung heraus, daß der „Haushalt mit finanziellen Mitteln nicht mehr zu halten“ sei, daß „die Hilfsmittel des Finanzministers erschöpft“ seien<sup>36</sup> und daß nur durch eine Verbesserung der wirtschaftlichen Situation die Finanzlage positiv geändert werden könnte, ergriff er die Flucht nach vorn, lehnte „kleine Sachen“ ab und legte ein zusammenfassendes Programm vor, das Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen in Höhe von 1,4 Milliarden vorsah<sup>37</sup>. Die Finanzierung sollte vor allem – und darin lag das eigentlich Neue dieses Vorschlages – durch eine eigens für diesen Zweck aufzulegende Prämienanleihe gedeckt werden, ferner sollten wiederum besondere Ersparnisse in der Entlohnung, die in Richtung der „Produktivmachung“ der Arbeitslosenunterstützung gingen, hinzukommen, den Rest sollte die Reichsbank zusteuern. Beschlüsse wurden in der Kabinettsitzung nicht gefaßt, man nahm die Vorlagen zur Kenntnis und war sich darüber einig, daß vor der endgültigen Verabschiedung noch weitere Beratungen erforderlich seien.

Der Vorschlag der Prämienanleihe war das eigentliche Neue, er schien einen

<sup>32</sup> Vermerk darüber in B.A. R 43 I, Bd. 2085; ferner Schäffer-Tagebuch, Eintragung v. 8. April 1936.

<sup>33</sup> Prot. d. Min.bespr. a. a. O. sowie Schäffer-Tagebuch, das weit ausführlicher ist; die Vorlagen der Ressorts sind als Anlagen dem Kab.prot. beigelegt.

<sup>34</sup> B.A. R 43 I, Bd. 2376. Diese Vorlage v. 11. April bietet einen sehr informativen Überblick über die bis dahin abgewickelten Geschäfte im Rahmen der Ausfallbürgschaft des Reichs.

<sup>35</sup> Eine Abschrift des Briefes war an Dietrich gesandt worden; B.A. R 2, Bd. 18647.

<sup>36</sup> Schäffer-Tagebuch, S. 449 (12. 4. 1932). Zu Schäffer sagte Dietrich vor der Kab.sitzung, „er sähe sich den Haushalt überhaupt nicht an“. (Ebenda.)

<sup>37</sup> Vorlage v. 11. April, Anlage zum Prot. v. 12. April.

Ausweg aus dem Dilemma der nicht vorhandenen Etatmittel einerseits und der Kreditverweigerung der Reichsbank andererseits zu eröffnen und wurde mit großem Eifer weiter verfolgt, da hier die einzige Hoffnung auf die Verwirklichung eines Arbeitsbeschaffungsprogramms lag. Statt „unseriöser“ und „inflationistischer“ Kreditschöpfung sollte auf diese Weise das „Hamstergeld“, das z. T. aus Mißtrauen gegen die Banken abgehobene Sparkapital, hervorgehoben werden<sup>38</sup>. Besonders Stegerwald knüpfte seine Erwartungen an die Möglichkeit der Prämienanleihe und entwickelte detaillierte Pläne über die Verwendung der auf diese Weise zu erschließenden Mittel. Sie sollten vor allem der Siedlung und dem Ausbau des freiwilligen Arbeitsdienstes zugutekommen<sup>39</sup>.

Die gesetzliche Grundlage für die Prämienanleihe war schnell gefunden, indem man in das geplante Schuldentilgungsgesetz<sup>40</sup>, dessen Verabschiedung der Anlaß für die Mai-Tagung des Reichstages mit ihren höchst negativen Folgen für die Regierung durch das unglückliche Auftreten Groeners war, eine entsprechende Ermächtigung aufnahm. Bei der konkreten Durchführung jedoch zeigten sich unüberwindliche Schwierigkeiten. Um die Anleihe attraktiv zu gestalten, wäre es notwendig gewesen, sie mit einem günstigen Ausgabekurs, einer hohen Verzinsung und einem entsprechenden Prämienanreiz auszustatten. Angesichts der dadurch entstehenden Kosten war die Erfüllung dieser Voraussetzungen jedoch nicht möglich, wodurch dieses Projekt von vornherein als gescheitert angesehen werden mußte. Denn der Plan des Finanzministeriums, die Anleihe zu einem Ausgabekurs von 100 bei einer Verzinsung von bestenfalls 6½% aufzulegen, hatte nicht die geringsten Erfolgsaussichten, da z. B. die 7%ige Hilferding-Anleihe bereits zu einem Kurs von 60–65 gehandelt wurde<sup>41</sup>. Daher wurden zwar immer neue Entwürfe produziert, die aber das eigentliche Problem nicht lösen konnten, so daß der Plan der Prämienanleihe im Juni 1932 endgültig in der Versenkung verschwand<sup>42</sup>.

Nachdem auch das Projekt der Prämienanleihe sich als undurchführbar erwiesen

<sup>38</sup> Prot. d. Min.bespr. v. 3. Mai 1932, B.A. R 43 I, Bd. 1456.

<sup>39</sup> Vorlage Stegerwalds v. 2. Mai, R 43 I, Bd. 2045, in der er mit einem Ertrag von 500 Mill. RM rechnete.

<sup>40</sup> R.G.Bl. 1932, S. 191 f. Der Erlass des Schuldentilgungsgesetzes war notwendig geworden, da die Reichsschuldenverwaltung sich weigerte, Kreditermächtigungen anzuerkennen, die nur in Form von Notverordnungen ausgesprochen wurden und stattdessen gemäß Art. 87 WV ein entsprechendes Gesetz forderte. Die Ursache für den Widerstand der Reichsschuldenverwaltung im Frühjahr 1932 war ein Angriff des NS-Abgeordneten Reinhardt gewesen, der sich zum Hüter der Verfassung aufschwang und der Schuldenverwaltung vorwarf, sie verstoße bei Anerkennung der Kreditermächtigungen per Notverordnung gegen ihren besonderen Dienst. Vgl. B.A. R 2, Bd. 3277 und Sten. Ber. d. RT, Bd. 446, S. 2468 ff. u. 2491 ff. Die Kreditermächtigungen bezogen sich in der Hauptsache auf die Abdeckung der Haushaltsdefizite von 1930 und 1931.

<sup>41</sup> B.A. R 2, Bd. 3386.

<sup>42</sup> Das hatte jedoch keine, mit dem Sturz Brüning's etwa zusammenhängende politische Ursachen, sondern man legte das Projekt ad acta, nachdem man insgesamt fünf Entwürfe fabriziert hatte, wobei schon in der Begründung des ersten Referentenentwurfes die Skepsis der Finanzbürokratie deutlich wurde, auf diesem Wege zum Erfolg zu gelangen.

hatte, waren die kontinuierlichen Bemühungen der Regierung Brüning endgültig festgefahren. Wenn nun dennoch Ende Mai die Öffentlichkeit über eine bevorstehende Arbeitsbeschaffung informiert wurde, so ging dies auf ein Ergebnis zurück, das unabhängig von den Ressorts und Kabinettsberatungen zustande gekommen war. Die Reichsbank hatte ihre Einstellung beibehalten, bei entschiedener Frontstellung gegen ein Gesamtprogramm Einzelprojekten die Finanzierungshilfe nicht zu versagen. Seit Ende März hatten Besprechungen zwischen der Reichsbank und dem Finanzministerium, wahrscheinlich in der Hauptsache zwischen Ministerialdirektor Graf Schwerin von Krosigk und dem Reichsbankvizepräsidenten Dreyse, stattgefunden<sup>43</sup>, deren Ergebnis die Finanzierung eines bescheidenen Programms in Höhe von 135 Millionen war. Das Programm, das 60 Millionen für Straßen-, 50 Millionen für Wasserbaumaßnahmen und 25 Millionen für Meliorationen vorsah, wurde am 19. und 20. Mai abschließend im Kabinett beraten.

Wenn auch der Umfang alles andere als befriedigend war, so eröffnete er doch durch die Form der Finanzierung eine aussichtsreiche Perspektive. Denn hier wurde eine Konstruktion gefunden, die später als „Öffa-Wechsel“ der Prototyp des Arbeitsbeschaffungswechsels geworden ist<sup>44</sup>. Abgesehen von der ohnehin problematischen Angewohnheit, die Tätigkeit von Regierungsbehörden mit dem jeweiligen Regierungschef zu identifizieren, was am Beispiel Brüning besonders deutlich zu zeigen wäre, dürfte es im Fall der Öffa-Wechsel, besonders unzutreffend sein, sie der Regierung Brüning bzw. ihrem Chef als Verdienst anzurechnen. Denn es war keine Entscheidung, die von der politischen Führung ausging, sondern es war das Werk von Experten, die zudem dem Kurs Brüning in der Schlußphase sehr reserviert gegenüberstanden<sup>45</sup> und ohne Weisung von oben sich für diese Form der Finanzierung entschieden. Das Kabinett nahm lediglich das Ergebnis zustimmend zur Kenntnis, ohne aber die in dieser Konstruktion liegenden Möglichkeiten künftiger Kreditausweitung zu erfassen<sup>46</sup>.

<sup>43</sup> Schäffer-Tagebuch, S. 395 ff. (22. März 1932).

<sup>44</sup> B.A. R 2, Bd. 18646; zur Bedeutung des Öffa-Wechsels vgl. Grotkopp, a. a. O., S. 154 ff. Allerdings sollten, wie die Ressortbesprechungen Ende Mai 1932 zeigen, die auf diese Weise erschlossenen Mittel auch „zusätzliche“ Arbeiten finanzieren, die vom freiwilligen Arbeitsdienst durchgeführt werden sollten; vgl. dazu H. Köhler, Arbeitsdienst in Deutschland, Berlin 1967, S. 109 f.

<sup>45</sup> Dreyse's Kritik richtete sich vor allem gegen die außenpolitische Taktik Brünings, Schäffer-Tagebuch, S. 414 (29. März 1932); Krosigk am 19. April zu Schäffer: „Mit dem Vertrauen des Kanzlers weiß man nie Bescheid. Heute spricht er sich mit einem voll aus, und morgen weiß man nicht, ob er nicht durch die Äußerungen eines anderen sehr beeindruckt ist. Ganz klar sieht man nie.“ Schäffer-Tagebuch, S. 491.

<sup>46</sup> Prot. d. Min.bespr. v. 19. Mai und 20. Mai 1932, B.A. R 45 I, Bd. 1456. Bei der Behandlung dieses Tagesordnungspunktes war Brüning vor allem an der Frage interessiert, ob auch die Länder mit dem Programm einverstanden seien und plädierte sogar für eine Hinausschiebung der Beschlußfassung zwecks Herbeiführung ihres „ausdrücklichen“ Einverständnisses. Ferner unterrichtete er das Kabinett von den Wünschen des Handwerks, Aufträge von der Reichsbahn zu erhalten. – Es ist wahrscheinlich kein Zufall, daß bei diesen Beratungen im Kabinett die Reichsbank von Dreyse und Direktor Hasse und nicht von Luther ver-

Jedenfalls war es auf diese Weise möglich geworden, in den Entwurf der sogenannten 5. Notverordnung Brünings, die dann Hindenburg nicht mehr unterschrieb, nach dreimonatigen Verhandlungen doch noch etwas über Arbeitsbeschaffung, wenn auch in dem geringen Umfang von 135 Millionen, hineinzubringen. Selbst von der ursprünglichen Konzeption, die Arbeitsbeschaffung lediglich als Ausgleich für den Leistungsabbau in der Sozialpolitik einzusetzen, war wenig übriggeblieben. Die geplanten Kürzungen waren noch verschärft, das Arbeitsbeschaffungsprogramm aber so bescheiden ausgefallen, daß man es praktisch übersehen hat. Denn beides, die Sparmaßnahmen und das Arbeitsbeschaffungsprogramm, d. h. die nicht in Kraft getretene 5. Notverordnung Brünings, ist von Papen am 14. Juni 1932 veröffentlicht worden. Wenn Staatssekretär Pünder als Kommentar zu der Papenschen Verordnung bemerkt, sie sei „sauber abgeschrieben“<sup>47</sup>, so bezieht sich das auch auf das Arbeitsbeschaffungsprogramm. Die von Papen in der Notverordnung unter „Sonstiges“ verkündeten Artikel<sup>48</sup> waren nichts anderes als die „detaillierten Pläne“<sup>49</sup>, „das große Arbeitsbeschaffungsprogramm“, das angeblich nach dem Ende der Reparationen in Kraft gesetzt werden sollte.

Wenn sich trotz des bescheidenen Programms dennoch so hartnäckig die Meinung gehalten hat, daß die Regierung Brüning ein umfassendes Arbeitsprogramm fertig ausgearbeitet gehabt habe, so liegt dies nicht zuletzt an der Erklärung des zurückgetretenen Kabinetts vom 6. Juni, in der von einer finanziell bereits gesicherten Mehrbeschäftigung von 600 000 Mann die Rede war<sup>50</sup>. Diese Zahlenangabe muß als klare Irreführung angesehen werden. Sie taucht zwar einmal in den Akten auf, wurde jedoch sogleich als nicht realisierbare Wunschvorstellung zurückgewiesen. Denn nur Stegerwald hatte in seiner Vorlage vom 4. März, die von der Reichskanzlei so heftig kritisiert<sup>51</sup> und von ihm selbst später nur als „Auswahlmöglichkeit für den engeren Gebrauch“<sup>52</sup> bezeichnet worden war, von 600 000 Mann gesprochen.

Die Diskussionen in der Regierung um die Arbeitsbeschaffung hatten jedoch, wie gezeigt wurde, einen anderen Ausgangspunkt und sehr viel bescheidenere Ziele und Erwartungen im Auge. Wenn Pünder dennoch von „wirtschaftsantreibenden Dingen“ am 30. Mai sprach, die neben den „unpopulären“ in der Notverordnung

---

treten wurde, der sich am 8. April noch klar gegen die Finanzierung des Straßenbaus ausgesprochen hatte, da dies „doch völlig eingefrorene Kredite“ seien (Schäffer-Tagebuch, S. 440, v. 8. April 1932).

<sup>47</sup> H. Pünder, Politik in der Reichskanzlei, Stuttgart 1961, S. 137.

<sup>48</sup> R. Ges. Bl. 1932, S. 283 f. Daß es sich hierbei nur noch um die redaktionelle Überarbeitung des „Programms“ handelte, zeigt der Vergleich mit dem Brüning'schen Entwurf, der „Zusammenstellung der in vorläufige Aussicht genommenen Beschlüsse des Reichskabinetts . . . zum Entwurf einer Fünften Verordnung zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen vom . . . Mai 1932“. B. A. R. 43 I, Bd. 2376.

<sup>49</sup> Helbich, a. a. O., S. 54.

<sup>50</sup> C. Horkenbach, Das Dt. Reich von 1918 bis Heute, Jg. 1932, S. 174.

<sup>51</sup> S. oben S. 282.

<sup>52</sup> Schäffer-Tagebuch, S. 395 (22. März 1932).

enthalten sein und in ihrer Kombination eine „Gesamtlösung“ darstellen sollten<sup>53</sup>, so muß er noch an etwas anderes als an das kümmerliche 135 Millionen-Programm gedacht haben. In der wenige Tage später veröffentlichten Erklärung der zurückgetretenen Regierung wird, abgesehen von der falschen Zahlenangabe und der angeblich bereits erfolgten finanziellen und technischen Regelung, der Gesamtkomplex der geplanten Mehrbeschäftigung recht vorsichtig angesprochen: „Gleichzeitig waren die finanziellen und technischen Maßnahmen getroffen, um bis zu 600 000 Menschen in Notstandsarbeit und freiwilligem Arbeitsdienst Brot und Arbeit zu verschaffen und in einem umfassenden Siedlungsplan weiten Volkskreisen Hoffnung auf Lebensrückhalt auf eigener Scholle zu eröffnen.“<sup>54</sup>

Man dachte also weniger an eine Arbeitsbeschaffung im eigentlichen Sinn des Wortes, sondern an eine Beschäftigung von Arbeitslosen, wie es die Parallelssetzung des freiwilligen Arbeitsdienstes mit Notstandsarbeiten zeigt; denn der freiwillige Arbeitsdienst, der als soziale Hilfsmaßnahme konzipiert, Jugendlichen gegen Verpflegung und ein geringes Taschengeld eine Beschäftigung verschaffen sollte, konnte niemals mit Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen in Verbindung gebracht werden. Die Tatsache aber, daß als einziger Tätigkeitsbereich die Siedlung genannt wird, für die ein umfassender Plan ausgearbeitet worden sein soll, weist darauf hin, daß diese als der eigentliche Ausgleich für die „unpopulären“ Dinge angesehen wurde.

Damit wird ein Kapitel des Entwurfs der Brüning'schen Notverordnung angesprochen, das nicht von Papen übernommen worden ist; gemeint ist die geplante Verordnung über die „Verwendung nicht entschuldungsfähiger Grundstücke im Osthilfegebiet und Förderung der landwirtschaftlichen Siedlung“, die berühmteste Verordnung über die Zwangsversteigerung nicht entschuldungsfähiger Güter im Osthilfebereich<sup>55</sup>.

Die Entstehungsgeschichte dieser Verordnung weist deutliche Parallelen zu der des Arbeitsbeschaffungsprogramms auf. Auch hier liegt der Beginn der Diskussion im Februar 1932. Den negativen Bezugspunkt stellte die Verordnung vom 6. Februar „zur beschleunigten Durchführung der landwirtschaftlichen Entschuldung

<sup>53</sup> H. Pünder, a. a. O., S. 131. In diese Richtung geht auch der Vorschlag des Ministerialdirektors in der Reichskanzlei von Hagenow, der Ende Mai vorschlug, die Notverordnung nicht wie geplant (als 5.) in die Reihe der Verordnungen zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen aufzunehmen, sondern einen neuen Anfang zu machen und ihr einen anderen Titel, nämlich „zur Belebung des Arbeitsmarkts und Sicherung der öffentlichen Haushalte“, zu geben. B.A. R. 43 I, Bd. 2376.

<sup>54</sup> Horkenbach, S. 174.

<sup>55</sup> Nachdem Th. Vogelsang, *Reichswehr, Staat und NSDAP*, Stuttgart 1962, S. 193 ff. zum erstenmal den Nebel der Spekulationen um den „Referententwurf“ zerteilt und auf die Beratung der Vorlage im Kabinett hingewiesen hatte, hat nun die Entstehungsgeschichte dieser Verordnung Heinrich Muth, *Agrarpolitik und Parteipolitik im Frühjahr 1932*, in: *Staat, Wirtschaft und Politik in der Weimarer Republik*, Festschrift f. Heinrich Brüning, Berlin 1967, S. 317–360, ausführlich behandelt und endlich geklärt, so daß hier nur auf die wesentlichen Punkte eingegangen wird.

im Osthilfegebiet“ dar<sup>56</sup>, die eine erneute Subventionierung für die verschuldeten Güter im Osten bedeutete. Der sich im Kabinett regende Widerstand gegen diese erneute großzügige Bereitstellung von Mitteln, der sich vor allem bei Stegerwald und dem Finanzminister Dietrich zeigte<sup>57</sup>, wurde von Brüning durch die salomonische Lösung abgefangen, daß als Ausgleich die immer zurückgestellte Siedlung nun ebenfalls in Angriff genommen werden müßte. Stegerwald legte am 2. März einen Plan vor, der für das Etatjahr 1932 die Ansetzung von 20000 Siedlern bei einem Kostenaufwand von 158 Millionen vorsah<sup>58</sup>. Die angespannte Finanzlage machte allerdings, nachdem man sich in der Osthilfe so stark engagiert hatte, eine direkte Verwirklichung unmöglich; im Etat von 1932 wurden sogar im Gegensatz zu den vorangegangenen Jahren sämtliche Mittel für die Siedlung gestrichen. An Stelle dafür sollte die Siedlung aus dem Erlös der Prämienanleihe finanziert werden, ebenso wie der FAD, dessen Förderung stets mit dem Hinweis auf seinen Einsatz in der Siedlung begründet wurde.

Als Stegerwald am 2. März sein Siedlungsprogramm vorlegte, war die entscheidende Voraussetzung, das Vorhandensein von siedlungsfähigem Land, als Folge der vorangegangenen Osthilfemaßnahmen nicht erfüllt. Man erwartete aber im Laufe des Frühjahrs ein wachsendes Angebot von Gütern, die aus dem Sicherungsverfahren als nicht mehr entschuldungsfähig ausscheiden würden. Um diese Ländereien beschleunigt der Siedlung zuzuführen und sie außerdem so billig wie möglich zu erwerben, entstand der Plan, derartige Güter in einem verkürzten Verfahren, das auch die Möglichkeit der Zwangsversteigerung vorsah, den Siedlungsbehörden zur Verfügung zu stellen. Die erbitterten Auseinandersetzungen zwischen Stegerwald und dem Reichskommissar für die Osthilfe Schlange-Schöninggen um die Federführung bei dem einzurichtenden Zwangsversteigerungsverfahren und den sich daraus ergebenden organisatorischen Maßnahmen hat Heinrich Muth ausführlich dargestellt. Dabei vermerkt er – völlig zu Recht – mit Erstaunen, daß das eigentliche zentrale Problem, nämlich die von staatlicher Seite aus vorzunehmende Zwangsversteigerung, im Kabinett auf keinerlei Bedenken stieß, ohne aber eine befriedigende Erklärung für diese Tatsache anzubieten<sup>59</sup>. Angesichts der politischen Brisanz eines derartigen Vorgehens, das notwendigerweise die traditionelle Stellung des ostdeutschen Großgrundbesitzes grundlegend erschüttern mußte, kann man die „Einmütigkeit“ des Kabinetts in diesem Punkt nicht nur mit politischer Blindheit oder der Sorge um die Verödung der nicht mehr lebensfähigen Güter erklären. Die Frage nach der Ursache für das weitgehende Engagement der Regierung Brüning in bezug auf die Siedlung kann jedoch nur zureichend beantwortet werden, wenn man die generelle Beurteilung der Wirtschaftskrise und den Stellenwert, den die Siedlung in diesem Zusammenhang erhielt, in die Fragestellung mit einbezieht.

<sup>56</sup> R. Ges. Bl. 1932, S. 59 f.

<sup>57</sup> Noch stärker zeigte sich ihr Widerstand am 18. Febr. gegenüber einem erweiterten Vollstreckungsschutz für die ostpreußischen Güter; vgl. Köhler, a. a. O., S. 108.

<sup>58</sup> B. A. R. 43 I, Bd. 1289.

<sup>59</sup> H. Muth, a. a. O., S. 335.

In weiten Bereichen der Öffentlichkeit fand sich die Vorstellung, daß es sich bei der herrschenden Krise nicht um eine „normale“ Krise, sondern um den Ausdruck einer spezifischen Strukturveränderung der Situation der Gesamtwirtschaft handelte, die eine Umorientierung der Wirtschaft in Richtung auf eine Reagrarisierung erforderlich mache<sup>60</sup>. Grundlegend war dabei die pessimistische Einschätzung, daß eine Wiederholung der ohnehin „geborgten Konjunktur“ der zwanziger Jahre nicht mehr möglich und daß das in dieser Zeit erreichte Ausmaß der Industrialisierung übersteigert gewesen wäre. Die krisenhafte Schrumpfung der Industrieproduktion wurde daher nicht als vorübergehende, sondern als langfristige Erscheinung angesehen, so daß sich für die aus dem Wirtschaftsprozess ausgeschiedenen Arbeitskräfte die Unterbringung auf dem Lande als einziger Ausweg anbot.

Dieser Beurteilung der Krisensituation lagen oft zwei einander ergänzende Motivationen zugrunde. Einerseits war die Überzeugung maßgebend, daß das System der Weltwirtschaft zusammengebrochen und als Folge davon mit einer allgemeinen Autarkisierung zu rechnen sei, die zu der Notwendigkeit führen würde, die bisher für den Export tätigen Arbeitskräfte anderweitig – und das konnte nur der agrarische Sektor sein – unterzubringen. Zum anderen ergab sich diese spezifische Strukturdiagnose aus einer latenten Industrieferndlichkeit, einer modifizierten Maschinenstürmerei, die das Faktum der Krise vor allem als Bestätigung und Rechtfertigung für das schon immer vorhandene Unbehagen an der wachsenden Industrialisierung ansah, wobei besonders die Tatsache der Konzernbildungen<sup>61</sup> antikapitalistische Ressentiments freisetzte.

Demgegenüber war man in hemmungsloser Agrarromantik von dem besonderen

<sup>60</sup> Dieser ganze Vorstellungsbereich kommt vor allem bei der Begründung der Notwendigkeit des Arbeitsdienstes klar zum Ausdruck; vgl. H. Köhler, a. a. O., S. 51 ff., 70, 88, 153, 149 f., 158, 195 ff. Rudolf Vierhaus hat in seinem sehr anregenden Aufsatz: *Auswirkungen der Krise um 1930 in Deutschland, Beiträge zu einer historisch-psychologischen Analyse*, in: *Die Staats- und Wirtschaftskrise des Deutschen Reiches*, hrsg. v. W. Conze und H. Raupach, S. 179 f., auf diesen Sachverhalt hingewiesen, jedoch die Perspektive dadurch etwas verkürzt, daß er diese Anschauungen in zu engen Zusammenhang mit der NS-Propaganda bringt, indem er feststellt, „die Propaganda der Nationalsozialisten hat diesen vor allem in Bildungs- und kirchlichen Kreisen, in bürgerlichen Unter- und Mittelschichten anzutreffenden Komplex von Stimmungen und Wünschen geschickt angesprochen und den Eindruck zu erwecken vermocht, daß er bei ihnen sich erfolgreich werde entfalten können“. Abgesehen davon, daß derartige Vorstellungen nicht auf die bürgerlichen Unter- und Mittelschichten beschränkt waren, sondern auch in der Führung des Reiches vorhanden waren, wird hier die NS-Propaganda zu hoch eingeschätzt, indem ihr die Manipulation und planmäßige Ausnutzung dieser Anschauungen unterstellt wird. Vielmehr muß davon ausgegangen werden, daß die NS-Propaganda auf diesem Gebiet – ungeachtet der späteren nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik – vor allem der Überzeugung breiter Parteikreise wie ihrer Anhänger entsprach. Bei David Schoenbaum, *Die braune Revolution, Eine Sozialgeschichte des Dritten Reiches*, Köln 1968, S. 79 f., ist die spezifisch krisenbedingte Problematik der Reagrarisierung nicht erfaßt.

<sup>61</sup> Die Abneigung gegen Konzerne, die sich übrigens auch bei Brüning, Stegerwald und Dietrich findet, brachte die DAZ (Nr. 189 v. 23. 4. 1932) auf die ironische Formel: „Aber seit sich der Kriminalfall Kreuger aufgetan hat, kann man sowohl vom Bankier wie von der Waschfrau erfahren, daß es mit den großen Konzernen aus ist, daß sie alle nichts taugen.“

Wert der landwirtschaftlichen Existenz, der Nähe zur „Scholle“, als einer höheren Lebensform zutiefst überzeugt. In diesem Zusammenhang wurden der sich vor allem auf Ostdeutschland erstreckenden Siedlung besondere „nationalpolitische“ Aufgaben im Sinne einer Verstärkung des „deutschen Blutes“, der Auffüllung der „mensenleeren Räume im Osten“ zugewiesen. Durch die Siedlung sollten jedoch nicht alle „strukturell“ Arbeitslosen auf dem Land untergebracht werden – etwa in der Weise, daß man die arbeitslosen Industriearbeiter im Handumdrehen zu Bauern „umschulen“ wollte. Das war schon deswegen nicht nötig, da genügend Siedlungswillige mit landwirtschaftlichen Erfahrungen zur Verfügung standen. Vielmehr sollte die Ingangsetzung der Siedlung der Ausgangspunkt, gleichsam die Initialzündung, einer „organischen“ Arbeitsbeschaffung sein, da infolge der Siedlung durch Ausbau des Verkehrsnetzes, Anregung der Bautätigkeit und Steigerung der Meliorationen vielfältige neue Arbeitsmöglichkeiten erschlossen würden.

In der Regierung Brüning<sup>62</sup> sind derartige Vorstellungen am stärksten bei Stegerwald vertreten. In einer programmatischen Rundfunkansprache am 30. November 1931 erklärte er: „Kurz vor der Jahrhundertwende beginnend und mit der Nachkriegsscheimblüte des Jahres 1929 endend, hat sich in Deutschland die Industrialisierung und Verstädterung in einem Ausmaß vollzogen, die als normal und gesund nicht mehr angesprochen werden konnte. Diese Entwicklung scheint nunmehr ihren Höhepunkt überschritten zu haben. Eine rückläufige Entwicklung ist offensichtlich erkennbar. Für Deutschland, das in der Mitte Europas liegt, und das ein übervölkertes Land ist, ist seine Bevölkerungsstruktur noch mehr als für andere Länder von fundamentaler Bedeutung. Die überorganisierten Mammutbetriebe und Konzerne nach amerikanischer Art werden sich in der nächsten Zeit in Deutschland kaum ausreichend behaupten und entfalten können; auch wird jede Politik, die eine organische Entvölkerung der Großstädte und die eine dezentralisierte Siedlungs- und Wohnweise des deutschen Volkes begünstigt, initiativ zu entfalten und zu gestalten sein.“<sup>63</sup> Für Stegerwald war Arbeitsbeschaffung nur in enger Verbindung mit der Siedlung denkbar. Bezeichnenderweise war seiner Vorlage zur Arbeitsbeschaffung vom 3. März 1932, von der er sich ohnehin später distanziert hatte, einen Tag zuvor eine Vorlage zur Siedlung, verbunden mit einer Vorlage für den damit in Zusammenhang stehenden freiwilligen Arbeitsdienst<sup>64</sup>, für die er sich mit weit größerem Nachdruck einsetzte, vorausgegangen. Das soll nun nicht heißen, daß er – vorausgesetzt die Mittel wären vorhanden gewesen – sich gegen eine Mehrbeschäftigung von Arbeitslosen in der Industrie ausgesprochen hätte. Angesichts der geringen finanziellen Möglichkeiten aber maß er der Siedlung die klare Priorität bei, während er der Arbeitsbeschaffung vor allem die Funktion einer

<sup>62</sup> Wenn nun im folgenden auf verschiedene Regierungsmitglieder Bezug genommen wird, dann bedeutet das selbstverständlich nicht eine Identifikation ihrer Vorstellungen mit den obigen Ausführungen, die notwendigerweise schematisiert, nur eine grobe Skizzierung der in diese Richtung gehenden Tendenzen beabsichtigen können.

<sup>63</sup> WTB Nr. 2527 v. 1. Dez. 1931; in: B.A. R 43 I, Bd. 1287.

<sup>64</sup> B.A. R 43 I, Bd. 2085.

„seelischen Ablenkung“<sup>65</sup> zuerkannte. Daher sollten die im Frühjahr 1932 geplanten Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen im Straßenbau und bei Meliorationen „in organische Verbindung mit der landwirtschaftlichen Siedlung“ gebracht werden<sup>66</sup>. Arbeitsbeschaffung als Mittel zur Ankurbelung der Konjunktur war für ihn eine fremde Vorstellung.

Als sich Anfang Mai 1932 die Grenzen der Finanzierungsmöglichkeiten immer deutlicher abzeichneten, trat er für eine verstärkte Heranziehung des freiwilligen Arbeitsdienstes in der Form ein, „daß bei den geplanten Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen die Lohnkosten durch weitgehende Anwendung des freiwilligen Arbeitsdienstes für die unmittelbar beschäftigten Arbeitskräfte auf den Betrag von 2,50 RM je Tagewerk gesenkt werden“<sup>67</sup>. Seinen Standpunkt formulierte Stegerwald in der Kabinettsbesprechung am 12. April 1932<sup>68</sup> über Arbeitsbeschaffung noch einmal sehr deutlich: „Das Vertrauen ist wichtiger als Arbeitsbeschaffung aus öffentlichen Mitteln . . . Zwischen Arbeitsbeschaffung, verbunden mit Währungsverfall, oder einem ‚Nichts‘ zu entscheiden, ist nicht schwer. Man muß dann das ‚Nichts‘ wählen“. Angesichts der steigenden Arbeitslosigkeit trat er für eine Kombination verschiedener Maßnahmen ein und sah als „Kernfragen: Siedlungswesen, Arbeitslosenversicherung, [d. h. ihre Reduzierung, d. Vf.] Arbeitsbeschaffung, Freiwilliger Arbeitsdienst, Frage der Neubauten“ an. Schließlich bringt er seine Haltung auf die knappe Formel: „Für mich ist das Wichtigste in der Arbeitsbeschaffung die bäuerliche Siedlung.“

Eine ähnliche Einstellung wie bei Stegerwald läßt sich auch bei Dietrich nachweisen. Auch für ihn stand die Siedlung als Möglichkeit der Unterbringung von Arbeitslosen im Vordergrund. Dies zeigt sich vor allem bei der als Nebenform der landwirtschaftlichen Siedlung propagierten Stadtrandsiedlung, die im Herbst 1931 mit beachtlichen finanziellen Mitteln in Gang gesetzt wurde<sup>69</sup>. Die Initiative zu diesem Unternehmen ging von dem Finanzministerium aus. Wie Dietrich an Brüning schrieb, zielte das Unternehmen der Stadtrandsiedlung darauf ab, „einen möglichst großen Teil der jetzt und wahrscheinlich auch künftig Arbeitslosen *dauernd* in Arbeit zu bringen“<sup>70</sup>. Er hielt vorstädtische Kleinsiedlung verbunden mit weiteren Maßnahmen zur bäuerlichen Siedlung für das „typische Arbeitsbeschaffungsprogramm“ und meinte, „das große finanzielle Risiko verantworten zu können, da das Schicksal Deutschlands ausschlaggebend davon abhängt, ob man

<sup>65</sup> Schäffer-Tagebuch, S. 306 (4. März 1932).

<sup>66</sup> Vorlage Stegerwalds über Arbeitsbeschaffung v. 2. Mai 1932, S. 6. B.A. R. 43 I, Bd. 2045.

<sup>67</sup> Vorlage Stegerwalds v. 4. Mai 1932, B.A. R. 43 I, Bd. 2045.

<sup>68</sup> Schäffer-Tagebuch, S. 450 (12. April 1932).

<sup>69</sup> Dritte VO d. Reichspräs. zur Sicherung v. Wirtschaft u. Finanzen v. 6. Okt. 1931, Viertes Teil, Kap. II: Landwirtschaftliche Siedlung, vorstädtische Kleinsiedlung, Bereitstellung von Kleingärten für Erwerbslose, R.Ges.Bl. 1931, S. 551–553.

<sup>70</sup> Schreiben Dietrichs an Brüning v. 3. Sept. 1931, B.A. R. 43 I, Bd. 1290. In der Begründung des beiliegenden Entwurfs heißt es: „Entwicklung und Stand der gegenwärtigen Arbeitslosigkeit lassen darauf schließen, daß starke Arbeitslosigkeit für absehbare Zeit in Deutschland eine Dauererscheinung wird.“

imstande sei, die brachliegende Arbeitskraft wieder in Arbeit zu bringen<sup>71</sup>. Wenn er sich auch für die Kleingartensiedlung besonders engagierte, bedeutete das jedoch keineswegs ein Desinteresse an der landwirtschaftlichen Siedlung, wie es seine Arbeitsbeschaffungsvorlage vom 11. April 1932 zeigt, die diesen Programmpunkt besonders berücksichtigte<sup>72</sup>.

Gegenüber seiner oben erwähnten Forderung im Frühjahr 1932 nach einer Kreditschöpfung im Milliardenmaßstab durch die Reichsbank („Luther müsse finanzieren“)<sup>73</sup> scheint hier ein Widerspruch vorzuliegen, wenn man annehmen wollte, daß mit der Forderung einer großzügigen Kreditschöpfung eine Änderung seiner Konzeption im Sinne einer gezielten Konjunkturbelebung erfolgt sei<sup>74</sup>. Die Milliardenforderung muß jedoch vor allem vielmehr als der Ausdruck eines aktivistischen Bemühens gewertet werden<sup>75</sup>, angesichts der steigenden wirtschaftlichen Not und der wachsenden politischen Radikalisierung die Initiative zu ergreifen und Möglichkeiten zur Überwindung der unproduktiven Erwerbslosenexistenz in Richtung auf eine vor allem die Selbstversorgung gewährleistende Beschäftigung bereitzustellen. Dietrichs Staatssekretär Schäffer teilte nicht die Sympathien seines Ministers für die Siedlung<sup>76</sup>. Allerdings war auch er angesichts der prekären Finanzlage des Reiches strikt gegen Arbeitsbeschaffungsprogramme, von deren Wirksamkeit er nichts hielt: „Das Mittel der Arbeitsbeschaffung kann niemals dazu dienen, die Krise zu beheben, sondern nur die Menschen vor der Verzweiflung zu schützen und einigermaßen bei Stimmung zu halten.“<sup>77</sup>

<sup>71</sup> Dietrich im Kabinett am 7. Sept. 1931; Prot.auszug im B.A. R 43 I, 1287. Daran anschließend erklärte Stegerwald, „daß auch er durchgreifende Maßnahmen zur Lösung des Arbeitslosenproblems für notwendig halte. Nach seiner Überzeugung werde Europa seine frühere Vormachtstellung auf handelspolitischem Gebiet nach den Ereignissen des Weltkrieges und seinen Folgeerscheinungen nicht wieder erlangen.“

<sup>72</sup> Anlage zum Kab.prot. v. 12. April 1932.

<sup>73</sup> Schäffer-Tagebuch, S. 372 (17. März 1932).

<sup>74</sup> Dietrichs Biographin Adelheid von Saldern erklärt die Widersprüchlichkeit in seiner Haltung mit einem letztlich unentschiedenen Schwanken zwischen „Altem und Neuem“, „daß er sich letzten Endes doch nicht von den überkommenen Krisentheorien loslösen . . . konnte“ und daher „über gewisse Ansatzpunkte für eine aktive Konjunkturpolitik“ nicht hinauskam. A. v. Saldern, Hermann Dietrich, Ein Staatsmann der Weimarer Republik, Boppard 1966, S. 170.

<sup>75</sup> Wie wenig sich dabei Dietrich an den Gegebenheiten orientierte und der konkreten Frage nach der Finanzierungsmöglichkeit seines Arbeitsbeschaffungsprogramms auswich, berichtet Schäffer: „Er [d. h. Dietrich] hat aber dann gesagt, ein Teil müsse die Bahn aufbringen, den anderen würden wir schon selbst erstellen, der dritte ginge auf dem Wege über die Reichsbank zu finanzieren. Krosigk hat immer wieder auf die Schwierigkeiten und Unmöglichkeiten hingewiesen, aber der Minister hat dann gesagt, die Finanzierungsfrage müsse man eben dann zurückstellen.“ Schäffer-Tagebuch, S. 368 (16. März 1932).

<sup>76</sup> Nach seinem Ausscheiden findet sich jedoch eine recht nachdenkliche Bemerkung über diesen Fragenkomplex: „Die in der Presse aller Parteien entfachte Diskussion zeigt aber, daß die Verbindung von Autarkie und Beschäftigungslosigkeit doch bewußter wird, als sie es in den letzten Jahren gewesen ist.“ A. a. O., S. 533 (3. Mai 1932).

<sup>77</sup> A. a. O., S. 447 (12. April 1932).

Ähnliche Argumente finden sich bei Wirtschaftsminister Warmbold. In der Kabinettsitzung am 12. April äußerte er die Ansicht, daß für ihn als Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen in erster Linie die Russenaufträge und die landwirtschaftliche Siedlung in Frage kämen<sup>78</sup>. Warmbold, der bis zu seinem Eintritt in die Regierung Vorstandsmitglied der IG-Farben war, vertrat im Kabinett vor allem den Standpunkt der Großindustrie. Bei deutlicher Ablehnung staatlicher Eingriffe in das Wirtschaftsleben kämpfte er gegen Belastungen der Industrie, besonders z. B. die Erhöhung der Umsatzsteuer, und setzte sich stets für Industriesubventionen ein. In diesem Zusammenhang steht auch die Befürwortung des „Russengeschäfts“, das ohnehin hauptsächlich von der Großindustrie betrieben wurde. Demgegenüber sollte die Siedlung der Unterbringung bzw. Versorgung von überschüssigen Arbeitskräften dienen. Von staatlicher Arbeitsbeschaffung hielt er nichts. Auf eine Rede Dietrichs vom 6. April 1932, in der dieser von der Bereitschaft der Reichsregierung sprach, „den vorsichtigen Versuch einer Wirtschaftsbelebung zu machen“, reagierte er empört. Er zeigte sich „aufs äußerste betroffen, zumal Herr Reichsarbeitsminister Stegerwald und er einem Arbeitsbeschaffungsprogramm sehr skeptisch gegenüberständen“<sup>79</sup>.

Für den Ernährungsminister Schiele schließlich – entsprechendes gilt für Schlange-Schönungen – bestand kein Zweifel, daß die Agrarpolitik und d. h. zugleich verstärkte Siedlung der einzige Ausweg aus der Krise sei. „3 $\frac{1}{2}$  Millionen Arbeitslose haben ihr Schicksal der Arbeitslosigkeit dem Versagen des Binnenmarktes zu verdanken. Der Binnenmarkt kann aber nur durch eine konsequente Agrarpolitik zur Gesundung gebracht werden. Deshalb lautet das staatspolitische ceterum censeo: Agrarpolitik und nochmals Agrarpolitik! Das ist die einzige Forderung, der sich heute keiner mehr entziehen kann. Agrarpolitik ist heute Sache der Nation.“<sup>80</sup>

Soweit einige Stellungnahmen führender Minister der Regierung Brüning. Dabei fällt auf, daß die Frage nach der Existenzfähigkeit der Siedler unter den klimatisch, verkehrstechnisch und von der Beschaffenheit des Bodens her ungünstigen Bedingungen in Ostdeutschland nicht gestellt wurde<sup>81</sup>. Stattdessen ist allein die Überlegung maßgebend, mit möglichst geringen finanziellen Mitteln die Sied-

<sup>78</sup> A. a. O., S. 451f. (12. April 1932).

<sup>79</sup> Vermerk der Reichskanzlei v. 7. April 1932; B.A. R 45 I, Bd. 1141. Es wird zugleich mitgeteilt, daß auch der einflußreiche Wirtschaftsführer Paul Silverberg in der Reichskanzlei gegen die Ausführungen Dietrichs protestierte.

<sup>80</sup> C. Horkenbach, Jg. 1932, S. 154 (Rundfunkrede v. 28. April 1932).

<sup>81</sup> Zu welch unhaltbaren Zuständen die Verwirklichung der Siedlungspläne von 1932 geführt hätte, zeigt die Tatsache, daß 1937 eine spezielle Osthilfe für die „Altsiedler“, d. h. aus der Zeit von Anfang 1924 bis Ende 1933, mit den bekannten Maßnahmen wie Vollstreckungsschutz, Umschuldung usw. notwendig wurde. – Auf die Strukturprobleme der ostdeutschen Landwirtschaft hat neuerdings mit aller wünschenswerten Deutlichkeit Hans Raupach verwiesen: H. Raupach, *Der interregionale Wohlfahrtsausgleich als Problem der Politik des Deutschen Reiches*, in: *Die Staats- und Wirtschaftskrise des Deutschen Reiches 1929/33*, Stuttgart 1967, S. 13–34.

lung durchzuführen. Stegerwald hatte in seiner Vorlage vom 2. März 1932 für die Errichtung einer Siedlerstelle einen Baraufwand von 7900 RM festgesetzt und betont, daß es sich dabei nur um einen „Bruchteil dessen, was noch vor einem Jahr für unerlässlich gehalten wurde“, handele<sup>82</sup>. Dietrich vertrat Mitte April die Ansicht, man könnte bereits mit 5000 RM je Stelle auskommen und setzte sich besonders für die kostensparende Holzbauweise ein<sup>83</sup>. Schlange-Schöninggen ging noch darüber hinaus: „Ich glaube, daß man noch viel billiger wirtschaften kann, und meine, es lassen sich noch billigere Formen finden, um eine weit größere Massensiedlung hervorzurufen.“<sup>84</sup>

Das Wort von der Primitiviedlung taucht auf; in der Zwangsversteigerungsverordnung von Ende Mai 1932 ist von Notsiedlung die Rede. Am weitesten in dieser Hinsicht ging – was die Gesamtsituation kraß beleuchtet – der Reichsbankpräsident Luther. Er entwickelte unter dem Stichwort der „geldlosen Wirtschaft“ den Plan einer Hilfswirtschaft der Erwerbslosen, d. h. die Anlage von Siedlungen durch gegenseitige Hilfe der Erwerbslosen. Dazu ließ er von der Reichsbankbauverwaltung entsprechende Pläne entwerfen und bezifferte den Preis für eine Kleinsiedlerstelle, auf der so etwas wie eine Blockhütte errichtet werden sollte, auf 1000 bis 1500 RM<sup>85</sup>. Der in Währungsfragen so überaus vorsichtige Reichsbankpräsident wurde in der Überwindung der der Primitiviedlung entgegenstehenden bürokratischen Hemmnisse energisch: „Man muß radikal sein in der Beseitigung der bau- polizeilichen Vorschriften.“<sup>86</sup>

Nur wenn man sich vergegenwärtigt, welche zentrale Bedeutung der Siedlung als Mittel zur Überwindung der Krise bzw. der Abmilderung ihrer Folgen beige- messen wurde, ist es zu verstehen, daß die Regierung Brüning, ohne daß es darüber im Kabinett zu Meinungsverschiedenheiten gekommen wäre, eine so weitgehende und relativ radikale Maßnahme wie die Zwangsversteigerung der nicht entschuldungsfähigen Güter im Osten ins Auge faßte. Nicht die Zustimmungen über die Arbeitsbeschaffung, sondern über die Zwangsversteigerung, die die Voraussetzung für eine großzügige Siedlung schaffen sollten, müssen als die eigentliche Attraktion und Gegenleistung für die einschneidenden Kürzungen auf dem Gebiet der Arbeits- losenhilfe und Sozialversicherung angesehen werden.

Denn nur auf Grund der Bestimmungen über die Siedlung konnte Pünder Ende Mai 1932 das im Entwurf vorliegende Notverordnungswerk als „Gesamtlösung“ ansprechen, eine Beurteilung, die die Konzeption der Regierung deutlich erkennen läßt. An eine großzügige Kreditschöpfung war schon allein aus Inflationsfurcht nicht zu denken, wobei die Entschiedenheit der Ablehnung noch durch die Über- zeugung verstärkt wurde, daß sich auf diese Weise ohnehin keine Besserung er-

<sup>82</sup> B.A. R 43 I, Bd. 1289.

<sup>83</sup> Anlage zum Kab.prot. v. 12. April 1932.

<sup>84</sup> Schäffer-Tagebuch, S. 543 (12. April). Schiele hielt „den Betrag von 5000 Mark für eine Siedlerstelle für zu viel“. Ebenda.

<sup>85</sup> B.A. R 43 I, Bd. 1141.

<sup>86</sup> Schäffer-Tagebuch, S. 440 (8. April 1932).

reichen ließe. Umfassende Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, auf ‚normalem‘ Wege finanziert, d. h. im Rahmen der herkömmlichen Methoden, verboten sich von selbst, da auf diese Weise keine Aussicht bestand, die erforderlichen Mittel zu erhalten. Angesichts der äußerst ungünstigen finanziellen Voraussetzungen sah daher die Planung ganz anders aus: „Mögliche Wirtschaftsankurbelung“ bedeutete „vor allem“ Siedlung, wobei der freiwillige Arbeitsdienst als kostensparende Realisierungsmöglichkeit stets in die Planung mit einbezogen wurde<sup>87</sup>.

Nun läßt sich schwerlich etwas dagegen sagen, wenn man Arbeitslosen die Möglichkeit gab, Kleingärten zu erwerben und dort Nahrungsmittel für den eigenen Bedarf zu erzeugen. Etwas anderes ist jedoch die Emphase, mit der dieses Projekt betrieben wurde, und zwar immer unter dem Aspekt der landwirtschaftlichen Siedlung. Denn hierbei handelte es sich doch um eine langfristige Maßnahme, die bei einer Verbesserung der Konjunktur nicht einfach revidiert werden konnte. Wenn also die Regierung Brüning im Mai 1932 das Hauptgewicht ihrer wirtschaftspolitischen Aktivität auf die Siedlung legte, so liegt die Annahme nahe, daß sie an eine fühlbare Verbesserung der wirtschaftlichen Lage in einem auch nur annähernd überschaubaren Zeitraum nicht glaubte.

Es ist nun nicht zu verkennen, daß Brüning in den Fragen der Siedlung und Arbeitsbeschaffung sich auffallend zurückhielt, während die Mitglieder seiner Regierung, besonders Stegerwald und Dietrich hier ein großes Engagement zeigten. Allerdings war auch er der Meinung, daß „die Siedlungsfrage in Verbindung mit der Arbeitslosenfrage gelöst“ werden müsse<sup>88</sup>. Sein geringes Interesse an den Beratungen über diesen Sachbereich läßt wohl nicht auf eine grundsätzlich andere Einstellung schließen, es sei denn, man wollte annehmen, daß das Kabinett einen wesentlichen Bereich der Politik ohne bzw. gegen die Zustimmung seines Chefs entschied. Seine Zurückhaltung in diesen Fragen erklärt sich vor allem daraus, daß die Außenpolitik für ihn von besonderem Interesse war. Als Dietrich im Zusammenhang mit den Beratungen über die Arbeitsbeschaffung am 12. April auf den de facto nicht gedeckten Haushalt hinwies und aus diesem Grunde die Notwendigkeit der Arbeitsbeschaffung betonte, reagierte Brüning scharf. „Wenn diese Dinge (ungedeckter Haushalt) durchsickern, kann man keine Außenpolitik mehr machen.“<sup>89</sup> Daß diese Aussage – übrigens der einzige Diskussionsbeitrag Brünings – auf die Reparationspolitik abzielte, bedarf keiner näheren Begründung.

Das von Helbich angenommene Junktim von der endgültigen Lösung der Reparationsfrage und anschließender Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen hatte sich

<sup>87</sup> Schnellbrief Pünders an die Kabinettsmitglieder v. 29. April 1932, in dem er im Auftrag Brünings die zunächst zu erledigenden Kabinettsarbeiten festlegt und u. a. einen Bericht wünscht „über den Stand der Vorarbeiten hinsichtlich einer möglichen Wirtschaftsankurbelung, vor allem über das Problem der Siedlung, wobei die Prämienanleihe und der Ausbau des freiwilligen Arbeitsdienstes mitbehandelt werden müßten“. B.A. R 43 I, Bd. 1456, Anl. zum Prot. v. 2. Mai 1932.

<sup>88</sup> Prot. d. Min.bespr. v. 5. Febr. 1932, B.A. R 43 I, Bd. 1455.

<sup>89</sup> Schäffer-Tagebuch, S. 450 (12. April 1932).

bisher, was „die detaillierten Pläne“ für das in Gang zu setzende Arbeitsbeschaffungsprogramm angeht, als nicht vorhanden erwiesen. Es gab einfach kein derartiges Programm für die Zeit nach dem Ende der Reparationen. Dies schließt theoretisch allerdings nicht die Möglichkeit aus, daß dennoch Abhängigkeiten der Wirtschaftspolitik von der Reparationsfrage bestanden.

Zur Klärung dieser Frage empfiehlt es sich, zuerst einmal zu prüfen, welche Rolle die Reparationspolitik bei den Beratungen über die Frage der Arbeitsbeschaffung gespielt hat. Tatsächlich finden sich, wie nicht anders zu erwarten, mehrfach Äußerungen, die eine Beziehung zwischen diesen beiden Problemkreisen herstellen. Einerseits zeigen sich reparationspolitische Bedenken an einzelnen Punkten; so spricht sich Brüning gegen das Abwracken von Schiffen<sup>90</sup> als Voraussetzung des arbeitschaffenden Neubaus oder gegen die Senkung der Reichsbiersteuer aus<sup>91</sup>, was dennoch geschah und eine empfindliche Lücke im Haushalt verursachte<sup>92</sup>. Ebenso meldet der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes v. Bülow Bedenken gegen die Förderung der „Russengeschäfte“ durch das Reich an<sup>93</sup>, andere Beispiele dieser Art ließen sich anfügen.

Ferner findet sich das reparationspolitische Argument als zusätzliche Begründung für die Zurückweisung eines nicht genehmen Sachverhaltes. So bringt die Reichskanzlei in ihrem ablehnenden Vermerk über die Arbeitsbeschaffungsvorlage Stegerwalds vom 3. März 1932 nach der Beschwörung der währungspolitischen Gefahren auch diesen Gesichtspunkt ins Spiel und stellt fest, daß über die Veröffentlichung der Vorlage im Reichswirtschaftsministerium „äußerste Besorgnis“ herrsche, „auch aus reparationspolitischen Gründen“<sup>94</sup>.

Schließlich gibt es noch eine weitere charakteristische Form der Erwähnung des Reparationsargumentes. So wird etwa in den Ressortbesprechungen über Arbeitsbeschaffung vom 1. und 5. April von dem Vertreter des Wirtschaftsministeriums die Frage der zentralen Kreditausweitung mit der Begründung ausgeklammert, daß dies eine politische, nur vom Kabinett zu entscheidende Angelegenheit sei, da hier das „Währungs- und Reparationsproblem“ berührt werde<sup>95</sup>. Diese Koppelung der Währungs- und Reparationsfrage findet sich vor allem bei den Erörterungen der Regierung über den Wagemann-Plan<sup>96</sup>, dessen Veröffentlichung die Regierung in

<sup>90</sup> Prot. d. Min.bespr. v. 25. Jan. 1932; B.A. R 45 I, Bd. 1455.

<sup>91</sup> Prot. d. Min.bespr. v. 18 Febr. 1932, a. a. O.

<sup>92</sup> Die Senkung der Biersteuer und die ebenfalls geplante Senkung der Brauntweinsteuer verursachte einen geschätzten Einnahmeausfall von 150 Mill. RM – Schäffer rechnete mit erheblich mehr –, dazu kam die Postgebührensenkung in Höhe von 125 Mill., die wohl vor allem aus optischen Gründen im Rahmen der Lohn- und Preissenkung der 4. Notverordnung v. 8. Dez. 1931 zu sehen ist.

<sup>93</sup> Prot. d. Min.bespr. v. 2. März 1932, a. a. O.

<sup>94</sup> B.A. R 45 I, Bd. 2045.

<sup>95</sup> B.A. R 45 I, Bd. 2045.

<sup>96</sup> Vgl. Grotkopp, a. a. O., S. 179ff. und Kroll, a. a. O., S. 396ff. Der Plan Wagemanns bezweckte einerseits eine Reform des Bankensystems zur Wiederherstellung eines funktionsfähigen Kapitalmarktes und andererseits eine Änderung der Deckungsvorschriften der Reichsbank mit dem Ziel einer Kreditschöpfung.

eine gelinde Panik versetzte, wobei sich Luther besonders hervortat und in dem Plan schlechthin die Inflation sah.

Auch Brüning erblickte darin eine Gefährdung der Politik der Reichsregierung und war der Ansicht, „daß es nicht möglich sein werde, die sozialen Reformen durchzuführen, wenn die Arbeitnehmerschaft glaube, daß durch künstliche Schöpfung von Krediten in Höhe von 2 Milliarden RM eine Besserung der Lage erreicht würde. Reparationspolitisch sehe er schwere Gefahren. Das Ausland würde glauben, daß Deutschland nun versuchen werde, durch künstliche Kreditschöpfung, seine Wirtschaft zu verbessern und den Reparationszahlungen zu entgehen.“<sup>97</sup> In erster Linie sah er die Gefahr einer Erweckung von Illusionen, daß die Arbeiterschaft nämlich der irrigen Vorstellung zum Opfer fallen könnte, es gäbe noch andere Möglichkeiten als strikte Sparmaßnahmen, die von Brüning euphemistisch als „soziale Reformen“ bezeichnet wurden. Die reparationspolitischen Gefahren bestanden seiner Meinung nach darin, daß das Ausland auf Grund dieses Plans befürchten müsse, daß Deutschland eine Inflation in Gang setzen wollte.

Gleichsam als Ausgleich für die entschiedene Ablehnung eröffnete Brüning einige vage positive Aussichten: „Es werde möglich sein, die Besserung der Wirtschaft auf anderen Wegen zu erreichen. Insbesondere müßten Maßnahmen zu Krediterweiterungen, gegebenenfalls mit äußerster Vorsicht und unauffällig, getroffen werden.“<sup>98</sup> Diesen Äußerungen ist jedoch kein großes Gewicht beizumessen, sondern hierin muß, da später nichts in dieser Richtung von Brüning unternommen wurde, vor allem ein unverbindliches Ausweichen auf die Zukunft gesehen werden.

Die Bezugnahme auf das Währungs- und Reparationsproblem ist in erster Linie als eine wirksame Abwehrformel zu verstehen, wobei der währungspolitische Gesichtspunkt eindeutig im Vordergrund steht. Wenn man also ein Projekt aus währungs- und reparationspolitischen Gründen ablehnt, so ist dabei die Furcht vor einer unaufhaltsamen Inflation dominierend, während die gleichzeitige Erwähnung der reparationspolitischen Bedenken weitgehend als Rationalisierung der Inflationsangst angesehen werden muß. Daher stellt man die Dinge auf den Kopf, wenn man die übergroße Vorsicht der Regierung hinsichtlich der Währung lediglich auf das reparationspolitische Argument zurückführt. Da nämlich die auf Grund des Young-Plans und der Auslandsschulden zu leistenden Zahlungen auf dem Goldstandard beruhten und Deutschland daher vertraglich an die Aufrechterhaltung der bestehenden Währungsparität gebunden war, konnte man in diesem Bereich auf konkrete Schwierigkeiten hinweisen, während sich die allgemeine Inflationsfurcht nur schwer begründen ließ.

In diesen Zusammenhang gehört auch die Frage der Abwertung der Reichsmark, die nach der Abwertung des englischen Pfundes im Herbst 1931 – besonders im Hinblick auf die dadurch gegebene Verschlechterung der Exportsituation – aktuell geworden war. Helbich vertritt die Ansicht, daß die naheliegende Konsequenz, durch Devaluation gleichzuziehen, in Deutschland nicht möglich gewesen

<sup>97</sup> B.A. R 45 I, Bd. 637. Vermerk über die Besprechung am 28. Jan. 1932.

<sup>98</sup> Ebenda.

wäre, da sie, abgesehen von den Auflagen des Young-Plans, an dem Widerstand der englischen und französischen Regierung scheitern mußte<sup>99</sup>. Zumindest für England traf dies nicht zu. Denn Brüning ist von englischer Seite mehrfach nahegelegt worden, ebenfalls abzuwerten. Brüning selbst berichtete am 4. März 1932, daß der englische Finanzsachverständige Layton auf seiner Fahrt nach Basel in Berlin Zwischenstation machte, „mit dem ausdrücklichen Auftrag der englischen Regierung, mich zu veranlassen, vom Goldstandard abzugehen. Ich habe ihm erklärt, ich sei zu einer solchen Devalorisierung bereit, sobald die Reparationen endgültig beseitigt seien.“<sup>100</sup> Der Schlußsatz ist nun in der Tat eine überraschende Wendung, die auf den ersten Blick die These Helbichs, der allerdings selbst in diesem Zusammenhang von falschen Voraussetzungen ausgeht, bestätigen könnte. Stellt man aber diese Äußerung in den Zusammenhang der allgemeinen Regierungspolitik und insbesondere zur Einstellung gegenüber der Frage der Abwertung, so muß man in dieser Erklärung Brünings ein taktisches Ausweichen vor dem Problem der Abwertung sehen, indem er statt einer konkreten Stellungnahme die Gegenforderung der Reparationslösung erhob. Die tatsächliche Einstellung der Regierung zu dieser Frage kommt bei Schäffer klar zum Ausdruck. Als der Leiter der englischen Treasury, Leith-Ross, Mitte März 1932 in Berlin weilte, empfahl er Brüning wie Schäffer ebenfalls wieder die Abwertung, worauf ihm Schäffer erwiderte: „Ich habe ihm dargelegt, warum eine Devaluation für uns keine Erleichterung bedeute (Goldschulden) und daß sie wegen der Erinnerung der Bevölkerung an die Inflation sogar ganz unmöglich sei.“<sup>101</sup> Man verspricht sich also von einer derartigen Maßnahme keine Vorteile und hielt angesichts der Inflationsangst eine Abwertung für ausgeschlossen, wobei sich allerdings die Frage stellt, ob die Inflationsfurcht der Bevölkerung nicht nur ein vorgeschobenes Argument war, das als Alibi für die Bedenken der Regierung angeführt wurde. Angesichts der Tatsache, daß die Regierung Brüning ansonsten den „Mut zur Unpopularität“ so überaus stark betonte, kann die beflissene Rücksicht auf die Einstellung der Bevölkerung in diesem Punkt um so weniger überzeugen, als Brüning auf Grund der Rückendeckung durch den Artikel 48 durchaus in der Lage war, eine Maßnahme wie die Abwertung der Reichsmark innenpolitisch durchzusetzen.

Überblickt man nun die verschiedenen Äußerungen und Stellungnahmen, die die Frage der Reparationen mit der Wirtschaftspolitik in Verbindung bringen, so läßt sich zusammenfassend feststellen, daß von einer Abhängigkeit der Wirtschaftspolitik von dem Problem der Reparationen keine Rede sein kann. In Einzelfällen findet sich zwar eine Berücksichtigung des reparationspolitischen Arguments unter

<sup>99</sup> Helbich, a. a. O., S. 56. Dabei stützt er sich auf die nachträgliche Behauptung Brünings in dem Brief an Dräger v. 13. 9. 54, in: H. Dräger, *Arbeitsbeschaffung durch produktive Kreditschöpfung*, Düsseldorf (1956), S. 133: „Die Reparationsgläubiger bestanden auf das schärfste darauf, daß die deutsche Währung nicht an das Pfund Sterling angehängt werden dürfe . . .“.

<sup>100</sup> Schäffer-Tagebuch, S. 322 (4. März 1932).

<sup>101</sup> A. a. O., S. 390 (21. März 1932).

dem Gesichtspunkt, nicht durch Ungeschicklichkeiten das außenpolitische Klima zu verschlechtern. Die Verwendung des Begriffspaares der Währungs- und Reparationspolitik läßt bereits erkennen, daß der Akzent eindeutig auf der Frage der Sicherung der Währung lag, d. h., daß die Abwehr von sogenannten inflationistischen Tendenzen durch Kreditschöpfung das Hauptanliegen war. Daher ist dem Urteil Sanmanns voll beizustimmen, wenn er meint, daß Brüning „auch dann keine andere Wirtschafts- und Finanzpolitik getrieben hätte, wenn das Reparationsproblem nicht vorhanden gewesen wäre“<sup>102</sup>.

Wenn sich also in dem engeren Kreis der Regierung keine Abhängigkeit zwischen der Reparationspolitik und der Arbeitsbeschaffung in der Weise feststellen läßt, daß man der staatlichen Arbeitsbeschaffung zwar grundsätzlich positiv gegenüberstand, sie aber bewußt hinter die Lösung der Reparationsfrage schaltete, so bleibt noch die Klärung eines wesentlichen Sachverhalts übrig. Zu fragen ist nämlich, wie im Frühjahr 1932 das Reparationsproblem und die Chancen seiner endgültigen Lösung von Brüning bewertet und eingeschätzt wurden. Zuvor müssen jedoch einige kritische Bemerkungen zur Beurteilung des Gesamtkomplexes der Reparationen in der Ära Brüning gemacht werden.

Gegenüber der These Helbichs, daß die Reparationspolitik Brünings ein geschlossenes Ganzes dargestellt habe und von Anfang an konsequent auf die Lösung dieses Problems ausgerichtet gewesen sei, ist eine grundsätzliche Skepsis angebracht. Vielmehr zeigt sich, daß die Reparationspolitik Brünings bis zum Frühjahr 1931 sich in dem traditionellen Rahmen bewegte und erst in der schweren Krise der Monate Juni und Juli jene Relevanz erhielt, die ihr bis zur Konferenz von Lausanne ihre spezifische Bedeutung verlieh. Selbstverständlich spielte schon vorher auch bei Brüning wie bei jeder deutschen Regierung seit 1919 die Reparationsfrage eine erhebliche Rolle. Jedoch kann von einer Priorität der Reparationspolitik und damit dem Primat der Außenpolitik nicht gesprochen werden.

Vielmehr trifft das Gegenteil zu. Ausgangspunkt für den Entschluß im Frühjahr 1931, in der Reparationsfrage aktiv zu werden, war die rapide Verschlechterung der inneren Situation, konkret die prekäre Finanzlage, da sich bereits zu diesem frühen Zeitpunkt für 1931 ein Defizit von 450 Millionen abzeichnete<sup>103</sup>. In einer Chefbesprechung über die Reparationsfrage am 7. Mai, die gewissermaßen einen neuen Kurs festlegte, stellte Brüning angesichts dieses Fehlbetrages fest, daß ein Ausweg nur durch Erleichterungen auf dem Gebiet der Reparationen gefunden werden könnte und erklärte: „Nach außen hin dürfe man nicht zugeben, daß man sich aus innerpolitischen Gründen zu Schritten auf dem Reparationsgebiet drängen lasse. Allerdings sei es fraglich, wie lange wir noch davon absehen können, die Notleine der Reparationen zu ziehen. Ursprünglich habe man ins Auge gefaßt gehabt, mit Revisionsschritten drei Jahre zu warten, und zwar aus verschiedenen Gründen. Man dürfe auch nicht an die Sache herangehen in einer Zeit, wo wir festgefahren seien. Nach Verkündung der neuen Notverordnung müsse man Freiheit in der

<sup>102</sup> H. Sanmann, a. a. O., S. 131.

<sup>103</sup> H. Pünder, a. a. O., S. 90f. (Eintragung zum 9. März 1931).

Sache behalten, bis Frühjahr 1932. Die materielle Änderung müsse aufgeschoben werden bis a) nach der Neuwahl des Präsidenten in Amerika, b) nach der Neuwahl des Parlaments in Frankreich, c) bis nach der Abrüstungskonferenz.<sup>104</sup> Brüning stellte also fest, daß sein ursprünglicher Zeitplan in der Weise zu modifizieren sei, daß man schon im Frühjahr 1932 aktiv werden müsse, um Ende 1932 zu konkreten Ergebnissen zu gelangen.

Angesichts der bisherigen Planung Brünings, die mit einem größeren Zeitraum in der Behandlung der Reparationsfrage rechnete, erklärt sich auch das Engagement in der Frage der Zollunion mit Österreich, da die Inangriffnahme dieses Projektes vor der für eine spätere Zeit vorgesehenen Aktivierung der Reparationspolitik lag, so daß sich keine Kollision ergeben konnte. Denn gelinde ausgedrückt, mußte der Plan einer Zollunion bei dem zu erwartenden Widerstand vor allem von französischer Seite eine „mehr störende als förderliche“ Rolle<sup>104a</sup> spielen, wenn man zur gleichen Zeit eine Revision der Reparationen anstrebte.

Brüning wollte also seinen Zeitplan modifizieren, was allerdings keinen totalen Kurswandel, sondern nur eine engere Terminierung bedeutete, d. h., daß er schon im Frühjahr 1932 die Reparationsfrage aufrollen und in der Zwischenzeit mit Hilfe der geplanten Notverordnung die „Finanzsanierung“ weiter vorantreiben wollte. Er plante keine spektakulären Schritte in nächster Zukunft, sprach sich gegen die Erklärung eines Moratoriums von deutscher Seite aus und beabsichtigte durch die geplanten scharfen Sparmaßnahmen auf Grund der Notverordnung die öffentlichen Finanzen soweit wie möglich zu sanieren, um dann 1932, im entscheidenden Stadium der Reparationsfrage, eine möglichst starke Position in den Verhandlungen zu haben<sup>105</sup>.

Zur Herbeiführung des Eindrucks einer erhöhten Aktivität in der deutschen Öffentlichkeit schlug er eine zweigleisige Taktik vor, deren Hauptmerkmal ein geradezu erschreckendes Wunschdenken war: „Innerpolitisch sei nötig, daß bei Erlaß der Notverordnung im Volk der Eindruck erweckt werde, daß die Revision schon eingeleitet sei; im Ausland dagegen müsse der Eindruck erweckt werden, daß wir alle Anstrengungen machen, um den Plan zu erfüllen. Der ganze Fragenkomplex müsse in Bewegung gehalten werden bis Anfang 1932. Bis dahin dürfe Deutschland es nicht zu entscheidenden Verhandlungen kommen lassen. Man müsse die Stimmung und die Bewegung narkotisieren, wenn sie zu rasch voran-

<sup>104</sup> B.A. R 43 I, Bd. 311.

<sup>104a</sup> W. Conze, Die politischen Entscheidungen in Deutschland 1929–1933, in: Die Staats- und Wirtschaftskrise des Dt. Reiches, S. 224.

<sup>105</sup> In der Ministerbesprechung v. 30. Mai deutete Brüning, allerdings eher beiläufig, die Möglichkeit einer baldigen Aktivität an; er war zwar ebenfalls der Ansicht, daß es besser sei, „die Entscheidung bis zum Frühjahr oder sogar bis zum Sommer 1932 zu vertagen, aber es werde unmöglich sein, innerpolitisch so lange auszuhalten. Aus innerpolitischen Gründen werde Ende Juni ein Schritt getan werden müssen.“ Aber das sollte offensichtlich keine grundlegende Veränderung der Situation herbeiführen: „Die Entscheidung im Sinne der Gesamtrevision des Young-Plans werde auch in einem solchen Fall ja erst viel später fallen.“ B.A. R 43 I, Bd. 311 (Prot.auszug v. 30. 5.).

dränge, oder aber beleben, wenn sie zu stark einzuschlafen drohe.<sup>106</sup> Diese Überlegungen<sup>107</sup> sind der Ausgangspunkt für den mit der Verkündung der Notverordnung vom 5. Juni 1931 zugleich veröffentlichten „Tributaufruf“<sup>108</sup>. Beides, die einschneidenden Sparmaßnahmen der Notverordnung und der sogenannte Tributaufruf, lösten in der nach dem Zusammenbruch der österreichischen Kreditanstalt ohnehin nervösen Atmosphäre eine beispiellose Krise aus, die auch durch das Hoover-Moratorium nicht voll aufgefangen werden konnte und in der Bankenkrise ihren abschließenden Höhepunkt fand<sup>109</sup>.

Denn der genannte Aufruf<sup>110</sup>, der sich mit starken Worten gegen die Reparationen wandte, von Tributzahlungen sprach und in der drohenden Ankündigung gipfelte: „Die Grenze dessen, was wir unserm Volke an Entbehrungen aufzulegen vermögen, ist erreicht“, bewirkte genau das Gegenteil von dem, was er beabsichtigte. Denn innenpolitisch hatte er angesichts der radikalen Einsparungen in keiner Weise den gewünschten Effekt, dafür wirkte er um so stärker im Ausland, und zwar wie die Ankündigung des Zahlungsstops mit der Konsequenz, daß ausländische Gelder im größten Umfang aus Deutschland abgerufen wurden und zugleich deutsches Kapital ins Ausland flüchtete<sup>111</sup>. Wie besorgniserregend diese Entwicklung auch dem Ausland erschien und wie sehr man die Gefahr eines finanziellen Zusammenbruchs Deutschlands deutlich vor Augen hatte, zeigt u. a. die Tatsache, daß Hoover von sich aus die Initiative ergriff und ein allgemeines Schuldenfeierjahr vorschlug, das nach zähen Verhandlungen Anfang Juli erklärt wurde<sup>112</sup>.

Brünings ursprüngliche Planung war wie ein Kartenhaus zusammengestürzt. Nachdem die Regierung wider Willen „in die Reparationsfrage reingeschlittert“<sup>113</sup> war, konnte zwar früher als erwartet ein Moratorium erreicht werden, jedoch nur auf Grund einer die Fundamente erschütternden Finanzkrise. Das Reich zahlte seit dem Juli also keine Reparationen mehr und war dadurch zusammen mit den

<sup>106</sup> Niederschrift über die Besprechung am 7. Mai 1931, ebenda.

<sup>107</sup> Karl Erich Born, *Die deutsche Bankenkrise 1931*, München 1967, S. 69, hat mit hinreichender Deutlichkeit auf die Irrealität einer „nur“ auf die Innenpolitik gerichteten Taktik hingewiesen.

<sup>108</sup> C. Horckenbach, *Jg. 1931*, S. 194.

<sup>109</sup> Helbig ist dagegen der Meinung, daß die Notverordnung in erster Linie maßgerecht für den Besuch in Chequers produziert worden sei, und sieht in ihr vor allem den Beweis für die „reparationspolitische Bestimmung der Finanzpolitik“ (S. 38) als „erste Synchronisierung finanz- und außenpolitischer Schritte“ (S. 41).

<sup>110</sup> Die erste Fassung des Aufrufs stammte von Dietrich und wurde von Wirth und von Guérard heftig kritisiert, was Schäffer zu der indignierten Bemerkung von „Streit der Kleinbürger, wer das bessere Deutsch schreibt“ veranlaßte. Schäffer-Tagebuch, S. 184 (5. Juni 1931).

<sup>111</sup> Diesen wichtigen Sachverhalt hat Keese nachgewiesen; D. Keese, *Die volkswirtschaftlichen Gesamtgrößen für das Deutsche Reich in den Jahren 1925–1936*, in: *Die Staats- und Wirtschaftskrise des Dt. Reiches*, S. 70ff.

<sup>112</sup> Es ist geradezu paradox, wenn Helbig (S. 39) behauptet: „Die Politik der Finanzsanierung . . . hatte mit der Verkündung des Hoover-Moratoriums am 20. Juni ihren ersten großen Erfolg auf dem Gebiete der Reparationspolitik, der sie dienen sollte, errungen.“

<sup>113</sup> Schäffer-Tagebuch, S. 221 (15. Juni 1931).

Einsparungen durch die Juni-Notverordnung, die dennoch nicht rückgängig gemacht wurden, und der Gehaltsenkung der Beamten im Dezember 1931, in der Lage, einigermaßen über den Winter zu kommen, bis sich Anfang 1932 die Notwendigkeit zu weiteren Einsparungen zeigte.

Mit dem Hoover-Moratorium war die Reparationsfrage ein vorrangiges Thema der internationalen Politik geworden, nicht zuletzt deshalb, weil geklärt werden mußte, was nach dem Ablauf des Feierjahres geschehen sollte. Seit dem Herbst zeichnete sich in der Regierung Brüning der Wille ab, sich nicht auf einen Schuldennachlaß und Behelfsregelungen einzulassen, sondern zu einer Gesamtlösung im Sinne der Streichung der Reparationen zu gelangen<sup>114</sup>. Um dieses Ziel zu erreichen, setzte man auf den Zeitfaktor, d. h. auf die wachsende Einsicht der Reparationsgläubiger angesichts der ständigen Verschärfung der Krise, daß man generell mit den Reparationen Schluß machen müsse. Daher war man an der ursprünglich im Januar geplanten Reparationskonferenz nicht interessiert, sondern trug durch die öffentliche Ankündigung, daß man auch in Zukunft keine Reparationen mehr zahlen könne, nach Kräften zur Vertagung der Konferenz auf den Juni bei<sup>115</sup>.

Anfang Januar 1932 rechnete Brüning noch mit einer Lösung der Reparationsfrage im Sommer 1932 und sah eine weitere Verschiebung auf einen späteren Zeitpunkt als gefährlich an, „denn eine Hinauszögerung der entscheidenden politischen Konferenz bis zum November bringe die Reichsregierung um die Chance, die Situation innenpolitisch lange genug durchzuhalten“<sup>116</sup>. Im März hatte Brüning allerdings seine Auffassung geändert und sah nun den Juni-Termin als verfrüht an: „Wir können auch nicht damit rechnen, im Sommer mit der Reparationsfrage fertig zu werden.“<sup>117</sup> Er hielt die angestrebte Gesamtlösung vor den amerikanischen Präsidentschaftswahlen im November 1932 für nicht realisierbar. Für den Fall, daß Hoover nicht wieder gewählt werden würde, müsse man mit der Notwendigkeit, bis zum Frühjahr 1933 durchzuhalten, rechnen. Hierbei handelt es sich keineswegs lediglich um eine vereinzelte, vielleicht sogar stimmungsmäßig bedingte Äußerung. Die zahlreichen Belege, die sich dafür bei Schäffer finden, erweisen ohne den geringsten Zweifel, daß dies die feste Planung Brünings war<sup>118</sup>.

Daraus zog Schäffer für sich selbst die Konsequenz und reichte seinen Abschied

<sup>114</sup> Vgl. etwa die Instruktion Brünings an den Washingtoner Botschafter v. Prittwitz v. 26. Okt. 1931, B.A. R 43 I, Bd. 316.

<sup>115</sup> C. Horckenbach, Jg. 1932, S. 28f. – Obwohl Helbich (S. 88f.) den Hauptakzent auf die wahrscheinlich durch Indiskretion ermöglichte Reuter-Veröffentlichung der dt. Note v. 8. Jan. 1932 an London legt, ist an der zentralen Bedeutung des Brüning'schen WTB-Interviews v. 9. Jan. nicht zu zweifeln, das nach Pünder nicht die Funktion der Beschwichtigung (wie Helbich meint), sondern eher der Bekräftigung des dt. Standpunktes im Sinne der Zahlungsunfähigkeit hatte. Zum Interview selbst vermerkt Pünder beifällig, er hätte „die ‚Pastete‘ gebacken, die Bülow mit dem außenpolitischen ‚Frikassee‘ füllen sollte“. H. Pünder, a. a. O., S. 112.

<sup>116</sup> B.A. R 43 I, Bd. 335; Vermerk über die rep. pol. Aussprache v. 5. Jan. 1932.

<sup>117</sup> Schäffer-Tagebuch, S. 306 (4. März 1932).

<sup>118</sup> A. a. O., S. 317, 351, 388, 422.

ein, da er die von Brüning geforderte Zusicherung, daß man bis zum Frühjahr 1933 finanziell durchhalten könnte, angesichts des ohnehin unzureichend gedeckten Etats nicht geben konnte. Daß Brüning von dieser Planung nicht abging, zeigt die letzte unter seinem Vorsitz abgehaltene Reparationsbesprechung am 27. Mai, als deren Ergebnis im Hinblick auf die Lausanner Konferenz festgehalten wurde: „Bei den Verhandlungen wird Deutschland an seinem bisherigen Standpunkt festhalten müssen, daß wir weder jetzt noch in absehbarer Zeit zu irgendwelchen zusätzlichen Reparationsleistungen in der Lage sind. Darum werden wir die Streichung der Reparationen fordern müssen. Diese Forderung wird sich allerdings kaum sofort durchsetzen lassen, wenigstens noch nicht auf dieser Konferenz.“<sup>119</sup>

Damit ist wohl mit hinlänglicher Sicherheit deutlich geworden, daß sich Brüning selbst *nicht* 100 Meter vor dem Ziel glaubte. Dieses Wort muß vielmehr als Beschwörungsformel verstanden werden, die erst nach seinem Sturz und der kurze Zeit später erfolgten Reparationsregelung in Lausanne nachträglich eine Bedeutung erhalten hat, die ihr nicht zukommt, wenn man sich die eigene Planung Brünings vergegenwärtigt. Statt dessen rechnete er mit erheblich größeren Zeiträumen.

Die Lösung der Reparationsfrage sollte die Voraussetzung für die positive Veränderung der wirtschaftlichen Situation schaffen, aber nicht in dem engen Sinne – wie Helbich annimmt – einer unmittelbar darauf folgenden staatlichen Arbeitsbeschaffung, sondern in einem wesentlich weiteren Rahmen. Brüning betrachtete die Wirtschaftskrise grundsätzlich unter dem Aspekt des weltwirtschaftlichen Gesamtzusammenhangs und sah daher eine von deutscher Seite unabhängig davon unternommene wirtschaftspolitische Aktivität für verfehlt an. So erklärt er beispielsweise im November 1931: „Die Aufwärtsentwicklung werde kommen, wenn die Preise in der Welt wieder allgemein steigen. Darüber seien sich alle Theoretiker einig. Deutschland habe aber keine Macht, an der Weltpreislage etwas zu ändern.“<sup>120</sup>

An der Reparationsfrage war für ihn vor allem das psychologische Moment entscheidend. Aus diesem Grund zielte er auch unbeirrbar auf die Gesamtlösung ab und wies Vorschläge, die ein mehrjähriges Moratorium vorsahen, entschieden zurück. Dies geschah nicht aus finanziellen Erwägungen, denn es war für alle Beteiligten völlig eindeutig, daß Deutschland vorerst keine Reparationen zahlen konnte. Die Gesamtlösung sollte endgültig dieses leidige Thema vom Tisch bringen, um so die Voraussetzung für eine „allmähliche Befriedung der Weltwirtschaft und Wiederankurbelung internationalen Vertrauens“<sup>121</sup> zu schaffen. Daß diese Wiederbelebung der Weltwirtschaft – Brüning setzte dabei seine Erwartungen vor allem auf eine Reaktivierung des Freihandels<sup>122</sup> – nicht in Jahresfrist zu bewerkstelligen war, versteht sich von selbst.

<sup>119</sup> B.A. R 43 I, Bd. 337; Aufzeichnung über eine rep. pol. Besprechung in der Reichskanzlei unter Vorsitz Brünings v. 27. Mai 1932.

<sup>120</sup> B.A. R 43 I, Bd. 1166; Brüning vor dem Wirtschaftsbeirat am 11. Nov. 1931.

<sup>121</sup> B.A. R 43 I, Bd. 335, Vermerk Pünders v. 14. Jan. 1932.

<sup>122</sup> Brüning am 21. März 1932: „Leith-Ross und ich waren vollkommen einig darin, daß

Darüber hinaus ist bei Brüning eine gewisse Skepsis festzustellen, was das Ausmaß der daraus sich ergebenden Verbesserung der wirtschaftlichen Situation angeht. Das kommt etwa bei den Besprechungen mit den Vertretern der Spitzengewerkschaften am 13. Mai 1932 zum Ausdruck, wenn er meint: „Nach jedem Kriege müsse die Lebenshaltung der am Kriege beteiligten Völker herabsinken. Das sei immer so gewesen. Nach dem Weltkriege habe man sich dieser Erkenntnis aber bisher verschlossen. Man habe im Gegenteil geglaubt, die Lebenshaltung erhöhen zu können. Jetzt zeige sich der Rückschlag in verschärfter Form.“<sup>123</sup> In seinen Ausführungen vor dem Auswärtigen Ausschuß des Reichstages am 26. Mai 1932 kommt diese Einstellung noch einmal klar zum Ausdruck: „Mit der Wiederkehr dieses Vertrauens allein ist es möglich, daß das Kapital wieder in Anlagen hineingeht. Damit allein ist die Möglichkeit geschaffen, die Arbeitslosigkeit, die die Welt zu vernichten droht, langsam wieder zu beseitigen und in eine Ära zu kommen, die zwar keine Prosperität im Sinne der Jahre 1927 und 1928 bedeutet, die aber eine Lebensmöglichkeit für die Völker und für alle Schichten der Völker schaffen kann.“<sup>124</sup>

Ausgehend von der Überzeugung, daß wirtschaftliche Entwicklungen von einer langfristigen Gesetzmäßigkeit bestimmt werden, konnten Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen nur dann sinnvoll sein, wenn sie diese Grundgegebenheiten berücksichtigten<sup>125</sup>, d. h. wenn sie erst nach dem Umschlag des Konjunktur Trends zur Verstärkung der Aufwärtsentwicklung vorgenommen würden. Daher waren für ihn davon unabhängige Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen auf der Grundlage einer Kreditschöpfung nicht nur als letztlich vergebliche Forcierung eines längeren Entwicklungsprozesses, die bestenfalls „vorübergehend eine kleine Erleichterung bringen könnte“<sup>126</sup>, verfehlt, sondern wegen der unausbleiblichen Erschütterung der Währung äußerst gefährlich. Denn Brüning war zutiefst davon überzeugt, daß die Kreditschöpfung das auslösende Moment für einen Prozeß sei, der unaufhaltsam zur Inflation führen würde. Daher warnte er in seiner letzten Reichtagsrede eindringlich vor der Vorstellung, „aus einer Prestigepolitik heraus . . . mit einer auch sehr stark gesteigerten Arbeitsbeschaffung Wunder bewirken zu können; denn eine Arbeitsbeschaffung wird endgültig das Rad nach oben hin erst treiben, wenn der Tiefpunkt einer Krise schon überwunden ist“<sup>127</sup>.

Wann aber rechnete Brüning mit dem Erreichen des Tiefpunktes? Einen deutlichen Hinweis geben die Anfang Januar geführten Beratungen über die einzu-

in ein bis zwei Jahren, wenn wir nicht zu einer freihändlerischen Politik kämen, Europa zugrunde geht, wenigstens wirtschaftlich.“ Schäffer-Tagebuch, S. 390.

<sup>123</sup> B.A. R. 43 I, Bd. 2045.

<sup>124</sup> Heinrich Brüning, Reden und Aufsätze eines deutschen Staatsmanns, Hrg. v. W. Verneköhl (†) u. Mitw. v. R. Morsey, Münster 1968, S. 188.

<sup>125</sup> Aus diesem Grunde polemisierte er in seiner letzten Reichtagsrede gegen diejenigen, die glaubten, „mit tausend möglichen Patentmedizinen hier in Deutschland oder anderswo in der Welt isoliert die Dinge wesentlich bessern zu können“. Sten.Ber. Bd. 446, S. 2597 (B).

<sup>126</sup> A. a. O., S. 2599 (C).

<sup>127</sup> Sten.Ber. d. R.T. Bd. 446, S. 2601 (C).

schlagende Taktik in der Reparationsfrage, bei denen im Zusammenhang mit der Ablehnung eines mehrjährigen Moratoriums auch eine Prognose über die Dauer der Krise geäußert wurde. Warmbold wies darauf hin, „daß man sich nach sachverständiger Voraussage noch auf drei weitere Krisenjahre gefaßt machen müsse“. Brüning wußte es sogar noch etwas genauer und teilte mit, „daß auch Herr Wiggin die endgültige Überwindung der Krise erst für Herbst 1934 erwarte“. Aus diesem Grunde sprach er sich gegen ein 2-3jähriges Moratorium aus, „damit nicht der etwaige Wiederbeginn des Reparationsproblems mit dem Beginn des Konjunkturanstieges zusammentreffe“<sup>128</sup>. Da der Tiefpunkt also offensichtlich in Kürze noch nicht zu erwarten war, mußten Maßnahmen zur Überbrückung getroffen werden. Es ist daher kein Zufall, daß Brüning im Reichstag im unmittelbaren Anschluß an die obigen Ausführungen über Arbeitsbeschaffung auf die Bedeutung des freiwilligen Arbeitsdienstes als eines Mittels „zur Linderung der moralischen und psychologischen Folgen der Arbeitslosigkeit“ hinwies. Von dem so häufig apostrophierten „Wettlauf mit der Zeit“ ist wenig zu bemerken.

In der politischen Konzeption Brünings lassen sich im Frühjahr 1932 zwei Hauptgesichtspunkte erkennen, die sich gegenseitig bedingen. Auf der einen Seite findet sich die außenpolitische Aktivität zur Lösung der Reparationsfrage als Voraussetzung für den Wiederaufstieg der Weltwirtschaft aus dem Krisentief, dem sich Deutschland dann gleichsam anschließen würde, und auf der anderen Seite die Anpassung der innerdeutschen Verhältnisse an diese Perspektive, und zwar durch Sparmaßnahmen in der Arbeitslosenhilfe, Siedlung und zur „seelischen Ablenkung“ durch freiwilligen Arbeitsdienst und Notstandsarbeiten.

Angesichts dieser Konzeption, die nur einen sehr geringen Spielraum für eine wirtschaftspolitische Aktivität zur Bekämpfung der innerpolitischen Radikalisierung beließ, ist es durchaus verständlich, daß für Brüning der Begriff des Durchhaltens eine immer größere Bedeutung gewann. Staatssekretär Schäffer, der in seinen wirtschaftspolitischen Grundanschauungen mit denen Brünings weitgehend übereinstimmte und als sein entschiedener Anhänger in der Reparationspolitik angesehen werden muß, glaubte aber seine weitere Mitarbeit angesichts dieses starren, die innerpolitischen Realitäten nicht berücksichtigenden Kurses nicht mehr verantworten zu können und wies Brüning beschwörend auf mögliche Konsequenzen seiner Politik hin: „Sie haben, Herr Reichskanzler, bei einer der letzten Sitzungen des Wirtschafts-Ausschusses des Kabinetts das Wort ausgesprochen, daß es zu den Eigenheiten des deutschen Volkes gehöre, kurz vor der Erreichung des Zieles den Mut zu verlieren und zusammenzuklappen. – In den zwei Fällen, in denen ich Gelegenheit hatte, derartige Vorgänge zu beobachten, im Jahre 1918 und im Jahre 1923, war mein Eindruck, daß die Ziele, die von den Führern gesetzt wurden, so waren, daß sie über die vorhandenen Kräfte des Volkes hinausgingen. Im Jahre 1923 war es sogar so, daß der verantwortliche Leiter die Stimmen nicht hören wollte, die ihm immer wieder den Zeitpunkt, in dem die Kräfte nicht mehr

<sup>128</sup> B.A. R 43 I, Bd. 335, Vermerk über rep. pol. Aussprache v. 5. Jan. 1932.

ausreichen würden, ankündigten. So kam es, daß in beiden Zeitpunkten aus möglichen Einigungen deutsche Kapitulationen wurden, die sich bei richtiger Einschätzung der Kräfte hätten vermeiden lassen. Die Erinnerung an diese Vorgänge sind der Alp, der mich bei unserer Behandlung der Reparationsfrage ständig bedrückt.“<sup>129</sup>

Welches Ergebnis sich Brüning von seiner Reparations- und Durchhaltepolitik erhoffte, sprach er vor dem Reichstag aus: „Wenn das deutsche Volk die Nerven behält, wenn das Letzte darangesetzt wird, um durch Zusammenfassung der dem Volk zur Verfügung stehenden Kräfte in den nächsten Monaten das Höchste zu leisten, ist das deutsche Volk ganz bestimmt nicht dasjenige, was etwa unter den ersten oder den nächsten Völkern sein würde, die infolge der allgemeinen Krise zusammenbrechen würden.“<sup>130</sup> Abgesehen von der seltsamen Vorstellung, daß ein Volk zusammenbrechen kann, wird bei dem Appell an die Nervenkraft und den Durchhaltewillen des Volkes ein überaus bedenkliches Moment sichtbar. Wenn er intern erklärt: „Es darf das deutsche Volk im letzten Rennen nicht kurz vor dem Ziel zusammenbrechen, wie es dies leider gewöhnlich tut“<sup>131</sup>, so zeigt sich hier bei der intendierten Durchhaltepolitik der Versuch, sich schon frühzeitig ein Alibi für den möglichen Fall des Scheiterns zu verschaffen.

Diese Verhaltensweise muß vor allem als Ausdruck dafür angesehen werden, daß sich Brüning mit seiner Politik im Frühjahr 1932 festgefahren hatte. Das Tagebuch Schäffers enthält eine Fülle von Belegen über die erschreckende Desorientiertheit des engeren Kreises der Regierung. So macht sich bei den Ministern Dietrich und Stegerwald, die Pünder einmal zusammen mit Brüning als Triumvirat bezeichnet hatte, eine zunehmende Entfremdung von Brüning bemerkbar. Dietrich stellt resignierend fest: „Ja, was der Kanzler will, weiß keiner“<sup>132</sup>, und Stegerwald beklagt sich: „Im ganzen komme er gar nicht dazu, den Kanzler ordentlich zu sprechen. Es ereigneten sich auch so merkwürdige Dinge wie der Nationalsozialisten-Erlaß der Reichswehr und wie der Empfang des Hauptmanns Röhm durch den Reichsinnenminister, ohne daß die Kabinettsmitglieder davon eine Ahnung hatten.“<sup>133</sup>

Nach der eigenen Einschätzung Brünings war im Mai 1932 noch kein Erfolg seiner Politik abzusehen. Aus einer verfehlten wirtschaftspolitischen Einstellung heraus, die ihn die Arbeitsbeschaffung als eine Maßnahme der Wirtschaftsankurbelung ablehnen ließ, erblickte er in der Reparationsfrage einen Ansatz für eine Verbesserung der Gesamtsituation dergestalt, daß durch ihre Lösung eine allge-

<sup>129</sup> Abschrift des Entlassungsgesuches Schäffers an Brüning v. 19. März 1932; Archiv d. I. f. Z. Anlagen zum Schäffer-Tagebuch.

<sup>130</sup> Sten.Ber. Bd. 446, S. 2597. – Schäffer interpretierte diesen Passus dahingehend, daß Brüning der Meinung gewesen sei, „daß eine Anzahl von Ostmächten noch vor uns zusammenbrechen werden und daß diese Tatsache die Franzosen zu einer nachgiebigeren Haltung bewegen wird“. Schäffer-Tagebuch, S. 536 (14. Mai 1932).

<sup>131</sup> A. a. O., S. 307 (4. März 1932).

<sup>132</sup> Schäffer-Tagebuch, S. 433 (7. April 1932).

<sup>133</sup> A. a. O., S. 598 (22. März 1932).

meine Belebung der Weltwirtschaft erfolgen könnte, die sich positiv auch auf die deutsche Wirtschaft auswirken würde. Von dieser mit längeren Fristen rechnenden Beurteilung her gewinnt erst die Frage der Siedlung, deren Bedeutung in diesem Zusammenhang nicht erkannt worden ist, ihr spezifisches Gewicht. Die positive Einschätzung der Siedlung ergab sich einerseits aus einer allgemein konservativ-industriefremden Einstellung und andererseits aus der Überzeugung, daß die voraussichtlich noch langandauernde Krise die Unterbringung der Arbeitslosen auf dem Lande erforderlich mache. Aus dieser Perspektive, dem Bewußtsein, noch eine lange Durststrecke vor sich zu haben, erklärt es sich wohl weitgehend, daß Brüning ohne den geringsten Versuch des Widerstandes seinen Platz räumte, als ihm Hindenburg sein Vertrauen entzog. Hätte Brüning tatsächlich seine Politik auf die Trumpfkarte der Reparationslösung abgestellt und diese in der Entfernung der ominösen 100 Meter geglaubt, so bliebe seine schnelle Resignation allerdings unverständlich und ließe sich auch nicht nur mit dem Treuekomplex zum „alten Herrn“ erklären.

Die These von der absoluten Priorität der Reparationsfrage, der die gesamte innere Politik untergeordnet worden wäre, ist nicht etwa nur als Übersteigerung eines an sich richtigen Sachverhaltes zu korrigieren, sondern muß als eine Konstruktion angesehen werden, die in ihrer Geschlossenheit zwar beeindruckend ist, aber das historische Bild verzeichnet.

Das Junktim von Reparationslösung und Arbeitsbeschaffung hatte sich als nicht vorhanden erwiesen. Für Brüning hatte die erstrebte Gesamtlösung vor allem die psychologische Funktion der Wiederherstellung des Vertrauens als Voraussetzung für eine allgemeine Erholung der Weltwirtschaft – ein für seine Politik zweifellos wichtiger Faktor, dem aber niemals – auch nicht aus der Sicht Brünings – die absolute Priorität eingeräumt werden konnte.

Doch wenn man einmal annimmt, daß Brüning die Konferenz von Lausanne und ihre Ergebnisse noch im Amt erlebt hätte, also selbst noch die Ernte in die Scheuern hätte fahren können, so ist es höchst fraglich, ob Brüning einen wesentlich größeren innerpolitischen Erfolg als Papen daraus erzielt haben würde. Angesichts der in den Frühjahrswahlen zum Ausdruck gekommenen innerpolitischen Zerrissenheit erscheint es recht unwahrscheinlich, daß die radikalisierten Massen diesen Erfolg der „Erfüllungspolitik“ noch honoriert hätten, zumal sich in finanzieller Hinsicht nichts geändert hätte, da Deutschland bereits seit dem Juli 1931 keine Reparationen mehr zahlte. Was schließlich die von Brüning erhoffte Belebung der Weltwirtschaft durch die Lösung der Reparationsfrage angeht, so erfüllten sich diese Erwartungen keineswegs, wie die überall verstärkten Schutzzoll- und Kontingentierungsmaßnahmen zeigten, die ihren Höhepunkt in den Verträgen von Ottawa fanden, mit denen sich das Commonwealth durch ein System der Vorzugszölle gegen die Konkurrenz abschirmte, während Brünings Hoffnungen auf Ausweitung des Freihandels besonders auf England gerichtet waren.

Dokumentation:

DIETER PETZINA

MATERIALIEN ZUM SOZIALEN UND WIRTSCHAFTLICHEN WANDEL IN  
DEUTSCHLAND SEIT DEM ENDE DES 19. JAHRHUNDERTS

*Vorwort des Herausgebers*

Im ersten Band dieser Zeitschrift wurde in einem Aufsatz „Zeitgeschichte als Aufgabe“ gegenüber der „Zersplitterung auf dem Gebiet der Materialveröffentlichung“ in Aussicht genommen, „heimatlos“ gewordene geschichtliche Dokumente zur jüngsten Vergangenheit und die Ergebnisse von Befragungen sowie überhaupt das sogenannte „sekundäre“ Archivmaterial an einer Stelle, eben in den Vierteljahrsheften für Zeitgeschichte, zu veröffentlichen, statt sie einem mehr oder weniger zufällig sich anbietenden Publikationsort oder der Nichtbeachtung zu überlassen. Dieses Programm ist konsequent durchgeführt worden, so daß seit mehr als sechzehn Jahren in jedem Heft unter der „Dokumentation“ entsprechendes Material mit Vorbemerkungen des jeweiligen Herausgebers veröffentlicht worden ist. Es haben sich darunter Stücke von großem Quellenwert befunden, und im ganzen hat sich die Rubrik, wie nach vielen Bezeugungen angenommen werden darf, als ein wertvolles Instrumentarium der Forschung und auch als sehr willkommen zur Information eines breiteren Leserkreises erwiesen. Es soll an ihr in aller Regel festgehalten werden.

Es ist jedoch geplant, den Rahmen zu erweitern, nicht nur durch stärkere Berücksichtigung der Jahre nach 1945, soweit dafür Stoff sich anbietet, sondern insbesondere auch der wirtschafts- und sozialgeschichtlichen Aspekte. Bei der letzteren Zielsetzung wird eine Änderung des Typus „Dokumentation“ von Zeit zu Zeit empfehlenswert sein, wofür im folgenden ein erstes Beispiel vorgelegt wird. Auch statistische Materialien sind ja Rohstoff, sind Quellen im weiteren Sinne des Wortes, die nicht anders wie Geschichtsquellen im üblichen Sinne der Erschließung durch Interpretation bedürfen. Auch für Darbietungen solcher Art soll die Überschrift „Dokumentation“ beibehalten werden.

H. R.

*I. Vorbemerkung*

In der folgenden Dokumentation werden statistische Materialien zur sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands vom ausgehenden 19. Jahrhundert bis zur Gegenwart dargeboten. Wegen ihres besonderen Gewichts nicht nur für die Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, sondern ebenso sehr für den Verlauf der politischen Geschichte stehen zwei Fragen im Mittelpunkt: Zum einen die nach der regionalen Differenzierung wirtschaftlicher Entwicklung und sozialen Wandels, zum anderen jene nach der sich ändernden sozialen Schichtung im 20. Jahrhundert. Diese zwei Teilaspekte sind seit dem vorigen Jahrhundert entscheidende Charakteristika des sozioökonomischen Prozesses und insofern auch wichtige Ursachenfaktoren politischen Handelns insgesamt.

Regionale Sonderentwicklungen zu beobachten heißt zuvörderst, dem Verständnis jenes Phänomens beschleunigten wirtschaftlichen Wachstums, das man allzu

verkürzt die „industrielle Revolution“ genannt hat, näherzukommen. Vieles deutet darauf hin, daß sich wirtschaftliches Wachstum in einer Abfolge von ökonomischen Gewichtsverschiebungen vollzog und nicht zuletzt mit räumlicher Differenzierung verbunden war<sup>1</sup>. Wenn dies so ist, dann bietet sich die regionale Analyse im Sinne der Untersuchung von Teilen einer größeren räumlichen Einheit als wichtiges Hilfsmittel an, wirtschaftliche und soziale Veränderung zu beschreiben und zu erklären. Für den Wirtschaftshistoriker wird die Regionalanalyse seit dem 19. Jahrhundert besonders bedeutsam, da erst im Verlauf der Industrialisierung übergeordnete Einheiten – nationale Volkswirtschaften – entstanden und somit auch Regionen im obigen Sinn, deren Vergleich Rückschlüsse auf einen Gesamtprozeß erlaubt. Überspitzt ließe sich formulieren, daß Regionalismus als besondere räumliche Profilierung, die sowohl das Bewußtsein des Besonderen wie auch das Wissen um ein größeres Ganzes voraussetzt, eine Folge der industriellen Revolution war.

Die politische Relevanz regionaler und sozialer Differenzierung seit dem 19. Jahrhundert ist gerade im Falle Deutschlands evident, da die Frage des Verhältnisses der Einzelstaaten zum Reich, die Frage des Föderalismus insgesamt stärker als jedes andere Problem die innenpolitische Szenerie in den vergangenen 100 Jahren beherrscht hat. Regionaler Wandel wird für die politische Geschichte besonders dort bedeutsam, wo er für die Entstehung politischer Ideologien, Verhaltensweisen und Entscheidungsprozesse maßgeblich war. Die Ostmarkenideologie mag als besonders wichtiges Beispiel dafür dienen, wie eng sich ökonomisch-soziale Veränderungen mit innenpolitischen Konflikten verzahnten. Sie entstand nicht zufällig bereits zu dem Zeitpunkt, als die Industrie die Landwirtschaft in ihrer volkswirtschaftlichen Bedeutung überholte und die agrarisch geprägten preußischen Ostprovinzen wirtschaftlich immer stärker gegenüber dem Westen zurückfielen. Die Ideologiebildung war hier wie in vielen anderen Fällen eine Defensivreaktion auf volkswirtschaftliche, speziell regionale Umschichtungen; diese schufen im ausgehenden 19. Jahrhundert nicht nur ein Ost-West-Problem, sondern verschärften auch die politisch vorgegebene Nord-Süd-Frage durch das wachsende ökonomische Gefälle. Man denke aber auch an die mähliche Auflösung Altpreußens, verursacht durch den sozialen Wandel und die ökonomische Schwerpunktverlagerung von Ost nach West<sup>2</sup>, die zum Teil ebenso Folge regional-wirtschaftlichen Gefälles war wie – in der Gegenwart – die Frontenbildung im Streit um die Finanzreform, einem der wichtigsten innenpolitischen Konflikte seit dem Bestehen der Bundesrepublik.

Drei Indikatoren dienen im folgenden dem Ziel, regionale Veränderung und soziale Schichtung zu dokumentieren und damit wichtige Erklärungselemente für zentrale Fragen politischer Geschichte zu liefern: Die regionale Verschiebung der

<sup>1</sup> Hierzu Knut Borchardt, Regionale Wachstumsdifferenzierung im 19. Jahrhundert unter besonderer Berücksichtigung des West-Ost-Gefälles, in: *Wirtschaft, Geschichte, Wirtschaftsgeschichte*, Festschrift zum 65. Geburtstag von Friedrich Lütge, Stuttgart 1966.

<sup>2</sup> Siehe Karl-Erich Born, Der soziale und wirtschaftliche Strukturwandel Deutschlands am Ende des 19. Jahrhunderts, in: *Vierteljahrsschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte*, 50 (1963), S. 361 ff.

Bevölkerung, die Änderung der Erwerbsstruktur und schließlich die Entstehung und Verteilung des Volkseinkommens sowohl unter dem Aspekt regionalen Wohlstandsgefälles als auch unter dem wirtschaftlicher Differenzierung. Die Auswahl der Indikatoren erfolgte einmal nach ihrer Bedeutung für die hier interessierende Fragestellung, regionalen und sozioökonomischen Wandel zu verdeutlichen, zum anderen auch unter dem Gesichtspunkt der Quellenlage. Auf diese Weise wird zwar nur ein relativ schmaler Ausschnitt struktureller Änderungen erfaßt, der aber gewichtige Hinweise für den sozialwirtschaftlichen Gesamtprozeß ergibt.

Die Quellenbasis dieser Dokumentation bildet die Statistik, die dank der Quantifizierung wirtschaftlicher und sozialer Tatbestände zur hier beabsichtigten „Handreichung“ von Grundinformationen besonders geeignet ist. Das statistische Material wird nach den erwähnten Fragestellungen ausgewählt, aufbereitet, in Tabellenform dargeboten und jeweils kurz erläutert, um seine Verwendung zu erleichtern. Die genannten Indikatoren gliedern sich dann wie folgt:

1. Regionale Entwicklung der Bevölkerung im Deutschen Reich und in der Bundesrepublik Deutschland 1871–1967, ergänzt durch die Statistik der Wanderungsbewegungen und Verstädterung vor dem Ersten Weltkrieg und nach 1950 (Tabellen 1–6).
2. Erwerbspersonen nach Wirtschaftsbereichen und sozialer Stellung im Beruf 1882–1967 (Tabellen 7–9) sowie deren regionale Aufteilung nach Wirtschaftsbereichen (Tabellen 10 und 11).
3. Wachstum des Sozialprodukts (Tabelle 12), Aufbringung des Volkseinkommens (Sozialprodukts) nach Regionen (Tabellen 13–15) und die Wertschöpfung der einzelnen Wirtschaftsbereiche insgesamt und je Beschäftigten (Tabelle 16).
4. Verteilung des Volkseinkommens nach den sozialen Gruppen der Selbständigen und Abhängigen (Tabellen 17–19), die personelle Einkommensentwicklung (Tabelle 20) sowie die Entwicklung der Abhängigen-Einkommen, aufgeteilt nach Arbeitern und Angestellten (Tabellen 21a und 21b) und nach dem Geschlecht (nur für die Bundesrepublik; Tabelle 22).

Die hier benutzte Statistik – statistische Jahrbücher des Reiches bzw. der Bundesrepublik, sonstige Periodika („Wirtschaft und Statistik“) und Untersuchungen zu speziellen Sachbereichen (Volks- und Berufszählungen, Steuerstatistik, Gewerbezahlungen usw.) – umfaßt präzise Erhebungen wie fehlerbehaftete Stichproben und Schätzwerte. Daneben erweist sich die nichtamtliche Schätzung bei allen Fragestellungen, zu denen keine offiziellen Ergebnisse vorhanden sind, als unentbehrlich. Als besonders wichtiges Beispiel sind hier die Rückrechnungen des deutschen Volkseinkommens bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts<sup>3</sup> zu nennen, die zugleich ein allgemeines Dilemma historischer Statistik verdeutlichen: Volkseinkommen und Sozialprodukt sind wie andere ökonomische Begriffe sehr jungen Datums und waren im

<sup>3</sup> Walter G. Hoffmann, *Das Wachstum der deutschen Volkswirtschaft seit der Mitte des 19. Jahrhunderts*, Berlin 1965.

vorigen Jahrhundert selbst als Bezeichnungen noch unbekannt. Alle Angaben für die Größe des Volkseinkommens bis zum Ersten Weltkrieg, sind daher mehr oder minder gute Schätzungen, die zwar die relative Veränderung einigermaßen verlässlich wiedergeben, in der Feststellung der absoluten Größenordnung aber oft genug recht problematisch sind. Hier und in ähnlichen Fällen, in denen sich Rückrechnungen als einzige Quelle anbieten, wird man scheinbar exakte Zahlen stets nur mit Einschränkungen verwenden können.

Auf eine weitere Schwierigkeit des statistischen Materials sei hier noch verwiesen, die gerade im Falle Deutschlands jeden Vergleich über längere Zeiträume erschwert: Allein in den letzten fünfzig Jahren haben sich die Gebietsgrenzen als Folge der Weltkriege zweimal grundlegend verschoben. Daneben gab es, bedingt durch den föderativen Aufbau, eine Fülle kleinerer Veränderungen innerhalb des Reiches bzw. der Bundesrepublik. Dem Dilemma nichtidentischer Territorien läßt sich teilweise dadurch ausweichen, daß man spätere Berechnungen für das verkleinerte Gebiet zugrunde legt. Dieses Verfahren hat den Vorteil vergleichbarer Zeitreihen, ignoriert jedoch, daß die wirtschaftlichen und sozialen Prozesse jeweils in einem bestimmten Territorium abgelaufen sind und bei anderem Gebietsstand möglicherweise einen anderen Verlauf genommen hätten. Da Nachteil gegen Nachteil steht, wird jeweils im konkreten Fall entschieden, ob vom gleichen oder vom jeweiligen Gebietsstand ausgegangen wird. Nach 1945 komplizierte sich diese Raumfrage mit der Herausbildung zweier Staaten auf deutschem Territorium und der Abtrennung der Ostgebiete vollends. Angesichts der Schwierigkeit des Vergleichs ost- und westdeutscher Statistiken, der gesellschaftlichen Auseinanderentwicklung beider Teilstaaten und der weitgehenden Unterbrechung der vor 1945 engen wirtschaftlichen Verflechtung beschränkt sich die Dokumentation hier auf die Bundesrepublik Deutschland.

Die angedeuteten Schwierigkeiten – territoriale Veränderung, ungenaue Schätzung, wechselnde Systematik und Begriffsbildung – sollten jene kritische Distanz vermitteln, die die sinnvolle Verwendung derartigen Materials erfordert. Erst dann fördert die statistische Dokumentation zugleich auch jenes Verständnis für die historische Entwicklung im zwanzigsten Jahrhundert, das zu stärken das Ziel dieser Zusammenstellung ist.

## *II. Regionale Bevölkerungsverschiebungen*

Bevölkerungsbewegungen sind in mobilen Industriegesellschaften empfindliche Indikatoren wirtschaftlicher Umstrukturierung und regionaler Verschiebungen. Nur unter diesem Aspekt interessiert hier die Bevölkerungsbewegung seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert. Deshalb mag zur Gesamtentwicklung der Hinweis genügen, daß die deutsche Bevölkerung, deren Größe sich in vorindustrieller Zeit wegen des relativ konstanten Nahrungsmittelspielraums von Agrargesellschaften nur langsam veränderte, im 19. Jahrhundert (1817/1915) auf annähernd das Dreifache stieg. Die durchschnittliche jährliche Wachstumsrate, die 1817/1890 1%

betrug, erreichte 1891/1913 mit 1,35% ihren Höhepunkt und sank dann zwischen den Kriegen (1922/1939) auf 0,7% ab. Die historisch einmalige Bevölkerungsdynamik des 19. Jahrhunderts, Ursache und Folge der Industrialisierung zugleich, verlangsamte sich also zu dem Zeitpunkt, als der Übergang zur Industriegesellschaft vollzogen war.

Die Tabellen zur Bevölkerungs- und Wanderungsbewegung sollen nunmehr die regionale Differenzierung und gleichzeitig den damit verbundenen Prozeß der Verstädterung – Signal tiefgreifenden sozialen Wandels – dokumentieren.

Tabelle 1: Entwicklung der Bevölkerung nach Regionen im Deutschen Reich<sup>a)</sup> 1871–1939 (Mill.)

Region	1871	1890	1910	Veränderg. 1871/1910 in %	1910 <sup>b)</sup>	1925	1935	1939	Veränderg. 1910/1939 in %
Osten ohne Berlin-Brandbg.									
abs.	10,51	11,57	15,55	+ 29	15,54	16,37	17,05	17,70	+15
%	26,6	24,2	21,5						
Berlin-Brandbg.									
abs.	2,86	4,12	6,16	+115	26,3	26,0	25,8	25,6	
%	7,3	8,6	9,8						
Mitte									
abs.	5,93	7,63	9,75	+ 64	9,75	10,25	10,62	11,05	+13
%	15,0	15,9	15,5		16,7	16,2	16,1	16,0	
Nordwest									
abs.	4,29	5,30	7,17	+ 67	7,05	7,62	8,00	8,63	+22
%	10,8	11,1	11,4		12,1	12,1	12,1	12,5	
West									
abs.	7,66	9,85	14,81	+ 93	14,77	16,59	17,51	18,13	+23
%	19,4	20,6	23,5		25,2	26,2	26,6	26,2	
Süd									
abs.	8,20	9,56	11,54	+ 41	11,54	12,35	12,87	13,69	+18
%	20,8	19,6	18,3		19,7	19,5	19,4	19,7	
Reich									
abs.	39,45	47,85	62,98	+ 60	58,45	63,18	66,05	69,18	+18

a) 1871–1910 Reich in Grenzen von 1910 ohne Elsaß-Lothringen. b) Gebietsstand 1937  
1910–1939 Reich in Grenzen von 1937.

Quelle: Statistische Jahrbücher für das Deutsche Reich 1921/22; 1934; 1941/42.

Tabelle 1 weist die regionalen Bevölkerungsverschiebungen für den Zeitraum 1871 bis 1939 aus. Folgende Regionalgliederung liegt ihr zugrunde: Ost- und Westpreußen, Schlesien, Pommern und Mecklenburg zählen zum Osten (nach 1919 verringert um die an Polen abgetretenen Gebiete Westpreußens und Oberschlesiens), der Nordwesten umfaßt das heutige Niedersachsen, Schleswig-Holstein und die Hansestädte; Provinz und Königreich Sachsen sowie Thüringen bilden die mittlere Region; die Rheinprovinz (nach 1919 ohne Saarland), Westfalen und die beiden Hessen zählen zum Westen und Baden, Württemberg und Bayern (einschließlich Pfalz) zum Süden.

Das wichtigste Ergebnis ist die (vor allem nach 1890) immer stärkere Differenzierung des regionalen Wachstumstempos, besonders das Zurückfallen des Ostens und Südens gegenüber den anderen Reichsteilen. Damit bestätigt sich die Sogkraft der neuen Industrien des Westens und des Berliner Raumes auf die Landbevölkerung der süd- und ostdeutschen Agrarzonon. Bis 1890 waren die Verschiebungen

zwischen den genannten Regionen – mit Ausnahme des Ostens gegenüber Berlin – relativ bescheiden, da zunächst noch die Nahwanderung (z. B. vom ländlichen Westfalen ins Ruhrgebiet) überwog. Erst seit den achtziger Jahren ergaben sich im Zuge der jetzt dominierenden Ost-West-Wanderung die spektakulären regionalen Veränderungen, die den Bevölkerungsschwerpunkt Preußens ebenso wie den des Reiches nach dem Westen verlegten. Das war nicht nur ein soziales oder wirtschaftliches Faktum ersten Ranges, sondern signalisierte schon vor der Jahrhundertwende das Ende des traditionellen ostelbischen Altpreußentums.

Ein gegenüber dem Berliner Raum und dem Westen sehr viel bescheideneres, im Vergleich zum Gesamtreich aber noch überdurchschnittliches Wachstum wiesen der Nordwesten und bis 1890 auch die Mitte auf. Der dynamische Faktor der Nordwestregion waren die Hansestädte mit ihrem expansiven tertiären Wirtschaftsbereich (Handel, Verkehr), im Falle der Mitte zunächst die sächsischen Verarbeitungsindustrien. Sachsen, bis zur Reichsgründung die wichtigste deutsche Gewerbezone, verlor jedoch nach 1890 seine frühere Anziehungskraft, da die dortigen Gewerbe-zweige (vor allem Textil und Bekleidung) nunmehr im Vergleich zur westdeutschen Schwerindustrie oder den „neuen“ Industrien Berlins (Maschinenbau, Elektro) deutlich zurückfielen.

Tabelle 2: Geburts- und Wohnbevölkerung 1907 (1000) (Reich, einschl. Elsaß-Lothringen)

Geburtsort Wohnort	Osten	Berlin/ Branden- burg	Nord- west	Mitte	West	Süd	insges.	davon zu- gezogen
Osten	12399	178	51	101	49	16	12794	595
Berlin/ Brandenburg	1159	3956	69	500	78	44	5585	1649
Nordwest	362	68	5340	209	135	41	6155	815
Mitte	328	119	102	9002	75	95	9719	718
West	551	55	178	186	11068	287	12324	1256
Süd	64	26	34	99	220	13558	13800	443
insgesamt:	14863	4382	5775	9897	11625	13859	60378	5276
davon abgewandert:	2463	446	433	895	558	481	5276	

Quelle: Walther G. Hoffmann, *Das Wachstum der deutschen Wirtschaft seit der Mitte des 19. Jahrhunderts*, 1965, S. 180.

Tabelle 2 ergänzt und verdeutlicht Ausmaß und Richtung der durch die Wanderungsbewegungen verursachten Regionalverschiebungen<sup>4</sup>. Zum Stichjahr 1907 hatte jeder sechste dort Geborene den Osten verlassen und war nach Berlin und dem Westen oder in eine andere Region abgewandert. Beinahe ein Drittel der Einwohner Berlin-Brandenburgs entstammte demgemäß anderen Regionen, und allein die Reichshauptstadt bestand zu etwa 20% aus schlesischen, mecklenburgischen und ost- oder westpreußischen Zuzüglern. Neben Berlin verzeichneten der Westen (0,7 Mill.) und der Nordwesten (0,4 Mill.) hohe Wanderungsgewinne,

<sup>4</sup> Gegenüber Tabelle 1 insofern Änderung der regionalen Unterteilung, als das Großherzogtum Hessen und Elsaß-Lothringen im Süden enthalten sind und Braunschweig zur Mitte zählt.

während andererseits außer dem Osten der Süden und zu diesem Zeitpunkt auch die Mitte – hier die Agrargebiete Thüringens und Sachsen-Anhalts, nicht das Königreich Sachsen – erhebliche Wanderungsverluste aufwiesen.

Der geschilderten regionalen Differenzierung der Bevölkerungsbewegung lief der Prozeß der Verstädterung parallel. Wenn um die Mitte des 19. Jahrhunderts ganz Deutschland mit nur relativ unbedeutenden Abweichungen ländlich geprägt war, so zeigt das Jahr 1910 große Unterschiede im Verhältnis städtischer zu ländlicher Bevölkerung, die in einem systematischen Zusammenhang zur interregionalen Wanderung stehen: Je größer der Wanderungsgewinn, je stärker die Industrialisierung, desto höher war der Grad der Verstädterung.

Tabelle 3: Ländliche und städtische Bevölkerung nach Regionen 1910

Region	Landbevölkerung (Gemeinden bis 5 000 Einwohner)	Städt. Bevölkerung (Gemeinden über 5 000 Einwohner)	
	in %	insges. %	davon in Großstädten %
Osten ohne Berlin-Brandenburg	63	35	14
Berlin-Brandenburg	26	74	47
Osten insges.	53	47	26
Mitte	54	46	24
davon Königreich Sachsen	40	60	32
Nordwest	48	52	29
West	40	60	25
Süden	65	35	14
Reich insges.	51	49	21

Quelle: Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1919.

Die Ergebnisse von Tabelle 3 decken sich mit jenen des regionalen Bevölkerungswachstums und der Wanderung, da wiederum die agrarischen Gebiete des Ostens und Südens (mit einem Anteil der Landbevölkerung von 65%) den städtischen Wachstumszonen gegenüberstehen.

Die Entwicklung zwischen dem Ersten und Zweiten Weltkrieg unterschied sich merklich von jener in den vorausgegangenen Jahrzehnten. Einmal sank die durchschnittliche Zuwachsrates der Bevölkerung auf die Hälfte (von 1,35% auf 0,7%), zum anderen verringerten sich die für die Industrialisierungsepoche typischen regionalen Wachstumsunterschiede, so daß bislang stagnierende Regionen aufholen konnten. So glich sich das Wachstum des Südens dem Reichsdurchschnitt an, der Osten verringerte zumindest die Differenz, wohingegen der vorher so dynamische Raum Berlin ebenso wie die Mitte stagnierten (Anteil Berlins 1925: 6,4%, 1939: 6,3%). Zwar blieben der Westen und stärker noch der Nordwesten die ersten Wachstumsregionen, doch zeigen sich im zeitlichen Ablauf wichtige Trendänderungen: im Konjunkturaufschwung der zwanziger Jahre vergrößerte der Westen noch einmal seinen Anteil von 25,2% (1910) auf 26,6%. Nach 1930 hingegen, teils Folge der Weltwirtschaftskrise, teils Ergebnis relativen Rückfalls der „alten“ Industrien des Ruhrgebiets (und damit geringerer Zuwanderung), fiel seine Quote ab, indes nunmehr der Süden, dem Beispiel des Nordwestens folgend, zu einer

aufstrebenden Region wurde. Hier deutete sich jetzt jener Trend an, der im Falle des Südwestens nach 1945 so vehement durchbrechen sollte: die erste deutsche Wachstumsregion zu werden.

Als Fazit bleibt somit zu registrieren, daß die Zwischenkriegszeit, soweit Bevölkerungsdaten hier Rückschlüsse erlauben, eine Ära relativ langsamen Wachstums und abgeschwächten strukturellen Wandels war, in der die auseinanderstrebenden Trends der Industrialisierungszeit einander wieder annäherten. Andere Indikatoren werden zeigen, ob dieses Ergebnis auch für die soziale und wirtschaftliche Entwicklung gilt.

Tabelle 4: Entwicklung der Bevölkerung in der Bundesrepublik Deutschland (Mill.)

Region		1950	1954	1958	1961	1967	Veränderung 1950/1967 in %
Nord	abs.	11,44	11,12	11,25	11,50	12,06	+ 5,5
	%	22,9	21,4	20,8	20,4	20,1	
West	abs.	12,92	14,15	15,30	15,90	16,84	+30,0
	%	25,8	27,3	28,2	28,3	28,1	
Mitte	abs.	8,09	8,56	8,96	9,30	10,00	+23,5
	%	16,2	16,5	16,5	16,5	16,7	
Südwest	abs.	6,29	6,80	7,34	7,76	8,55	+36,0
	%	12,6	13,1	13,5	13,8	14,5	
Südost	abs.	9,11	9,07	9,22	9,52	10,26	+13,0
	%	18,2	17,5	17,0	17,0	17,1	
West-Berlin	abs.	2,14	2,19	2,22	2,20	2,17	+ 1,5
	%	4,3	4,2	4,1	3,9	3,7	
BRD	abs.	49,99	51,88	54,29	56,18	59,87	+20,0

Quelle: Statistische Jahrbücher für die BRD 1954, 1959, 1968.

Nach 1950 verstärkten sich in der Bundesrepublik erneut, ähnlich den zwei Jahrzehnten vor dem Ersten Weltkrieg, die Impulse des Wandels. Der Bevölkerungszuwachs betrug infolge der politisch motivierten Ost-Westwanderung 1950/1967 1% und überstieg damit trotz niedrigerer Geburtenziffern das Wachstum der Zwischenkriegsjahre. Ein weiteres Indiz schnellen strukturellen Wandels sind die großen regionalen Wachstumsunterschiede der fünfziger Jahre<sup>6</sup>, die vor allem zwischen dem Südwesten und dem Norden bestanden. Die für gewerblichen Fortschritt besonders förderliche Infrastruktur der Südwestregion und der Wegfall des Standortnachteils, der die Lage an der Westgrenze des Reiches bis 1945 gewesen war, ergaben jene Magnetwirkung, die sich bis heute kaum abgeschwächt hat. Demgegenüber erfuhr der früher expandierende Nordwesten nicht zuletzt wegen

<sup>6</sup> Die Bundesrepublik wurde in folgende Regionen unterteilt: Nord identisch mit dem Nordwesten des Reiches (Niedersachsen, Schleswig-Holstein, Hansestädte), West deckt sich mit dem Bundesland Nordrhein-Westfalen (dem Kerngebiet des früheren Westens), der Südwesten umfaßt Baden-Württemberg und der Südosten Bayern. Als neue Mitte wurden die Bundesländer Rheinland-Pfalz, Saarland und Hessen festgelegt, die - von der Pfalz abgesehen - bis 1939 als Teil des Westens galten.

des Verlustes seines traditionellen mitteldeutschen Hinterlandes im Vergleich zur Vorkriegszeit – vom besonders gelagerten Fall West-Berlins abgesehen – die stärksten Einbußen.

Der Westen gehörte nach 1945 wiederum zu den wachstumsintensiven Zonen: Die Zuwachsrate seiner Bevölkerung lag insgesamt doppelt so hoch wie jene Bayerns, während die Mitte nicht nur eine geographische Mittellage einnimmt, sondern auch die geringste Abweichung vom Bundesdurchschnitt aufwies. Eine Aufteilung nach Jahren modifiziert jedoch das Bild vom dynamischen Westen und zurückbleibenden Südosten: Die Bevölkerungsgewinne von Nordrhein-Westfalen fallen vor allem in die Wiederaufbauphase bis etwa 1955, ebenso die großen Verluste Bayerns, das seiner Bevölkerung zunächst nur unzureichend gewerbliche Arbeitsplätze bot. Mit dem Bedeutungsschwund der Schwerindustrie und des Bergbaus und der Ansiedlung neuer, nicht mehr primär rohstofforientierter Industrien im Süden (Elektrotechnik, Fahrzeugbau) hat sich der Trend geändert. Der Westen verlor nach 1960 Anteile, während Bayern zur Gruppe der „Wanderungsgewinner“ stieß. Die Statistik der Wanderungssalden zwischen den Regionen des Bundesgebietes, ausgewählt für zwei Stichjahre, bestätigt diesen Tendenzwandel nach 1960:

Tabelle 5: Überschuß der Zu- (+) bzw. Fortzüge (—) gegenüber den nebenstehenden Regionen 1957 und 1966 (in 1000; ohne Berlin)

Region		Nord	West	Mitte	Südwest	Südost
Nord	1957	×	+38,0	+ 5,3	+ 4,1	+ 5,2
	1966		— 5,9	+ 5,8	+ 3,3	+ 4,5
West	1957	—38,0	×	— 7,9	+ 1,2	— 5,6
	1966	+ 5,9		+15,6	+ 8,2	+ 8,7
Mitte	1957	— 5,3	+ 7,9		+ 1,7	— 6,2
	1966	— 5,8	—15,6	×	+ 1,1	+ 1,5
Südwest	1957	— 4,1	— 1,2	— 1,7		—16,6
	1966	— 3,3	— 8,2	+ 1,1	×	+ 3,5
Südost	1957	— 3,2	+ 5,6	+ 6,2	+16,6	
	1966	— 4,5	— 8,7	— 1,5	— 3,5	×
Insgesamt	1957	—50,6	+50,3	+ 1,9	+23,6	—25,2
	1966	— 7,7	—38,4	+21,0	+ 6,8	+18,2

Quelle: Statistische Jahrbücher für die BRD 1959, 1968.

Die senkrechten Spalten zeigen jeweils die Gewinne (+) oder Verluste (—) gegenüber den in der linken Spalte aufgeführten Regionen. 1957 waren der Westen und Südwesten die großen Gewinner der interregionalen Wanderung; ihnen standen die Defizitgebiete des Nordens und Bayerns gegenüber. Ein Jahrzehnt später waren Hessen und Bayern die großen Überschußzonen, während der Westen nunmehr die größten Wanderverluste aufwies. Dank der gegenläufigen Trends der fünfziger und sechziger Jahre ebnet sich seit zehn Jahren das Bevölkerungsgefälle des Südostens gegenüber dem übrigen Bundesgebiet wieder ein und zumindest die Indikatoren Bevölkerung und Wanderung deuten darauf hin, daß Bayern nunmehr endgültig – wie Württemberg bereits vor vierzig Jahren – den traditionellen wirtschaftlichen Rückstand aufholt.

Bereits früher wurde darauf hingewiesen, daß regionale Veränderung der Bevölkerung mit der Abwanderung vom Land in die Stadt zusammenfiel. Welches Ausmaß diese Verschiebung in den vergangenen hundert Jahren erreichte, soll zum Abschluß der Bevölkerungsdokumentation Tabelle 6 zeigen.

Tabelle 6: Die Bevölkerung nach Gemeindegrößenklassen im Reich<sup>a)</sup> und in der BRD<sup>b)</sup> (%)

Größenklassen	1871	1890	1910	1925	1939	1950 <sup>c)</sup>	1958	1967
–2000	63,9	55,0	40,0	55,4	50,1	27,6	25,2	20,7
2000–5000	12,4	12,0	11,2	11,0	10,8	13,0	12,0	12,2
5000–20000	11,2	13,1	14,1	13,3	13,8	15,5	15,7	18,3
20000–100000	7,7	9,8	15,4	13,7	13,7	13,8	15,7	16,5
über 100000	4,8	12,1	21,3	26,6	31,6	30,1	33,4	32,5

a) Jeweiliger Gebietsstand. b) einschl. West-Berlin. c) Saarland 1951.

Quelle: Statistische Jahrbücher für das Deutsche Reich bzw. für die BRD 1954, 1941/42, 1954, 1959, 1968.

Wenn um 1871 weniger als ein Viertel der Bevölkerung in städtischer Umgebung (Gemeinden über 5000 Einwohner) lebte, so sind es heute zwei Drittel, davon die Hälfte in Großstädten. Die stärkste Verschiebung fand vor dem Ersten Weltkrieg statt; seitdem hat sich der Prozeß der Verstädterung merklich verlangsamt, im Falle der Großstädte ist er bereits zum Stillstand gekommen, so daß in den vergangenen 30–40 Jahren im wesentlichen nur noch die Klein- und Mittelstädte (in jüngster Zeit auch noch die Regionen in der Nähe von „Kernstädten“) von der Landflucht profitierten. Die Abwanderung vom Land, die ursprünglich dem industriellen Entwicklungstempo folgte, hat sich inzwischen nicht zuletzt deswegen verzögert, weil Dorf und Landstadt nunmehr selbst verstädtern.

### III. Entwicklung der Erwerbsstruktur

Die Erwerbsstruktur, das heißt die Aufteilung der arbeitenden Bevölkerung nach Wirtschaftsbereichen und sozialer Stellung im Beruf, liefert unmittelbare Hinweise zum gesamtgesellschaftlichen Gefüge. Demgemäß dokumentieren die nachfolgenden Tabellen (7–11) wichtige Aspekte der Wirtschaftsstruktur wie der gesellschaftlichen Klassen, stellt doch die Position im Erwerbsprozeß das wichtigste Kriterium sozialer Schichtung dar. Daneben erfolgt auch hier wiederum eine regionale Differenzierung, die im Verein mit den Bevölkerungs- und Einkommensdaten das Bild regionalen Wandels in Deutschland abrunden soll. Zu diesem Zweck unterteilen wir die Wirtschaft sehr grob in die drei Bereiche Land- und Forstwirtschaft, Produzierendes Gewerbe (Bergbau, Industrie und Handwerk) und den Tertiären Sektor, der alle sonstigen Bereiche wie Handel, Verkehr, Banken und Versicherungen, Verwaltung, öffentliche und private Dienste umfaßt. Für eine genauere Analyse wirtschaftlichen und sozialen Wandels wäre diese Dreiteilung unzureichend; sie genügt jedoch, um die Konturen der Veränderung sichtbar zu machen.

Tabelle 7: Erwerbspersonen insgesamt und nach Wirtschaftsbereichen in v. H. im Reich<sup>a)</sup> 1882–1939 und in der BRD 1950–1967

Jahr	Erwerbspersonen		Land- u. Forstwirtschaft %	Produzierendes Gewerbe %	Tertiärer Sektor <sup>b)</sup>			
	inges. (Mill.)	% der Bevölkerung			inges. %	Handel und Verkehr %	öffentl. u. priv. Dienste %	häusl. Dienste %
1882	17,01	42,3	42,2	35,6	22,2	8,4	5,8	8,0
1895	19,91	42,9	36,5	38,9	24,8	10,7	7,0	7,2
1907	25,38	45,6	34,0	40,0	26,0	13,6	6,8	5,7
1925	52,55	51,2	30,4	42,2	27,4	16,2	6,8	4,4
1933	52,62	49,4	28,8	40,6	30,6	18,4	8,4	3,9
1939	54,55	50,8	25,9	42,3	31,8	17,5	10,4	3,9
1950	23,49	47,0	22,1	44,7	33,2	14,5		18,9
1957	25,95	48,0	15,8	47,8	36,4	16,4		20,0
1961	26,53	46,1	13,5	48,7	37,8	17,4		20,4
1967	26,69	44,5	10,0	47,5	42,5	17,7		24,8

a) Gebietsstand 1937. b) Ab 1950 neue Systematik: Banken und Versicherungen zu Dienstleistungen.

Quelle: Statistische Jahrbücher für das Deutsche Reich 1939/40; 1941/42. Statistische Jahrbücher für die BRD 1954, 1965, 1968.

Die Zahl der Erwerbspersonen insgesamt stieg als Folge der überproportional wachsenden Frauenbeschäftigung bis 1925 schneller als die Gesamtbevölkerung an. Die weibliche Erwerbsquote betrug bis zur Jahrhundertwende etwa 25%, erreichte 1925 mit 35% ihren Höhepunkt und sank dann bis 1939 wieder leicht ab. Nach 1950 lag sie ebenso wie die in der Tabelle 7 ausgewiesene Gesamterwerbsquote regelmäßig unter den Größenordnungen der Zwischenkriegszeit und in den letzten Jahren hat sie sich – teils als Ergebnis der Änderung der Altersstruktur, teils als Folge wachsenden Wohlstandes – sogar deutlich verringert, so daß sie 1967 unter den Stand von 1907 fiel. Über einen Zeitraum von 60 Jahren hinweg hat sich der Anteil der Erwerbstätigen also nur geringfügig verändert. Die relative Konstanz im ganzen kontrastierte jedoch mit um so größeren Umschichtungen zwischen den einzelnen Bereichen und sozialen Gruppen. Der Anteil der in der Landwirtschaft Beschäftigten verringerte sich seit dem Ende des 19. Jahrhunderts laufend, wenn auch nicht stetig, sondern in Sprüngen (vor allem nach 1950), so daß er in der Gegenwart mit 10% nur noch einem Viertel des Standes von 1882 entspricht.

Trotz aller Subventionen erfuhr der Agrarsektor nach dem Zweiten Weltkrieg die tiefgreifendste Umstrukturierung aller Wirtschaftsbereiche, im Gegensatz zur Zwischenkriegszeit oder dem Zeitraum 1895/1907, in denen die Landwirtschaft die geringsten Veränderungsraten aufwies.

Dem Niedergang der Landwirtschaft entsprach der Zuwachs im gewerblichen und tertiären Bereich. Spitzenreiter war zunächst (bis zum Ersten Weltkrieg) das produzierende Gewerbe, nach 1920 dann der tertiäre Sektor, der seit 1880 seinen Anteil verdoppeln konnte und damit im 20. Jahrhundert der expansivste aller Wirtschaftsbereiche war. Dieser Trend zeigt sich besonders deutlich seit dem Ende der fünfziger Jahre, als die industrielle Automation den Beschäftigtenzuwachs im

produzierenden Sektor verlangsamte und die Umschichtung der Erwerbstätigen in die (bislang kaum zu automatisierenden) Dienstleistungsbereiche förderte.

Der Tertiäre Sektor zeigt wiederum stark abweichende Trends: Vor 1913 waren Handel und Verkehr als die Komplementärbereiche zur schnell expandierenden Industrie die eigentlichen Wachstumsbranchen, während Verwaltung und Dienste nahezu unverändert blieben, die häuslichen Dienste sogar deutlich schrumpften. Während der nationalsozialistischen Zeit wurde die öffentliche Verwaltung (Ausbau der Staats- und Parteibürokratie) zum ersten „Wachstumsbereich“ des Tertiären Sektors, zwischen 1950 und 1960 wiederum Handel und Verkehr<sup>6</sup>, um ähnlich wie vor 1913 in dieser Periode der wirtschaftlichen Rekonstruktion dem schnellen Zuwachs im Produktionsbereich gerecht zu werden. Und für die Jahre seit 1961 weist die Statistik dann erneut einen Umschwung auf: Handel und Verkehr begannen nunmehr zu stagnieren, ebenso wie die Beschäftigung in Industrie und Handwerk, während die vom produzierenden Sektor unabhängigen Dienste, deren Umfang allein vom Massenwohlstand abhängt (vom Schönheits- und Hundesalon bis zum Reisebüro), endgültig an die Spitze des Zuwachses traten. Auf sie entfallen heute schon 25% aller Erwerbstätigen (einschließlich öffentliche Dienste) und alle Indizien sprechen dafür, daß sie in der postindustriellen Gesellschaft der nahen Zukunft auch absolut gewichtiger sein werden als heute noch die Industrie.

Die Tabellen 8 und 9 geben einen Überblick über die Anteile der sozialen Schichten an der Zahl der Erwerbspersonen. Die Statistik unterscheidet hier nur zwischen Selbständigen bzw. mithelfenden Familienmitgliedern einerseits und den beiden Kategorien von Abhängigen (Angestellte und Beamte sowie Arbeiter) an-

Tabelle 8: Erwerbspersonen nach ihrer sozialen Stellung im Reich<sup>a)</sup> und in der BRD in v.H. aller Erwerbspersonen

Jahr	1 Selbstän- dige <sup>b)</sup>	2 Mithelfende Familienan- gehörige	3 zusammen 1 und 2	4 Angestellte Beamte	5 Arbeiter	6 Haus- angest.	7 Alle Abhän- gigen 4 bis 6
1895	27,5 (23,4)	9,6 (9,0)	37,1 (32,4)	5,2 (10,7)	50,4 (49,7)	7,3 (7,2)	62,9 (67,6)
1907	22,0 (18,8)	15,6 (15,0)	37,6 (33,8)	7,5 (15,1)	49,2 (47,4)	5,7 (5,7)	62,4 (66,2)
1925	15,7	17,0	32,7	17,3	45,8	4,2	67,3
1933	16,2	16,5	32,7	17,4	46,1	3,8	67,3
1939	14,0	16,4	30,4	19,0	46,7	3,9	69,6
1950	14,6	13,8	28,4	21,1		50,5	71,6
1961	12,2	10,0	22,4	29,0		48,5	77,5
1967	11,1	7,7	18,8	33,0		48,2	81,2

a) Jeweiliger Gebietsstand; in Klammern für 1895 und 1907 auch die Angaben für Gebietsstand 1937. b) Einschl. leitende Angestellte.

Quelle: Bevölkerung und Wirtschaft, Langfristige Reihen 1871 bis 1957 für das Deutsche Reich und die Bundesrepublik Deutschland (Hg. Statistisches Bundesamt).  
Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1921/22.  
Statistische Jahrbücher für die BRD 1954, 1965, 1968.

<sup>6</sup> Vermindert um Banken und Versicherungen, die seit 1950 bei den Diensten erfaßt werden.

Tabelle 9: Erwerbspersonen nach Wirtschaftsabteilungen und Stellung im Beruf im Reich<sup>a)</sup> und der BRD

Wirtschaftsbereich	Reich						BRD			
	1895	1907	1895/ 1907 %	1925	1939	1925/ 1939 %	1950	1961	1967	1950/ 1967 %
Landwirtschaft abs. (Mill.)	8,29	9,88	+19	9,76	8,94	-8	5,19	3,60	2,67	-49
davon (Mill.)										
Selbständige	2,57	2,50	-3	2,19	1,96	-11	1,27	1,14	0,88	-31
Mithelf. Familienang.	1,90	3,89	+105	4,79	4,77	0	2,77	1,99	1,45	-48
Angest. u. Beamte	0,1	0,1	0	0,17	0,10	-47	0,04	0,05	0,05	-25
Arbeiter	3,72	3,39	-9	2,61	2,11	-19	1,11	0,45	0,54	-67
Produzierendes Gewerbe abs. (Mill.)	8,28	11,26	+36	13,48	14,42	+7	10,51	12,80	12,65	+20
davon (Mill.)										
Selbständige <sup>b)</sup>	2,06	1,98	-4	1,45	1,37	-5	0,99	0,72	0,72	-23
Mithelf. Familienang.	0,06	0,13	+116	0,22	0,29	+33	0,17	0,20	0,18	+6
Angest. u. Beamte	0,26	0,69	+165	1,54	1,68	+9	1,40	2,40	2,70	+93
Arbeiter	5,90	8,46	+43	10,27	11,08	+8	7,95	9,50	9,05	+14
Tertiärer Sektor abs. (Mill.)	4,91	6,50	+26	8,78	10,91	+29	7,79	10,00	11,36	+45
davon (Mill.)										
Selbständige <sup>c)</sup>	1,28	1,57	+22	1,38	1,46	+6	1,16	1,37	1,35	+16
Mithelf. Familienang.	0,11	0,26	+136	0,43	0,56	+116	0,51	0,46	0,43	+38
Angest. u. Beamte <sup>d)</sup>	0,76	1,28	+68	5,82	4,71	+23	3,51	5,30	6,10	+74
Arbeiter	2,76	3,19	+16	3,15	4,18	+33	2,81	2,90	3,40	+21
Alle Wirtschaftsbereiche	21,48	27,44	+28	32,02	34,27	+7	23,49	26,60	26,60	+13
davon (Mill.)										
Selbständige	5,91	6,05	+2	5,02	4,79	-5	3,42	3,23	2,95	-14
Mithelf. Familienang.	2,07	4,28	+107	5,44	5,63	+4	3,25	2,65	2,06	-57
Angest. u. Beamte	1,12	2,07	+85	5,53	6,49	+17	4,95	7,70	8,80	+78
Arbeiter	12,38	15,04	+22	16,03	17,37	+8	11,87	12,85	12,80	+18

<sup>a)</sup> Jeweiliger Gebietsstand, 1939 ohne Saarland. <sup>b)</sup> Einschl. Hausgewerbetreibende. <sup>c)</sup> Einschl. höhere Beamte. <sup>d)</sup> Einschl. Verkäufer.

Quelle: Statistische Jahrbücher für das Deutsche Reich 1919, 1927, 1941/42; für die BRD 1955, 1965, 1968.

dererseits. Die Gruppe der Selbständigen umfaßt somit den Kleinhandwerker ebenso wie den Großunternehmer, andererseits sind bei den Angestellten die Masse der Verkäuferinnen mit den höheren Angestellten vereinigt. Hier wäre eine statistische Differenzierung vonnöten<sup>7</sup>, die aber vom Material her nur schwer möglich ist. Immerhin erlauben aber auch die aufgeführten Daten Rückschlüsse auf Änderungen der Sozialstruktur, zumal der Überblick in Tabelle 8 durch Tabelle 9 ergänzt wird, in der die berufliche Umschichtung nach Wirtschaftsbereichen und zeitlicher Abfolge spezifiziert wird.

Die wichtigsten Trends der vergangenen 70 Jahre waren der Rückgang der Selbständigen und mithelfenden Familienangehörigen einerseits und der Anstieg der Zahl der Abhängigen andererseits. Zum alten Mittelstand der Bauern, Handwerker, Kaufleute und mittleren Gewerbetreibenden – einst neben dem Beamtentum die ihrem Selbstverständnis nach klassische „staatstragende“ Schicht – zählte vor dem Ersten Weltkrieg immerhin ein Viertel aller Beschäftigten. Heute ist er – mit etwa 10% – nicht nur der Zahl nach, sondern auch gemessen an seiner wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Rolle relativ unbedeutend geworden, wofür nicht zuletzt die Ideologisierung des Mittelstandsbegriffs – Ideologisierung als Defensivreaktion – spricht. Der absolute Rückgang begann in den dreißiger Jahren, zu jenem Zeitpunkt, als das nationalsozialistische Regime mit beträchtlichem Propagandaaufwand die Rettung des Mittelstandes verkündete. In der Bundesrepublik beschleunigte sich das Tempo des zahlenmäßigen Niedergangs weiter, wovon vor allem die Landwirtschaft betroffen war. Allein der Dienstleistungsbereich wies bis 1960 eine andere Richtung auf, doch auch hier setzte sich danach der negative Gesamttrend durch, allen konservierenden wirtschaftspolitischen Maßnahmen zum Trotz. Die Verringerung des alten Mittelstandes, Ergebnis des beschleunigten wirtschaftlichen Konzentrationsprozesses, dürfte langfristig auch das heute gültige politische-gesellschaftliche Wertesystem, das in hervorragendem Maße von dieser Schicht geprägt wurde, modifizieren.

Mit den Selbständigen eng verbunden sind die (häufig unbezahlten) Mitarbeiter im Betrieb eines Familienangehörigen, statistisch als mithelfende Familienangehörige ausgewiesen. Die Statistik registriert bis in die Zeit der Weimarer Republik hinein einen schnellen Zuwachs<sup>8</sup>, zwischen den Kriegen blieb ihr Anteil unverändert, um sich dann nach 1950 zu halbieren. Der schnelle Rückgang erfolgte vor allem zu Lasten der Landwirtschaft, dem einzigen Bereich, in dem diese Gruppe seit eh und je wirkliches Gewicht besessen hatte. Er war – ebenso wie die Verringerung der landwirtschaftlich Beschäftigten insgesamt – das Ergebnis der hier nach dem Zweiten Weltkrieg nachgeholt Mechanisierung des Produktionsprozesses, die es ermöglichte, mit immer weniger Erwerbstätigen steigende Erträge zu erwirtschaften. Die ausscheidenden Familienangehörigen gingen der Gesamtwirtschaft zu-

<sup>7</sup> Für die Zeit der Weimarer Republik liegt die Untersuchung von Theodor Geiger, *Die soziale Schichtung des deutschen Volkes*, Stuttgart 1932 (Neudruck 1967), vor.

<sup>8</sup> Teilweise handelte es sich hier um keinen echten Zuwachs, sondern um die erstmalige statistische Erfassung der auch früher tätigen Familienangehörigen.

meist nicht verloren, sondern stellten in den vergangenen Jahren eine bedeutende Arbeitskräftereserve für andere Wirtschaftszweige dar.

Der Anteil der Abhängigen, zu denen in der Gegenwart über 80% aller Beschäftigten zählen, änderte sich zwischen der Jahrhundertwende und dem Ausbruch des Zweiten Weltkrieges nur wenig<sup>9</sup>. Dies erklärt sich einmal aus der Umschichtung innerhalb der Abhängigen – Rückgang der Hausangestellten und Anwachsen der Angestellten und Beamten –, zum anderen aus der Stagnation der Arbeiterzahl. Erst nach 1950 ergab sich dann wiederum ein starker, relativer wie absoluter Zuwachs bei den Unselbständigen, der jedoch allein – wie auch in den vorausgegangenen Jahrzehnten – dem explosionsartigen Wachstum der Angestellten zuzuschreiben war. Entgegen einer weitverbreiteten Vorstellung war die Arbeiterschaft im 20. Jahrhundert eine stagnierende Klasse; seit einigen Jahren ist neben dem relativen sogar ein absoluter Rückgang feststellbar. Diese verhältnismäßige Konstanz besagt, daß bereits um 1900 der Übergang zur Industriegesellschaft vollzogen war und späterhin zwar vielfältige Änderungen eintraten, die jedoch im vorgegebenen Rahmen abliefen.

Wenn die Arbeiterklasse im Industrialisierungsprozeß des 19. Jahrhunderts entstand, so gehören die Angestellten ganz und gar zum 20. Jahrhundert – Ergebnis sowohl der Bürokratisierung der Produktion als auch der wachsenden Bedeutung der Distribution (Handel, Verkehr usw.). Die Zuwachsraten des „neuen Mittelstandes“ waren besonders eindrucksvoll kurz vor dem Ersten Weltkrieg und in der Weimarer Republik, dann wieder nach 1950. Sein Anstieg in den zwanziger Jahren wurde auch politisch höchst bedeutsam. Die Angestelltenschaft, ökonomisch von den Arbeitern nur wenig unterschieden, jedoch mit einem bewußt antiproletarischen Selbstverständnis ausgestattet, erwies sich während der Weltwirtschaftskrise als besonders anfällig für die Parolen Hitlers und bildete zusammen mit Teilen des alten Mittelstandes die Massenbasis des neuen Regimes.

Welcher Zusammenhang bestand nun zwischen den sozialen Gruppen und den verschiedenen Wirtschaftsbereichen? Etwas vereinfacht läßt sich nach dem bisher Gesagten die Landwirtschaft als der Sektor der Selbständigen und ihrer Angehörigen bezeichnen – Ausdruck dessen, daß nach dem Zweiten Weltkrieg der Durchbruch zum Familienbetrieb (der im Westen Deutschlands immer schon stärker verbreitet war als östlich der Elbe) endgültig erfolgte. Am Rande sei erwähnt, daß damit eine noch in der Weimarer Zeit wichtige Sozialfigur, der Landarbeiter – Ziel vielfältiger politischer Propaganda der äußersten Rechten – endgültig verschwunden ist. Das produzierende Gewerbe wird auch in der Gegenwart noch vom Arbeiter geprägt, doch sind gerade hier schnelle Änderungen im Gange. 1895 kamen zwanzig Arbeiter auf einen Angestellten, 1925 belief sich die Relation auf 6 : 1, und in der Gegenwart hat sie sich auf etwa 3 : 1 verkürzt. Der tertiäre Bereich schließlich ist heute der klassische Bereich der Angestellten. Auf sie entfallen über 50% aller

<sup>9</sup> Das gilt vor allem dann, wenn man die Rückrechnungen des Statistischen Reichsamtes für den Gebietsstand 1937 (Zahlen in Klammern) zugrunde legt.

Beschäftigten, die Arbeiter erreichen gerade die Hälfte davon – vor 60 Jahren war das Verhältnis noch umgekehrt. Bedenkt man die besondere Dynamik dieses Wirtschaftssektors, so wird die Entwicklung zur Angestellten-Gesellschaft verständlich.

Die Tabellen 10 und 11 ergänzen die Aussagen zur Erwerbsstruktur unter dem Aspekt regionaler Differenzierung, jedoch nur, insoweit sie die Aufteilung nach Wirtschaftsbereichen, nicht jene nach den sozialen Gruppen betreffen.

Tabelle 10: Die Verteilung der Erwerbstätigen in den Regionen des Reiches<sup>a)</sup> in v.H.

Wirtschaftsbereich	Jahr	Osten	Nord-west	Mitte	West	Süd-west	Südost	Reich
Landwirtschaft	1907	39,2	35,0	24,9	27,2	44,0	52,0	35,5
	1925	33,4	50,9	21,9	22,8	39,2	45,0	30,5
	1939	28,5	26,5	18,5	20,2	31,4	38,4	26,0
Produzierendes Gewerbe	1907	56,8	37,6	54,5	52,3	59,0	30,0	45,0
	1925	55,5	34,3	52,6	48,7	59,4	32,3	41,5
	1939	36,2	35,6	52,1	48,5	42,9	34,0	42,2
Tertiärer Sektor	1907	24,0	27,4	20,6	20,5	17,0	18,0	21,5
	1925	31,1	34,8	25,5	28,5	21,4	22,7	28,0
	1939	55,4	38,1	29,4	31,3	25,7	27,6	31,8

a) Gebietsstand 1937 (1925 ohne Saarland).

Quelle: Statistische Jahrbücher für das Deutsche Reich 1919, 1934, 1941/42.

Tabelle 11: Die Verteilung der Erwerbstätigen<sup>a)</sup> in den Regionen der BRD<sup>b)</sup> in v.H.

Wirtschaftsbereich	Jahr	Nord	West	Mitte	Südwest	Südost	Bundesgebiet
Landwirtschaft	1950	24,0	11,8	29,4	26,4	32,0	23,7
	1961	14,7	6,4	16,1	15,9	21,3	14,0
	1967	11,4	5,2	11,3	11,5	16,8	10,6
Produzierendes Gewerbe	1950	36,6	54,8	38,6	45,0	38,2	45,1
	1961	41,1	55,9	45,5	52,0	44,4	48,3
	1967	39,4	53,7	47,9	53,5	44,3	48,0
Tertiärer Sektor	1950	39,4	33,4	32,0	28,5	29,8	33,2
	1961	44,2	37,7	38,4	32,1	34,2	37,7
	1967	49,2	41,1	40,8	35,0	38,9	41,4

a) 1950: Erwerbspersonen. b) 1950 ohne Saarland und Berlin, 1961 und 1967 ohne Berlin.

Quelle: Statistische Jahrbücher für die BRD 1965, 1968.

Statistik der Bundesrepublik Deutschland, Bd. 37 (1953).

Tabelle 10 korrigiert zunächst eine weitverbreitete Vorstellung: daß der Osten des Reiches vor 1939 sehr viel stärker als andere Regionen von der Landwirtschaft geprägt worden sei. Nur im Vergleich zu den hochindustrialisierten Regionen des Westens und der Mitte gilt diese Vermutung; schon der Nordwesten unterscheidet sich darin nur wenig, und der Südwesten sowie das rechtsrheinische Bayern zeigen sogar eine sehr viel höhere Quote agrarischer Bevölkerung. Erst bei der Unterteilung des Ostens verschiebt sich dieses Bild entscheidend: Pommern, Posen, Ostpreußen oder Mecklenburg weisen jeweils für sich genommen einen höheren Anteil agrarisch

Erwerbstätiger aus als Bayern oder der Südwesten. Das Ergebnis des Ostens wird also relativ stark durch den Berliner Raum und Schlesien bestimmt.

Die größte Verdichtung gewerblicher Arbeitskräfte findet sich bis 1939 im Westen und in der Mitte des Reiches. Der Südwesten gewinnt in der Weimarer Republik Anschluß an den Reichsdurchschnitt, um ihn dann bereits 1930 zu übertreffen – Ausdruck der dann besonders großen industriell-gewerblichen Dynamik dieses Gebiets. Der Osten und der Nordwesten liegen weit darunter und anders als Württemberg oder Baden gelingt es ihnen nicht, überdurchschnittliche industrielle Wachstumsimpulse zu entwickeln. Bayern nimmt zu jedem Stichjahr die letzte Position ein, doch kann es schon in der Zwischenkriegszeit dank besonders großer Zuwachsraten den Abstand zum übrigen Reichsgebiet nachhaltig verringern.

Der Tertiäre Sektor entwickelt sich sehr viel anders als der gewerbliche Bereich. Nicht jene Regionen mit der höchstentwickelten Gewerbestruktur (Sachsen, Rheinland, Westfalen) haben den größten Tertiärbereich, sondern zu jedem Zeitpunkt die industriell relativ schwach entwickelten Gebiete des Nordwestens und des Ostens. Im Falle des Nordwestens hat sich dieser Trend nach 1945 (Tabelle 11) fortgesetzt; die Beschäftigtenzahl des Tertiären Sektors übertrifft hier seit 1925 regelmäßig jene des produzierenden Gewerbes – desgleichen findet sich bis zur Gegenwart in keiner anderen Region. Zu erklären ist diese Sonderentwicklung aus der traditionellen Konzentration des Handels in den Hansestädten, dessen Umfang vor 1939 (Beschäftigte im Bereich Handel und Verkehr in Hamburg, Bremen und Lübeck) absolut jenen Südwestdeutschlands erreichte, obwohl die Bevölkerungszahl nur ein Drittel betrug. Wie die Hansestädte den hohen Anteil des Tertiärsektors in der Nordwestregion bestimmten, so Berlin jenen des Ostens, da die Reichshauptstadt nicht nur das überragende Handelszentrum östlich der Elbe war, sondern auch die größte Zusammenballung des öffentlichen Dienstes und sonstiger Dienstleistungen in Deutschland. Der Süden Deutschlands lag in der Entwicklung des Tertiärbereichs seit der Jahrhundertwende weit unter dem Niveau der anderen Regionen und selbst 1967 hatte sich daran nur wenig geändert, obwohl der Südwesten inzwischen eines der größten Industriegebiete geworden ist und Bayern sich anschickt, den Bundesdurchschnitt zu erreichen. Das Beispiel des Südwestens verdeutlicht, daß Handels- und Verkehrszentren zumeist traditionellen Standortmustern (Verkehrsgunst) folgen und in jüngster Zeit nur selten aus neu entstandenen Industriezonen herausgewachsen sind.

Tabelle 11 zeigt aber auch, daß sich im tertiären wie auch in den anderen Bereichen eine interregionale Annäherung vollzogen hat. Zwar hat Bayern nach wie vor den höchsten Prozentsatz an landwirtschaftlich Beschäftigten, führt der Westen mit dem Südwesten im Anteil der Erwerbspersonen in Industrie und Handwerk, und nimmt der Nordwesten auch in der Gegenwart die Spitzenposition im tertiären Bereich ein. Ungeachtet dieser erstaunlichen Konstanz in der Reihenfolge der Regionen über Jahrzehnte hinweg hat sich der Abstand zwischen den Gebieten verringert, so daß heute nicht mehr ein industriell hochentwickelter Westen dem Südosten gegenübergestellt werden kann. Dieser tendenzielle Ausgleich der Er-

werbsstrukturen bildet letztlich die Voraussetzung für eine Einebnung des im 19. Jahrhundert entstandenen Wohlstandsgefälles. Inwieweit das bereits eingetreten ist, wird eine der wichtigen Fragen bei der Dokumentation der Entwicklung des Sozialprodukts sein.

#### IV. Entwicklung des Sozialprodukts

Das Sozialprodukt als die Zusammenfassung aller in einer bestimmten Zeiteinheit (Jahr) produzierten Güter und Dienste ist der umfassendste Ausdruck für die Wirtschaftskraft eines Landes oder einer Region und damit Gradmesser für den Wohlstand der Bevölkerung<sup>10</sup>. Die Quellen sind für diesen Bereich bis zum Zweiten Weltkrieg sehr viel dürftiger als im Falle der Bevölkerung oder der Erwerbsstruktur. Erst in den zwanziger Jahren führte das statistische Reichsamt die ersten (recht problematischen) Volkseinkommensberechnungen durch und erst nach dem Zweiten Weltkrieg erfolgte eine internationale Vereinheitlichung der Berechnungsmethoden und Begriffe. Angesichts dieser Situation ist es unvermeidlich, auf Schätzungen zurückzugreifen, die immer nur Annäherungswerte darstellen können.

Vergleichen wir zunächst das durchschnittliche jährliche Wachstum des realen Volkseinkommens bzw. (ab 1950) des realen Brutto sozialprodukts<sup>11</sup>.

Tabelle 12: Wachstum des realen Sozialprodukts  
pro Jahr in %

Zeitraum	insg. in %	je Einw. in %
1871/1890	2,5	1,5
1891/1913	3,3	2,0
1925/1938	3,1	2,4
1913/1938	1,5	0,9
1950/1968	6,2	5,2
1938/1968	3,5	2,5

Betrachtet man die Jahre 1913–1938 als zeitliche Einheit, so war es die Periode des niedrigsten Wachstums des Sozialprodukts im Zeitraum 1871–1968. Das Sozialprodukt lag 1938 nur um 40% über dem Stand des Jahres 1913; im Vergleich dazu hatte es sich in den zwei Jahrzehnten vor dem Weltkrieg verdoppelt. Dieses niedrige Gesamtwachstum verursachte der Erste Weltkrieg, dem es zuzuschreiben war, daß (auf gleichen Gebietsstand umgerechnet) erst 1926/27 der Stand von 1913 wieder erreicht wurde. Erst zwischen 1925 und 1938 beschleunigte sich erneut das Wachstum und ungeachtet des schweren Einbruchs der Weltwirtschaftskrise er-

<sup>10</sup> Diese Aussage gilt nur mit Einschränkung, da neben der absoluten Höhe des Sozialprodukts dafür die Art der Verteilung und die Verwendung ausschlaggebend sind.

<sup>11</sup> Angaben 1871–1913 nach Walther G. Hoffmann, a. a. O., S. 453 ff. (Gebietsstand 1913); Angaben 1913–1938 berechnet nach Statistisches Jahrbuch 1941/42 (Gebietsstand 1937); Angaben 1938–1968 berechnet nach Statistische Jahrbücher für die BRD, Jg. 1954, 1968 und Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 1969/2.

zielte es in diesen 13 Jahren eine Durchschnittsquote von 3,1%, das entsprach annähernd den Zuwachsraten der Vorkriegszeit. Nach dem Zweiten Weltkrieg stieg dann das Sozialprodukt wie nie zuvor in der deutschen Wirtschaftsgeschichte. Bei einem durchschnittlichen jährlichen Zuwachs von real 6,2% (je Einwohner 5,2%) hat sich in den letzten achtzehn Jahren das Volumen des Sozialprodukts verdreifacht und je Einwohner mehr als verdoppelt (Anstieg auf das 2,4fache). Dieses wirtschaftliche Wachstum – ausgelöst durch den Wiederaufbau, das reichliche Angebot qualifizierter Arbeitskräfte und eine nach oben gerichtete internationale Konjunktur – erreichte seinen Höhepunkt im Jahrzehnt wirtschaftlicher Rekonstruktion (1951/60 im Jahresdurchschnitt 7,8%) und hat sich in den sechziger Jahren merklich verlangsamt (1961/68 4,3%).

Nach diesen Hinweisen zum Gesamttrend des Sozialprodukts sollen die Änderungen zwischen den Regionen und Wirtschaftszweigen dokumentiert werden.

Tabelle 13 deutet darauf hin, daß sich zwischen 1913 und 1936 das regionale Wohlstandgefälle etwas verringert hat, da die ärmeren Gebiete (preußische Ostprovinzen mit Ausnahme von Berlin-Brandenburg, Hannover, Süddeutschland) in aller Regel schneller wuchsen als die höher entwickelten. Doch angesichts des vor 1913 entstandenen Gefälles bestanden auch noch 1936 große Unterschiede; so etwa, wenn das Pro-Kopf-Einkommen Posen-Westpreußens gerade die Hälfte des Berliner Einkommens erreichte. Süddeutschland machte den größten Sprung und erzielte 1936 das Durchschnittseinkommen des Westens, der seinerseits kontinuierlich zurückfiel, und bereits 1928 unter dem Reichsdurchschnitt lag. Die stürmische Entwicklung des Südens war vor allem Württemberg – dem expansivsten Gebiet des ganzen Reiches – dann aber auch Bayern zuzuschreiben. Württemberg, 1913 noch weit unter den damals entwickelteren Regionen, war 1936 zum Flächenstaat mit dem höchsten Pro-Kopf-Einkommen geworden. Die 1913 herausragenden Gebiete Sachsen, Hessen, Rheinprovinz, Berlin und Hamburg gehörten 1936 immer noch zur Spitzengruppe, hatten aber relativ verloren.

Insgesamt bietet sich also das Bild eines schnell wachsenden Südens, eines bescheiden zunehmenden Ostens, einer stagnierenden Mitte, eines leicht rückläufigen Nordwestens und eines starken Rückfalls des wichtigsten deutschen Industriegebietes, des Westens. Neben konjunkturellen Ursachen – die Industriegebiete der Mitte und des Westens litten noch 1936 unter den Nachwirkungen der Weltwirtschaftskrise – waren dafür strukturelle Umschichtungen verantwortlich, die den Südwesten zu einer bevorzugten Wachstumszone werden ließen und das Gewicht der Gebiete mit sehr einseitiger Industriestruktur (Ruhrgebiet) oder mit wenig expansiver Verarbeitungsindustrie (Sachsen) verringerte. Ein spezielles Ergebnis bestätigt diese Trendänderung: Westfalen zählte mit seiner schwerindustriellen Monostruktur bereits vor der Weltwirtschaftskrise zu den ärmeren Regionen und lag 1936 sogar hinter Bayern. Dessenungeachtet galt aber auch 1936, daß in der Regel die Industriegebiete ein höheres Einkommen aufwiesen als die Agrarzonen. Davon wich 1913 wie 1936 nur Schleswig-Holstein ab, das dank einer ungewöhnlich günstigen Agrarstruktur zu den wohlhabenden Gebieten gehörte.

Tabelle 13: Das Volkseinkommen je Einwohner in den Regionen des Reiches<sup>a)</sup>, absolut (Preise von 1928) und in % des Reichsdurchschnitts.

Region	1913		1928		1936		1913/1936 in %
	abs.	Reichs-Ø %	abs.	Reichs-Ø %	abs.	Reichs-Ø %	
Ost	1170	101	1210	102	1200	102	+ 3 %
davon							
Berlin-Brandenburg	1605	138	1566	132	1600	136	0 %
Pommern	874	75	921	78	976	82	+11 %
Ostprenßen	737	64	814	69	860	73	+16 %
Posen/Westprenßen	716	62	837	71	781	66	+9 %
Schlesien	915	79	993	84	891	76	-3 %
Mitte <sup>b)</sup>	1210	104	1280	108	1210	103	0 %
davon							
Königreich Sachsen	1361	117	1423	120	1270	108	-7 %
Provinz Sachsen	1062	91	1155	98	1161	99	+9 %
Thüringen	1070	92	1095	92	1087	93	+2 %
West <sup>c)</sup>	1210	104	1170	99	1120	96	-7 %
davon							
Westfalen	1115	96	1080	91	1045	89	-6 %
Rheinprovinz	1263	109	1218	103	1171	100	-7 %
Hessen	1220	105	1210	102	1150	98	-6 %
Nordwest <sup>d)</sup>	1280	110	1230	104	1260	107	-3 %
davon							
Hannover	1058	91	1069	90	1156	98	+9 %
Schleswig-Holstein	1158	100	1164	98	1192	101	+3 %
Hamburg	1995	172	1754	148	1746	148	-12 %
Sonstige	1150	99	1155	98	1155	98	0 %
Süd	1000	86	1090	92	1130	96	+15 %
davon							
Bayern	950	82	1041	88	1049	90	+11 %
Baden	1070	92	1135	96	1117	95	+ 4 %
Württemberg	1020	88	1183	100	1348	115	+32 %
Reich insgesamt	1160	100	1185	100	1173	100	+1 %

a) Grenzen 1934. b) Ohne Anhalt. Werte für Thüringen 1913 geschätzt. c) Ab 1928 einschl. Waldeck u. Hoheuzollern. d) Einschl. Mecklenburg; 1913 einschl. Waldeck und Anhalt. Zahlen für 1936 mit früheren Zahlen nicht voll vergleichbar wegen der Gebietsänderungen des Groß-Hamburg-Gesetzes.

Quelle: Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1939/40.

Das deutsche Volkseinkommen vor und nach dem Kriege. Einzelschriften zur Statistik des Deutschen Reiches Nr. 24, Berlin 1932.

Die Tabellen 14 und 15 dokumentieren die Entwicklung des Sozialprodukts nach dem Zweiten Weltkrieg. Mit einem Gesamtzuwachs von 162% lag die Nordregion an letzter Stelle, dicht gefolgt von Nordrhein-Westfalen, das ebenfalls in den vergangenen sechzehn Jahren (1950/1966) nur unterdurchschnittlich gewachsen ist. Der Rückfall des Nordens, vor allem die Verarmung Schleswig-Holsteins im Vergleich zu den anderen Ländern, bedarf der Erklärung: Kein anderes Gebiet der Bundesrepublik wurde von der Teilung Deutschlands ähnlich getroffen wie der Norden, dessen Wirtschaftskraft (Handel und Verkehr der Hansestädte) zum großen Teil von der mitteldeutschen Industrie abhing. Der Rückfall Schleswig-Holsteins erklärt sich darüber hinaus aus der gegenüber der Vorkriegszeit geringeren Bedeutung des Agrarsektors für die Höhe des Wohlstands-Niveaus und dem besonders hohen Anteil an Flüchtlingen, für die zu wenig Arbeitsplätze vorhanden waren.

Der Westen erfreute sich bis 1955, in der Zeit des Wiederaufbaus, wegen seines schwerindustriellen Monopols des schnellsten Wirtschaftswachstums in der Bundesrepublik. Als dann aber der Energiemangel von Energieüberschuß abgelöst wurde (Kohlenkrise), fiel der Westen in den späten fünfziger Jahren zurück, so daß über das gesamte erste Jahrzehnt hinweg nicht diese Region, sondern der seit 1955 besonders dynamische Südwesten der Spitzenreiter des wirtschaftlichen Fortschritts war. Dem Westen folgte mit nur geringem Abstand die Mitte, die immer stärker ihre geographisch bedingten Standortvorteile ausnutzen konnte. Bayern überschritt im ersten Jahrzehnt der Bundesrepublik das Wachstum des Nordens nur unbedeutend, so daß sich bis 1960 das historisch bedingte Wohlstandsgefälle gegenüber dem Südosten erneut vertiefte.

Seit dem Ende der fünfziger Jahre haben sich diese Trends grundlegend verschoben. Die erste Wachstumszone (übereinstimmend mit der Wanderungsbewegung von Tabelle 5) wurde Hessen, gefolgt von Bayern, das jetzt durch Ansiedlung neuer Industrien das Einkommensgefälle immer mehr einebnen konnte und innerhalb von 11 Jahren (1955/1966) im Pro-Kopf-Einkommen von 85% auf 92% des Bundesdurchschnitts kletterte. An die letzte Stelle des Wachstums fiel im vergangenen Jahrfünft der Spitzenreiter der unmittelbaren Nachkriegszeit, der Westen; der Norden blieb weiterhin unter dem Bundesdurchschnitt, während der Südwesten auch 1960/1966 zu den schnell wachsenden Gebieten zählte.

Die hier angedeutete Entwicklung hat die Wohlstandsunterschiede (Tabelle 15) im vergangenen Jahrzehnt sehr viel schneller als in der Zwischenkriegszeit verringert. Klammert man den Sonderfall der Stadtstaaten aus, so sind heute Hessen und Baden-Württemberg mit 105 bzw. 104% des Bundesdurchschnitts die wohlhabendsten Länder. Die Differenz zwischen ärmstem und reichstem Flächenstaat (Schleswig-Holstein bzw. Nordrhein-Westfalen) belief sich 1955 auf 68%, 1966 war sie (zwischen Rheinland-Pfalz und Hessen) auf 29% abgesunken. Niemals zuvor war also das Einkommen so relativ gleichmäßig über die Regionen verteilt wie in der Gegenwart. Einer von mehreren Gründen sei hier erwähnt: Bis nach dem Zweiten Weltkrieg hatte sich an der Standortverteilung der deutschen Industrie, wie sie sich im 19. Jahrhundert entwickelt hatte, nur wenig geändert. Erst in den fünfziger Jahren

Tabelle 14: Das Wachstum des Bruttosozialprodukts in den Regionen der Bundesrepublik<sup>a)</sup> (Preise von 1954)

Region	1950		1960		Veränd. 1950/60 in %	1966		Veränd. 1960/66 in %	Veränd. 1950/66 in %
	abs. (Mrd.)	% des Bundes- gebietes	abs. (Mrd.)	% des Bundes- gebietes		abs. (Mrd.)	% des Bundes- gebietes		
Nord	26,5	23,4	53,8	22,4	+104	69,0	21,9	+28	+162
West	36,5	32,6	79,0	32,9	+116	97,6	31,0	+23	+168
Mitte	15,6	13,9	33,4	13,9	+114	46,9	14,9	+40	+200
Südwest	15,2	13,6	36,0	15,0	+137	49,3	15,7	+37	+224
Südost	18,5	16,5	38,0	15,8	+105	52,4	16,6	+38	+184
<b>Bundesgebiet</b>	<b>112,1</b>	<b>100</b>	<b>240</b>	<b>100</b>	<b>+115</b>	<b>315,2</b>	<b>100</b>	<b>+31</b>	<b>+180</b>

a) Ohne Saarland und West-Berlin.

Quelle: Statistische Jahrbücher für die BRD 1954, 1964, 1968.

Tabelle 15: Das Bruttosozialprodukt in den Regionen der BRD<sup>a)</sup> je Einwohner (absolut in DM und in % des Bundesdurchschnitts; laufende Preise)

Region	1950		1955		1960		1966		Veränderung 1950/1966 in %
	abs.	Bundes- % φ	abs.	Bundes- % φ	abs.	Bundes- % φ	abs.	Bundes- % φ	
Nord	2000	96	3560	98	5470	102	8250	102	+512
davon									
Nie.Sachsen	1670	80	3060	84	4650	87	7040	87	+250
Schl.Holstein	1490	72	2740	75	4330	81	6800	84	+355
Hamburg	3760	181	6000	165	9300	174	13930	172	+270
Bremen	3240	156	5120	140	7300	136	10250	127	+215
West	2450	117	4610	126	5850	109	8394	103	+245
Mitte	1900	91	3320	91	4960	93	7700	95	+305
davon									
Rh.Pfalz	1730	83	2970	80	4110	77	5673	81	+280
Hessen	2010	97	3580	98	5350	100	8460	105	+320
Südwest	2100	101	3680	101	5500	103	8424	104	+300
Südost	1760	85	3080	85	4710	88	7450	92	+322
<b>Bundesgebiet</b>	<b>2080</b>	<b>100</b>	<b>3650</b>	<b>100</b>	<b>5350</b>	<b>100</b>	<b>8100</b>	<b>100</b>	<b>+290</b>

a) Ohne Saarland und West-Berlin.

Quelle: Statistische Jahrbücher für die BRD 1954, 1964, 1968.

fand eine breitere industrielle Streuung statt, da nunmehr der Standort der Industrie nicht mehr von Rohstoffvorkommen (Ruhrgebiet), sondern von anderen Gesichtspunkten (Marktnähe, Freizeitwert) bestimmt wurde. Angesichts der vorgegebenen föderalistischen Ordnung der Bundesrepublik hatte die regionale Annäherung zur Folge, daß früher zurückgebliebene Regionen mit steigender Wirtschaftskraft auch ihren politischen Einfluß verstärken konnten. Nicht zuletzt aber bietet sich damit die Chance ausgeglichener Lebensbedingungen innerhalb des Bundestaates, die letztlich von der Wirtschaftskraft der Regionen bestimmt werden.

Nach der Darstellung regionaler Wohlstandsdifferenzen soll ergänzend noch die Aufbringung des Sozialprodukts nach Wirtschaftsbereichen dokumentiert werden (Tabelle 16). Die Perioden schneller Umschichtung zwischen den Wirtschaftsabteilungen fallen mit den Jahrzehnten besonders kräftigen Gesamtwachstums zusammen (1890/1913 und 1950/1968). Zeiten langsameren Wachstums (wie die Zwischenkriegsjahre) sind dagegen auch Perioden geringer Strukturveränderungen. Vor dem Ersten Weltkrieg stieg am schnellsten die Wertschöpfung des produzierenden Gewerbes, dem eigentlichen Träger der industriellen Revolution, ebenso – aber mit sehr viel bescheideneren Zuwachsraten – in der Zeit zwischen den Weltkriegen.

Nach 1950, in den Jahren größten bisherigen Wirtschaftsfortschritts überhaupt, blieb der produzierende Bereich zwar weiterhin an der Spitze des Wachstums, seit 1960 hat sich jedoch das reale Wachstum des Tertiären Sektors jenem der Industrie beinahe angenähert (1960/68: 39% gegenüber 43%), so daß der Anteil der Industrie am volkswirtschaftlichen Gesamtprodukt in der Gegenwart stagniert und seit 1964 sogar leicht rückläufig ist. Legt man die nominalen, d. h. nicht preisbereinigten (in der Tabelle nicht ausgewiesenen) Werte zugrunde, so haben sich die beiden nichtagrarischen Wirtschaftsbereiche in ihrem Gewicht für die volkswirtschaftliche Wertschöpfung einander beinahe angeglichen – ja, es zeichnet sich dann ab, daß die Höhe des Sozialprodukts in der Zukunft stärker von den öffentlichen und privaten Dienstleistungen und der Distribution denn von der industriellen Produktion bestimmt wird<sup>13</sup>. Damit könnte sich einmal mehr bestätigen, was die Entwicklung der Beschäftigung bereits beweist: daß allmählich der Übergang von der Industriegesellschaft zu einer postindustriellen Dienstleistungsgesellschaft stattfindet, dessen Auswirkungen auf die heute dominierenden industriellen Verhaltensweisen noch nicht abzusehen sind.

Der Anteil der Landwirtschaft an der volkswirtschaftlichen Wertschöpfung sank in den letzten hundert Jahren kontinuierlich von 40% auf 5% ab. Bis 1888 war sie der bedeutendste Wirtschaftszweig gewesen und es mutet beinahe wie ein Symbol künftiger wilhelminischer Weltmachtspolitik an, daß gerade im ersten Regierungsjahr Wilhelm II., 1889, die weltweit orientierte Industrie die Landwirtschaft in ihrem ökonomischen Gewicht überflügelte. Die Wertschöpfung je Be-

<sup>13</sup> Das geht z. T. darauf zurück, daß die Produktivitätsfortschritte im tertiären Bereich geringer waren als im sekundären, so daß hier das Preisniveau relativ schneller stieg als in der Industrie und damit auch der rechnerische Anteil am nominalen (nicht preisbereinigten) Sozialprodukt.

Tabelle 16: Beiträge der Wirtschaftsbereiche zur volkswirtschaftlichen Wertschöpfung im Reich<sup>a)</sup> und in der Bundesrepublik<sup>b)</sup> und Wertschöpfung je Beschäftigten

Jahr	Wertschöpfung <sup>c)</sup> insgesamt (Mrd. M)	Landwirtschaft		Produzierend. Gewerbe		Tertiärer Sektor		Wertschöpfung je Beschäftigten (Mark) <sup>c)</sup>			
		abs.	v.H.	abs.	v.H.	abs.	v.H.	alle Bereiche	Landwirt- schaft	Prod. Gewerbe	Tertiärer Bereich
1870	14,2	5,7	40,2	4,0	28,2	4,5	31,6	820	670	795	1180
1890	25,6	7,7	52,8	8,6	36,4	7,5	31,0	1050	810	1110	1420
1900	33,2	9,9	29,9	13,3	40,0	10,0	30,1	1300	1010	1430	1590
1913	48,5	11,3	23,2	21,8	45,0	15,4	31,8	1560	1050	1860	1800
1870/1890	+ 61	+35	.	+115	.	+ 62	.	+28	+21	+40	+20
1890/1913 in %	+104	+47	.	+154	.	+111	.	+49	+30	+67	+28
1925	45,5	7,2	15,7	22,1	48,5	16,2	35,8	1470	730	1790	1850
1938	68,0	10,3	15,2	35,6	52,3	22,1	32,5	1980	1140	2200	1980
1913/1938	a)	d)	.	d)	.	d)	.	+27	+ 9	+18	+10
1925/1938 in %	+49	+43	.	+60	.	+36	.	+35	+55	+23	+ 7
1950	113,1	11,8	10,4	53,5	47,3	47,8	42,3	5670	2380	6270	7300
1955	175,2	13,6	7,8	94,7	54,0	66,9	38,2	7660	3200	8900	8450
1959	217,0	15,0	6,9	118,1	54,4	83,9	38,7	8600	3950	10000	8890
1950/1959 in %	+92	+27	.	+120	.	+76	.	+52	+66	+59	+22
1960	255,0	16,1	6,3	141,9	55,7	97,0	38,0	9720	4440	11340	9700
1964	326,8	16,8	5,1	187,5	57,4	122,5	37,4	12040	5660	14190	11150
1968	356,9	18,9	5,3	203,6	57,0	134,4	37,7	13560	7180	16350	12000
1960/1968 in %	+40	+17	.	+43	.	+39	.	+40	+62	+44	+24

a) Jeweiliger Gebietstand. b) Bis 1959 ohne Saarland und West-Berlin. c) 1870–1939 Preise von 1913; 1950–1968 Brutto-Inlandprodukt, Preise von 1954. d) Vergleich nicht möglich wegen verschiedenen Gebietsstandes.

Quelle: 1870–1939 berechnet nach Walther G. Hoffmann, a. a. O., S. 454ff.

1950–1968 Statistische Jahrbücher für die BRD 1954–68; WWI-Mitteilungen, 22. Jg. (April 1969).

Materialien zum sozialen und wirtschaftlichen Wandel in Deutschland

331

schäftigten differierte vor allem bis 1913 immer mehr von der Wertschöpfung der gewerblich Tätigen, bis sich dann in der Zwischenkriegszeit die noch heute annähernd gültige Relation von 1 : 2 zuungunsten der Landwirtschaft – verglichen mit dem nicht agrarischen Bereich der Volkswirtschaft – einpendelte. Obwohl diese Differenz nach 1950 wegen der schnellen Abwanderung vom Lande nicht mehr gewachsen ist (die Landwirtschaft wies nach dem Zweiten Weltkrieg die größten Produktivitätsfortschritte auf), wurde die damit gekoppelte Einkommensdisparität in den vergangenen Jahren zum Kernstück der Agitation des deutschen Bauernverbandes.

#### *V. Verteilung des Volkseinkommens*

Aspekte der Einkommensschichtung darzustellen, geschieht in der Absicht, einige Hinweise zur Frage der sozialen Schichtung – ergänzend zur Erwerbsstruktur – zu liefern. Wir verzichten hier auf eine regionale Unterscheidung, die das Quellenmaterial nur schwer gestatten würde. Dieser Verzicht mag auch damit gerechtfertigt werden, daß zum regionalen Wohlstandsgefälle bereits Material vorgelegt wurde und deshalb eine Aufteilung der Einkommensschichtung nach Ländern oder Provinzen keine wichtige zusätzliche Information bedeuten würde. Nirgends ist das Material unsicherer als hier, so daß Ergebnisse nur mit dieser Einschränkung zu verwenden sind.

Zwei Fragestellungen stehen bei der Einkommensverteilung gemeinhin im Vordergrund: die Frage nach der funktionalen Verteilung, d. h. der Aufteilung des Volkseinkommens auf Gruppen, die sich durch ihre Funktion im Wirtschaftsleben unterscheiden: Selbständige, Abhängige, Kapitalgesellschaften; zum anderen jene nach der Verteilung des Einkommens auf Einkommensklassen, wobei über die Zugehörigkeit zu einer Klasse allein die Einkommenshöhe, nicht aber Art und Herkunft des Einkommens entscheidet (personelle Einkommensverteilung). Die Fragen sind eng miteinander verflochten und erst die Antworten auf beide geben Hinweise zur Einkommensverteilung (und damit sozialen Schichtung) im 20. Jahrhundert.

Tabelle 17 zeigt die Verteilung der Privateinkommen auf Selbständige und Abhängige und im Vergleich dazu die Entwicklung der unverteilteten Gesellschaftseinkommen bis 1939. Es überrascht nicht, daß die Einkommen der großen Kapitalgesellschaften sehr viel schneller als die privaten Einkommen gestiegen sind, da sich einmal ihr Anteil an den Gesamtumsätzen der Wirtschaft vergrößert hat (Entstehung der großen Konzerne), zum anderen die nationalsozialistische Wirtschaftspolitik starke Anreize zur Selbstfinanzierung der Kapitalgesellschaften (steuerliche Diskriminierung der Dividendenausschüttung) geschaffen hat. Diese Privilegierung der Kapitalgesellschaften stand zwar der Mittelstandspropaganda diametral entgegen, entsprach aber voll und ganz der Logik der Wiederaufrüstungspolitik.

Den stärksten Einbruch erfuhren durch und nach dem Weltkrieg die Einkommen aus Kapitalvermögen (Zinsen, Dividenden). Die Inflation hat den Typ des

Tabelle 17: Verteilung der Privateinkommen und unverteilte Gesellschaftsgewinne im Reich<sup>a)</sup>  
(Preise von 1928)

Jahr	Privateinkommen in Mrd. M	davon in %				Unverteilte Gesellschaftsgewinne	
		Selbständ. Einkommen	Einkommen aus Vermögen und Vermietung	Löhne u. Gehälter	Renten, Unterstützungen	abs. (Mrd. M)	% des VE
1913	66,1	38	15,1	47,7	3,2	1,8	2,6
1925	62,5	29	3,0	58,5	9,5	1,0	1,5
1928	72,7	24,8	4,9	58,7	11,5	1,5	1,7
1933	61,6	21,5	6,5	54,2	17,7	0,9	1,3
1936	76,3	25,5	5,9	56,3	12,3	2,3	2,9
1939	100,0	27,7	5,1	54,5	11,6	5,0	5,3
Veränd. 1925/39 in %	+51	+54	+170	+50	+93	+430	

a) Gebietsstand 1934; ab 1936 einschl. Saarland.

Quelle: Statistische Jahrbücher für das Deutsche Reich 1934, 1939/40, 1941/42.

Rentiers ebenso beseitigt wie einen großen Teil der Vermögenswerte des freiberuflichen und abhängigen Mittelstandes. Demgegenüber erhöhten sich in der Weimarer Republik die Anteile der Löhne, Gehälter und Renten zunächst dank gewerkschaftlicher Aktivität relativ schnell, bis 1925 sogar schneller als die Selbständigeneinkommen. Über den Zeitraum 1925/1939 hinweg, vor allem nach 1933, stiegen die Selbständigeneinkommen allerdings sehr viel schneller: die Einkommen der selbständigen Agrarier um 39%, der gewerblich Selbständigen um 71% (!), der Abhängigen dagegen nur um 32%. Das Verhältnis der beiden Einkommensgruppen hat sich – vom krisenbedingten Sonderjahr 1933 abgesehen – bis 1939 deutlich zugunsten der Selbständigen verschoben, wie ein Vergleich der Durchschnittseinkommen beweist:

Tabelle 18: Privateinkommen 1913–1939<sup>18)</sup> (in Mark, Preise von 1938)

Jahr	je Selbständigen	je abhängige Erwerbspersonen	Einkommen der Abhängigen in % der Selbständigen
1913	4700	1870	40 %
1925	3540	1710	48 %
1933	2500	1520	61 %
1939	5750	2260	40 %

Die Abhängigen-Einkommen fielen vor allem in der nationalsozialistischen Zeit zurück, wie auch die sinkende Lohnquote (Tabelle 17) verdeutlicht. Der Rüstungsboom kam vor allem den Unternehmen zugute und das Einkommen der Landwirte wurde durch gezielte Staatshilfen abgestützt. Kaum ein anderes Faktum

<sup>18)</sup> Berechnet nach Angaben in den Statistischen Jahrbüchern des Deutschen Reiches 1934, 1941/42 und 1921/22. Das Einkommen für 1913 wurde auf die Erwerbsstruktur von 1907 bezogen, so daß das Einkommen der Abhängigen für 1913 etwas überhöht ist.

verdeutlicht besser die arbeiterfeindliche Politik des Regimes als die Gegenüberstellung dieser Einkommensreihen.

Tabelle 19 dokumentiert die Entwicklung der Einkommensverteilung in der Bundesrepublik. Die sechziger Jahre unterscheiden sich von der Periode des Wiederaufbaus nicht nur im verlangsamten Gesamtwachstum des Volkseinkommens. Das reichliche Angebot an Arbeitskräften bewirkte bis etwa 1960 neben großen Zuwachsraten auch überdurchschnittliche Unternehmergewinne, während die Arbeitnehmerinkommen je Beschäftigten sehr viel bescheidener anstiegen. Die Lohnquote, d. h. der Anteil aller Abhängigeneinkommen am Volkseinkommen, blieb deshalb 1950/59 beinahe unverändert, obwohl der Anteil der Arbeitnehmer an der Zahl der Gesamtbeschäftigten von 72% auf 78% anstieg (Tabelle 8). Erst ab 1960, nach dem Ende der Wiederaufbauperiode und dem Durchbruch zur Vollbeschäftigung, verstärkte sich die Marktmacht der Abhängigen: Zwischen 1960 und 1968 erhöhte sich das Einkommen je Arbeitnehmer um 78%, jenes der Selbständigen<sup>14</sup> um 75%, die Lohnquote kletterte von 61% auf 65%. Damit erfolgte im vergangenen Jahrzehnt eine – wenn auch bescheidene – Korrektur zugunsten der Abhängigen, doch konnte bislang der relative Vorsprung der Selbständigen aus den vorausgegangenen Jahren nicht ausgeglichen werden. Insgesamt hat sich somit die Einkommensverteilung zwischen 1950 und 1968 tendenziell zugunsten der Unternehmer und Freiberuflichen verschoben.

Tabelle 19: Verteilung des Volkseinkommens in der BRD<sup>a)</sup> (laufende Preise)

Jahr	Volkseinkommen (Mrd. DM)	davon Einkommen aus unselbständiger Arbeit			davon Privateinkommen aus Unternehmertätigkeit u. Vermögen		
		insgesamt (Mrd.)	% des VE	je Arbeitnehmer (DM)	insgesamt (Mrd.)	% des VE	je Selbständigen (DM)
1950	75	44	58,7	3 200	50	40,3	9 700
1955	139	82	59,0	4 850	53	38,2	16 700
1959	194	117	60,3	6 500	72	37,1	22 200
1950/59 in %	+159	+166	.	+97	+140	.	+136
1960	230	140	60,8	6 900	86	37,4	26 200
1965	345	226	65,5	10 500	114	33,0	38 000
1968	403	261	64,8	12 500	136	33,8	45 400
1960/68 in %	+75	+86	.	+78	+58	.	+73

a) Ab 1960 einschl. Saarland und West-Berlin.

Quelle: Statistische Jahrbücher für die BRD 1954, 1961, 1968; Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 21. Jg. (1969), Nr. 3 und 4; WWI-Mitteilungen, 22. Jg. (1969), Nr. 4.

Angaben zur Schichtung der Einkommen (personelle Einkommensverteilung) lassen sich auf dem Umweg über die Steuerstatistik gewinnen. Die folgenden An-

<sup>14</sup> Die Vermögenseinkommen werden hier den Selbständigen zugerechnet. Dieses Verfahren verzerrt das Bild etwas zugunsten der Selbständigen, da ein Teil der Vermögenseinkommen auch Arbeitnehmern zugute kam.

gaben verzichten angesichts der sehr unterschiedlichen Erfassung der Einkommen auf absolute Zahlen, deren Vergleich zudem nur wenig besagen würde. Gefragt wird vielmehr nach den Anteilen einzelner Einkommensgruppen am Gesamteinkommen. Hier heißt das konkret: Welcher Prozentsatz wurde jeweils vom oberen Zehntel der Einkommensbezieher vereinnahmt, wie hoch war die Quote einer mittleren Schicht von durchschnittlich 40% und welcher Anteil verblieb der unteren Einkommensklasse (etwa 50% der Einkommensbezieher)?

Tabelle 20: Einkommensschichtung im Reich bzw. der BRD<sup>15</sup>

	1913			1928			1936			1950			1961		
% der Einkommensbezieher	10	40	50	10	40	50	10	40	50	10	40	50	10	40	50
% des Gesamteinkommens	40	36	24	37	38	25	39	43	18	34	46	20	38	40	22

Dem oberen Zehntel aller Einkommensbezieher verblieben danach 1913 40% und 1961 38%. Nur im Jahr 1950 war die Quote infolge des gesamtwirtschaftlichen Tiefs signifikant abgesunken (Unternehmereinkommen, die zumeist mit hohen Einkommen identisch sind, reagieren auf Konjunkturbewegungen besonders empfindlich). Über die Jahrzehnte hinweg zeigt sich hier eine überraschende Stabilität des Anteils der „Oberklassen“ und damit auf der anderen Seite eine nur geringfügige Verschiebung zugunsten der übrigen 90% der Einkommensbezieher.

Teilt man diese 90% in eine mittlere und eine untere Klasse, so zeigen sich hier im zeitlichen Ablauf gewisse Verschiebungen zugunsten der ersteren. Der Anteil der unteren Klasse ist eher etwas geringer geworden, genauer: entfielen auf die unteren 50% 1913 24% des volkswirtschaftlichen Privateinkommens, so 1961 22%. Aufschlußreich ist ein Vergleich von 1928 und 1936, insofern sich hier sehr deutlich die wirtschaftliche Diskriminierung der Unterklassen zeigt (Rückgang von 25% auf 18%). Nach 1950 fand vor allem eine Verschiebung von den mittleren zu den hohen Einkommen statt, während die Unterklasse ihren Anteil leicht erhöhen konnte. Für die Zeit nach 1961 steht kein Material zur Verfügung<sup>16</sup>, doch dürften die unteren und mittleren Einkommen etwas stärker als die oberen gestiegen sein.

Abschließend seien noch zwei Aspekte der Einkommensverteilung innerhalb der Gruppe der Abhängigen herausgegriffen: das Verhältnis von Arbeitern und Ange-

<sup>15</sup> 1913 und 1928 berechnet nach Angaben im Statistischen Jahrbuch für das Deutsche Reich 1941/42. Damit nicht voll vergleichbar die Angaben für 1936 und 1950, da bei letzteren die Rentnereinkommen fehlen und die Arbeitslosen-Einkommen hinzugefügt wurden. Siehe hierzu H. Spilker, Versuch eines Vergleichs der Einkommensschichtung in der Bundesrepublik Deutschland 1950 und im Deutschen Reich 1936, in: *Wirtschaft und Statistik* 1954, S. 461. Die Angaben für 1961 wurden mit Hilfe der Lohn- und Einkommenssteuerstatistik berechnet.

<sup>16</sup> Die Ergebnisse der Einkommenssteuererhebung 1965 erscheinen erst im Laufe des Jahres 1969. Erste Hinweise in: *Erste vorläufige Ergebnisse der Einkommensteuer-Statistik* 1965, in: *Wirtschaft und Statistik* (Jg. 1968), S. 563 f.

stellteinkommen einerseits und das der Männer- zu den Fraueneinkommen andererseits. Gerade die erste Frage ist für das Problem sozialer Differenzierung hochwichtig, da sie Aufschluß darüber gibt, ob dem ungeschwächten Eigenbewußtsein der Angestellten auch eine materielle Distanz gegenüber dem Arbeiter entspricht.

Tabelle 21a: Entwicklung der Arbeiter- und Angestellteneinkommen im Reich  
(jeweilige Preise, Mark)

Jahr	jährliches Einkommen je Arbeiter	jährliches Einkommen je Angestellten	Arbeiter-Einkommen in % d. Angestellten-Einkommen
1930	1560	2580	61
1935	1260	2280	55
1939	1530	2700	57

Quelle: Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1941/42.

Im Jahrzehnt vor dem Zweiten Weltkrieg veränderte sich das Einkommensgefälle zugunsten der Angestellten, da die Arbeiterlöhne in der Weltwirtschaftskrise stärker absanken. Insgesamt war die Verschiebung aber nicht allzu spektakulär. Der entscheidende Wandel trat erst nach 1950 ein, als sich innerhalb von 15 Jahren das Verhältnis der Arbeiter- zu den Angestellten-Einkommen bei den Männern von 72% auf 84% und bei den Frauen von 74% auf 87% verschob. Nimmt man Männer und Frauen zusammen, erreichten die Arbeiterlöhne 1966 sogar 94% des Niveaus der Angestelltengehälter. Das Gefälle zwischen diesen beiden Arbeitnehmergruppen hat sich demnach so stark eingeebnet, daß die Einkommenshöhe immer weniger ein soziales Schichtungsmerkmal darstellt. Das scheinbare Paradoxon stärkerer Nivellierung bei Männern und Frauen insgesamt gegenüber der jeweiligen Entwicklung bei den einzelnen Geschlechtern hat seine Ursache in der schnellen Zunahme (schlechter verdienender) weiblicher Angestellter, wohingegen das Verhältnis Männer zu Frauen bei den Arbeitern relativ stabil blieb<sup>17</sup>.

Tabelle 21b: Entwicklung der Arbeiter- und Angestellteneinkommen im Bundesgebiet<sup>a)</sup>  
(jeweilige Preise)

Jahr	Männer			Frauen			Zusammen		
	1 Arbeiter	2 Angestellte	1 in % von 2	1 Arbeiter	2 Angestellte	1 in % von 2	1 Arbeiter	2 Angestellte	1 in % von 2
1951	4050	5620	72	2360	3190	74	3070	4920	63
1958	5960	7660	78	3590	4450	81	5550	6150	90
1966	11550	13600	84	7200	8500	87	10500	11200	94
1951/66 in %	+180	+142	.	+202	+160	.	+242	+127	.

a) Arbeiter nur Industrie; Angestellte: Industrie, Handel und Verkehr.

Quelle: Statistische Jahrbücher für die BRD 1954, 1959 und 1968.

<sup>17</sup> 1951 betrug das Verhältnis Männer zu Frauen bei den Angestellten 4 : 3, 1966 1 : 1, bei den Arbeitern blieb diese Relation unverändert bei 3 : 1.

Tabelle 21 b zeigt auch das relativ schnellere Wachstum der Frauen- im Vergleich zu den Männer-Einkommen. Damit verkürzte sich die geschlechterspezifische Differenz, wenn auch bislang viel weniger als die soziale zwischen Arbeitern und Angestellten.

Tabelle 22: Einkommen der Frauen- in % der Männer-Einkommen bei Arbeitern und Angestellten

Jahr	Arbeiter	Angestellte
1951	58	57
1958	60	58
1966	64	61

Die Nivellierungstendenz war bei den Arbeitern stärker als bei den Angestellten, möglicherweise deshalb, weil hier die Qualifikationsunterschiede zwischen den Geschlechtern geringer geworden sind. Nach wie vor aber beträgt das Durchschnitts-Einkommen der Frauen weniger als zwei Drittel der Männer. Das dürfte nur zum Teil auf Qualifikationsdifferenzen beruhen, zusätzlich aber seine Ursache in der überkommenen, bis heute nicht überwundenen Diskriminierung der Frau im Wirtschaftsleben haben.

Als Bilanz der verschiedenen Tendenzen der Einkommensverteilung bleibt die Tatsache relativer Konstanz im Verhältnis der einzelnen Klassen, die auch bei vorsichtiger Würdigung der These einer „nivellierten Mittelstandsgesellschaft“ konträr entgegensteht. Wenn es richtig ist, daß die Einkommensschichtung einer der wichtigsten Indikatoren sozialer Differenzierung ist, so hat sich in dieser Hinsicht am gesellschaftlichen Gefüge seit Beginn des Jahrhunderts weniger verändert als gemeinhin vermutet wird. Gravierend waren nur die Umschichtungen innerhalb der Arbeitnehmer mit dem vorläufigen Ergebnis einer relativ großen Annäherung zwischen Arbeitern und Angestellten und einer sehr viel bescheideneren zwischen den Geschlechtern.

## VI. Ergebnisse

1. Alle Indikatoren – Bevölkerungsentwicklung, Erwerbsstruktur, Sozialprodukt – deuten darauf hin, daß die Perioden schnellen Wachstums und starken sozialen und wirtschaftlichen Wandels seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert einmal mit den beiden Jahrzehnten vor dem Ersten Weltkrieg, zum anderen mit den letzten 20 Jahren zusammenfallen. Die Zwischenkriegszeit war demgegenüber eine Spanne nur bescheidenen Wirtschaftswachstums und geringer sozialer und wirtschaftlicher Strukturveränderungen.
2. Das regionale Gefälle in bezug auf Wirtschaftskraft, Wohlstand, Industrialisierungsgrad, Bevölkerungsgewicht und Verstädterung hat sich vor dem Ersten Weltkrieg verstärkt. Industrialisierung schuf oder vergrößerte sozioökonomische Ungleichgewichte und damit soziale und innenpolitische Spannungen.

Nach dem Ersten Weltkrieg zögernd und verstärkt dann nach 1950 verringerten sich die Unterschiede zwischen dem Osten und Westen einerseits und dem Süden und Norden andererseits. Damit schwächen sich möglicherweise auch politische Regionalismen ab, insoweit sie Reflex sozialen und wirtschaftlichen Gefälles waren.

3. Sozialer und wirtschaftlicher Wandel bedeutete seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert Wandel von der Agrar- zur Industrie- und in jüngster Zeit zur Dienstleistungsgesellschaft. Die beherrschende Sozialfigur war noch vor einem Jahrhundert der selbständige Bauer und Handwerker, dann bis in die Mitte des 20. Jahrhunderts hinein der Industriearbeiter, in den Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg (beginnend aber bereits in der Weimarer Republik) wurde es immer stärker der Angestellte als Repräsentant einer – zumindest seinem Selbstverständnis nach – neuen Mittelschicht
4. Soziale Mobilität und wirtschaftliche Umstrukturierung änderten bislang, gemessen an der Einkommensverteilung, nur wenig am Klassengefüge der Gesellschaft. Signifikant war allein die materielle Annäherung innerhalb der Abhängigen (den Arbeitern einerseits und der neuen „Mittelklasse“ der Angestellten andererseits); die Distanz zwischen oben und unten, hohen und niedrigen Einkommen, den Einkommen der Selbständigen und jenen der Abhängigen hat sich demgegenüber in den vergangenen Jahrzehnten weniger als häufig angenommen verschoben. Derartige soziale Konstanz stehen also der Dynamik des Wandels gegenüber.

Notizen:

ERSCHLIESSUNG VON QUELLEN ZUR DEUTSCHEN EMIGRATION  
1933–1945

Die politisch motivierte Emigration aus dem Dritten Reich, d. h. vor allem die Tätigkeit deutscher Hitlergegner und ihrer Organisationen im Ausland zwischen 1933 und 1945, hat bisher in der zeitgeschichtlichen Forschung der Bundesrepublik nur wenig Beachtung gefunden. Diese Vernachlässigung eines wesentlichen Sektors der Verfolgung und der Gegnerschaft in der nationalsozialistischen Ära ist u. a. darauf zurückzuführen, daß umfangreiche Quellenbestände zur deutschen Emigration noch unerschlossen oder innerhalb verschiedener Aktenprovenienzen verstreut in in- und ausländischen Archiven lagern bzw. als Materialsammlungen und Nachlässe in privater Hand zum Teil sogar unterzugehen drohen.

Mit Unterstützung der Deutschen Forschungsgemeinschaft konnte Anfang 1969 ein Projekt zur Sicherung und Erschließung dieser Quellen in Angriff genommen werden, das vom Bundesarchiv Koblenz, dem Institut für Zeitgeschichte, dem Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung, dem Archiv des DGB und der Deutschen Bibliothek in Frankfurt/Main erarbeitet worden ist, die mit ihrer Sammlung Exil-Literatur schon eine „Bibliothek der Emigration“ aufgebaut hat.

Im Mittelpunkt der Dokumentation steht zunächst die systematische Aufnahme der bei den beteiligten Institutionen, im Politischen Archiv des Auswärtigen

Amts, in den übrigen staatlichen und öffentlichen Archiven und im Berliner Document Center vorhandenen ungedruckten Quellen zur politischen Emigration, z. B. der Akten der deutschen Dienststellen, besonders der Gestapo und der Auslandsvertretungen, des Volksgerichtshofs und der deutschen Parteien, Gewerkschaften und Vereinigungen im Exil. Daneben sollen die wichtigsten Bestände ausländischer Archive festgestellt und nachgewiesen werden.

Als weitere vorrangige Aufgabe gilt die Auffindung von Privatsammlungen und Nachlässen in der Bundesrepublik und den Asylländern: sie sollen – falls eine Erwerbung nicht möglich ist – nach Standort und Inhalt erfaßt und durch Zeugenschrifttum auf der Grundlage von gezielten Befragungen ehemaliger Emigranten ergänzt werden. Erste Erfahrungen haben gezeigt, daß hier die notwendige Bereitschaft zur Unterstützung des Vorhabens durch Auskünfte und Hinweise besteht.

Als Findmittel für den Forscher dient ein Zentralkatalog im Institut für Zeitgeschichte. Er erschließt die Dokumentation neben ihrer Gliederung nach Organisationen und Vereinigungen des Exils auch unter sachlichen, regionalen und personalen Gesichtspunkten.

Anfragen und Hinweise an: Dr. Werner Röder, c. o. Institut für Zeitgeschichte, 8 München 80, Möhlstraße 26.

W. R.

PREIS FÜR ZEITGESCHICHTSFORSCHUNG

Der Bechtle-Verlag, München und Esslingen, hat einen Preis für Zeitgeschichtsforschung gestiftet, der jährlich vergeben werden soll und mit 10 000,— DM dotiert ist. Mit ihm sollen Werke ausgezeichnet werden, „deren objektiver Wert

für die Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert in ihrer wissenschaftlichen Fundierung oder in ihrer besonderen dokumentarischen Bedeutung liegt“. Es ist beabsichtigt, den Preis alternierend in einem Jahr für ein nicht im Bechtle-

Verlag erschienenen Werk zu verleihen, im nächsten Jahr für ein unveröffentlichtes Manuskript, dessen Publizierung der Bechtle-Verlag zu übernehmen bereit wäre. Der 1969 erstmals verliehene Preis ist in Würdigung seiner bedeutenden Forschungen über den Faschismus dem Marburger ordentl. Professor für neuere Geschichte Dr. Ernst Nolte zugesprochen worden.

Die Preisverleihung fand am 11. Mai 1969 in der Kongreßhalle in Berlin statt. Die Laudatio auf den Preisträger hielt der Direktor des Instituts für Zeitgeschichte, München, Prof. Dr. Helmut Krausnick. Der Laudator charakterisierte die vier Bücher des Preisträgers zum Thema Faschismus, mit denen dieser eine „Gesamtdeutung des Faschismus von großartiger Geschlossenheit“ und einen „nachhaltigen Anstoß zu einer intensiven und fruchtbaren wissenschaftlichen Erforschung der einzelnen faschistischen

Bewegungen“ gegeben habe. „Es ist Ernst Noltes Verdienst, den Terminus Faschismus als allgemeinen politischen Begriff wieder in die nicht-marxistische Wissenschaft zurückgeholt zu haben. Durch die Anwendung der komparativen Methode, die Einbeziehung der Action Française in die Betrachtung und die Explizierung der faschistischen Bewegungen in Italien und Deutschland aus den Grundschriften ihrer Führer schuf er eine neue Definition des Begriffs Faschismus. Für Nolte ist der Faschismus im umfassenden Sinne *die* charakteristische politische Tendenz der Periode zwischen 1919 und 1945.“

Prof. Ernst Nolte hielt anlässlich der Preisverleihung einen Vortrag über „Zeitgeschichtsforschung und Zeitgeschichte“, der im ersten Heft des Jahrgangs 1970 dieser Zeitschrift veröffentlicht werden soll.

H. A.

#### MITARBEITER DIESES HEFTES

Dr. Karl Holl, Dozent für Geschichte an der Pädagogischen Hochschule Neuwied; 65 Mainz-Bretzenheim, Alfred-Mumbächer-Straße 30.

Dr. Henning Köhler, Wiss. Assistent am Friedrich-Meinecke-Institut der Freien Universität Berlin; 1 Berlin 41, Selzerweg 40.

Dr. Dieter Petzina, Mitarbeiter des Instituts für Zeitgeschichte München, 8 München 80, Möhstraße 26.

Dr. Hans Rothfels, emer. ordentl. Professor für neuere Geschichte an der Universität Tübingen; 74 Tübingen, Waldhäuser Straße 18.